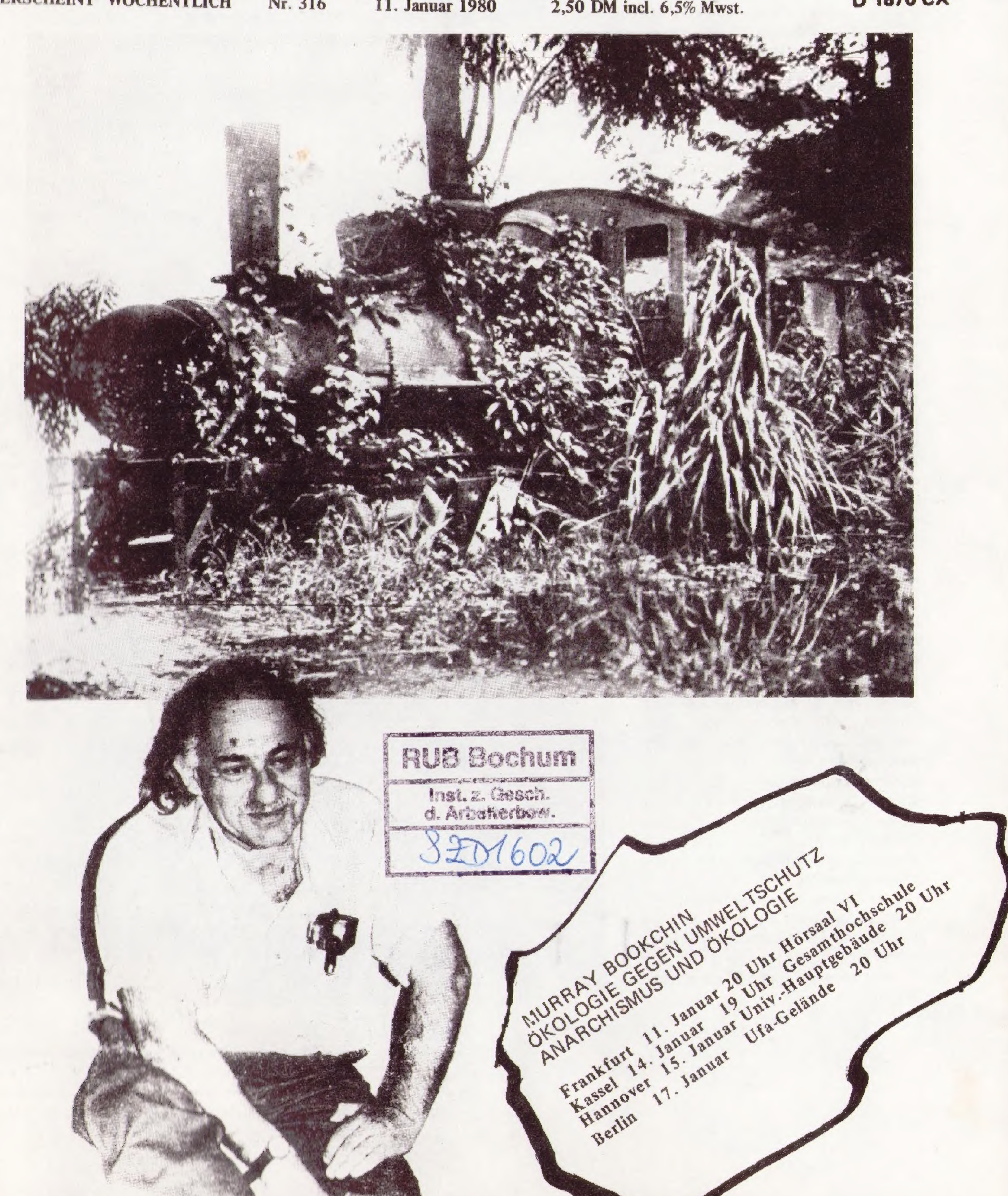
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 316 11. Januar 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst. D 1870 CX



BILDERDIENST

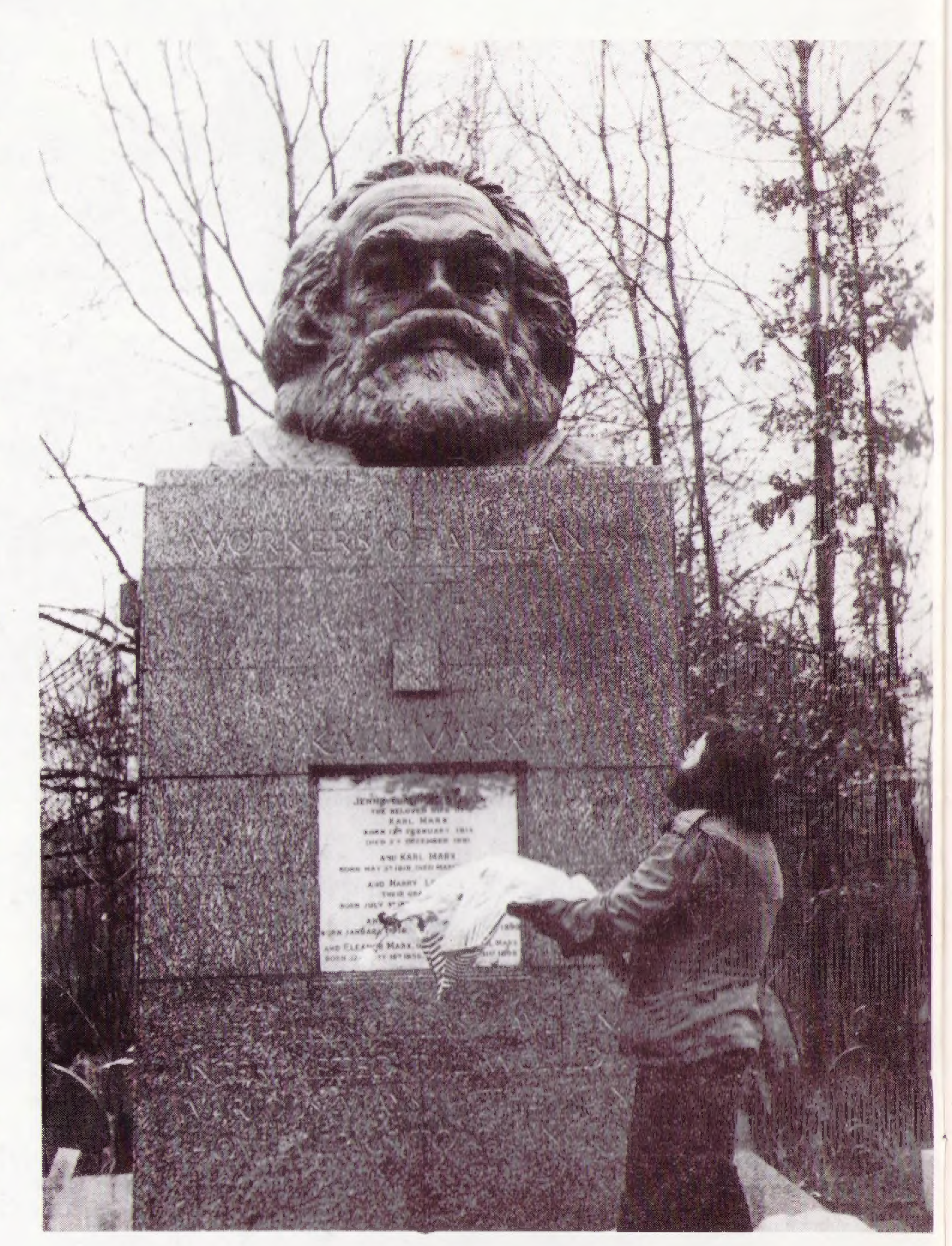
Zunächst einmal wollen wir uns bei all denen bedanken, die uns im letzten Jahr Fotos geschickt haben. Viele konnten im ID nicht abgedruckt werden – aber sie verschimmeln auch nicht in unserem Archiv, es kommen oft Leute vorbei/rufen an, die Bilder für Veranstaltungen oder Ausstellungen brauchen (z.B. Knast, Umwelt). Für den ID ist es aber am besten, wenn ihr zu den Berichten auch gleichzeitig Fotos mitschickt (wenn ihr welche gemacht habt).

Wir haben eine Auflistung der Bilder von Ereignissen im letzten Jahr gemacht: Bestellen könnt Ihr die Bilder, wenn Ihr entweder die Tel.: 0611/ 70 43 52 wählt oder an folgende Adresse schreibt:

ID-Bilderdienst,
6000 Frankfurt, Postfach 900 343.

Schreibt auch Eure Telefonnummer auf, damit wir im Zweifelsfall nachfragen können.

- Libanon, Lager Sabra, Ein El Hilweh, Bourg E Schmaili, 11. Jahrestag der PFLP
- III. Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD, 2.Sitzungsperiode
- Durchsuchung und Beschlagnahme des Pflasterstrandes (Frankfurter Spontiblatt)
- Wer hat Angst vor Astrid Proll? Eine Aktion in Frankfurt
- Fotos von vietnamesischen Flüchtlingen – Boatpeople
- Gorleben, Wendlandtreck, Demo in Hannover, Beginn der Tiefbohrungen verschiedene Aktionen, Kirchenbesetzung, Flaschenaktion, Baumpflanzungen, Atommüllsuche (Performance)
- Harrisburg, Reaktor Three Mile Island, Demo New York
- 17.Juni Rock gegen Rechts
- viele Bilder über LKW's und ihre Fahrer
- Besetzung der Trasse der B8 in Kelkheim/Taunus und vom Besetzerdorf
- Aktionen der Bundschuhleute in Schwabhausen gegen die geplante Teststrecke der Daimler-Benz
- Bilder von Straßenmusikanten und Theater, z.B. Circus Rigolo, Karl Napps Chaos Theater, Klaus der Geiger u.v.a.
- Bilder von Homolulu
- Kurden-Demonstration in Frankfurt zu den Ereignissen im Iran
- Ökodorf -Wien
- Wandmalereien z.B. vom kleinen Gespenst in Aachen
- Großes Zigeunerfest in Darmstadt
- Neue Bilder vom besetzten Damm im Taunus, die Leute haben sich auf den Winter eingerichtet
- Bilder Londener Slums (Hackney)und Graffitis



**Das Bild zeigt Bub vom Bilderdienst während einer Geschäftreise in England.
Bub ließ es sich nicht nehmen in London am Grab von Karlo Marx(der fünfte von den Marx-Brothers) einen Strauß duftender Blumen hinzulegen.**

SELBSTHILFEGRUPPE EHEMALIGER DDR'LER GEGRÜNDET

KÖLN 9. Januar Jährlich kommen tausende DDR-Bürger in den Westen. Nicht alle sind prominent oder haben eine in der BRD „verwertbare" Ausbildung. Außerdem erweisen sich für viele ihre Vorstellungen über Westdeutschland als illusionär. Die Probleme beginnen bei dem ungewohnten Gang durch den Behörden-Dschungel, führen über die ebenfalls ungewohnte Arbeitsplatz- und Wohnungssuche und enden nicht selten in der sozialen Isolation. Da auch wir diese Erfahrungen gemacht haben, wollne wir den Neuankömmlingen durch die Gründung einer Selbsthilfegruppe helfen.

Schwerpunkt unserer Arbeit ist die konkrete Betreuung der Neuankömmlinge wie auch die Auseinandersetzung mit den DDR'lern , die schon länger hier sind und noch immer Schwierigkeiten haben. Wir wollen erreichen, daß in der ganzen BRD solche Selbsthilfegruppen entstehen und brauchen dazu weitere Mitarbeiter. Wir würden uns auch sehr über die Mithilfe von BRD'lern freuen.

Kontakt: **Dagmar Berthold, Zülpicher Str. 220, 5000 Köln-41, (o221) 41 28 65.**

DOKUMENTATION
der Bochumer Initiative
gegen Polizeiübergriffe

BOCHUM 10. Januar 1980

ZWANZIG VORFÄLLE IN VIER JAHREN
AUCH DU KANNST DAS NÄCHSTE OPFER SEIN

Im Bezirk des Bochumer Polizeipräsidenten sind in den vergangenen vier Jahren drei Bürger von Polizeibeamten erschossen worden; weitere acht Personen wurden durch Schüsse oder Schläge schwer verletzt; insgesamt sind 20 Vorfälle in die Öffentlichkeit gelangt, in denen Polizisten — ohne sich in einer realen Notwehrsituation befunden zu haben — zu schnell zu Schußwaffe oder Schlagstock gegriffen haben. Es ist davon auszugehen, daß diese Vorfälle nur die Spitze des Eisbergs darstellen und die meisten Fälle unbekannt bleiben.

In Bochum kann mittlerweile jeder das nächste Opfer von polizeilichen Übergriffen sein.

Dieser Gefahr entgegenzutreten und den bisherigen Betroffenen oder deren Hinterbliebenen zu ihrem Recht zu verhelfen, ist das Anliegen der BOCHUMER INITIATIVE GEGEN POLIZEIÜBERGRIFFE.

In einer nunmehr vorliegenden 48-seitigen DOKUMENTATION werden die bekannt gewordenen Fälle und ihre Konsequenzen für die Opfer und für die Polizisten geschildert. Ausserdem wird auf deren Zusammenhänge mit Bewaffnung, Ausbildung und Recht eingegangen. Durch diese Dokumentation soll — auch über die Grenzen Bochums hinaus — die Bereitschaft geweckt werden, sich stärker als bisher mit einer derartigen Entwicklung auseinanderzusetzen.

Ebensowenig wie die dokumentierten Polizeiübergriffe eine nur in Bochum anzutreffende Erscheinung sein dürften, sollten auch Widerstand und Protest dagegen nicht auf den Bochumer Raum begrenzt bleiben.

Wenn die Broschüre mit dazu beitragen könnte, auch anderswo Opfer und Gegner von Polizeiübergrffen zu motivieren, und gegen entsprechende Entwicklungen aktiv zu werden, dann hätte sie eines ihrer wesentlichen Ziele erreicht.

Der (Selbstkosten-)Preis ist 2,50 DM (zzgl. Porto); Bestellungen bitte an die **Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe c/o Politischer Buchladen, Im Westenfeld 22, 4630 Bochum 1**

Eine Entstehungsgeschichte von Verbrechen:

KLEINER BERICHT AUS DEM ABENDGYMNASIUM FRANKFURT

FRANKFURT 8. Januar Das Abendgymnasium (AG) Frankfurt hat eine lange Tradition von Schulkämpfen gegen den Abbau des zweiten Bildungsweges. Des öfteren war das AG im Blickpunkt der bürgerlichen Presse. So auch Ende letzten Jahres wo die bürgerliche Presse mal wieder einen „Vorfall" am AG konstruierte. Ein Schüler der Schule schickte uns Zeitungsausschnitte und einen Kommentar:

Untersuchungsausschuß des Hessischen Landtags:

Zeugin Dorothee Vorbeck: Auch die Herstellung körperlicher Sicherheit sei gelungen, außer in einem Fall, der sie persönlich betreffe. Der Angriff auf ihre körperliche Integrität habe stattgefunden, als sie KBW-Plakate vom Schulzaun habe entfernen wollen. (Nicht wörtliches Protokoll eines Besuchers der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses)

Frankfurter Neue Presse (23.11.79)

„...Bis auf eine Ausnahme, die sie selbst betroffen habe... sei es ihr gelungen, Gewalttätigkeiten zu verhindern. Ihr sei ein Schüler in den Arm gefallen — es wird auch von einer köperlichen Attacke gesprochen —, als sie Propagandamaterial des KBW von einem Zaun entfernen wollte..."

FAZ (23.11.79)

„... der Schulleiterin Dorothee Vorbeck widerfuhr, daß ihr ein Schüler in den Arm fiel, als sie auf dem Schulgelände Plakate des KBW von einem Zaun nahm..."

FAZ (24.11.79), Kommentar

„... Nichts kennzeichnet die Lage besser als der Fall von Gewalttätigkeit, der sich gegen Frau Vorbeck selbst richtete. Nun, da sie den Schüler, der sie körperlich angriff, der Schule verweisen will, ist sie sich noch nicht einmal der Zustimmung des Kollegiums sicher..."

FAZ (12.12.79) Deutschlandseite

„... Als neulich ein Schüler, der schon viel auf dem Kerbholz hat, sie tätlich angriff, versuchte sie einen Schulverweis gegen ihn zu erreichen..."

„Der Spiegel" (24.12.79)

„Auch sonst ist fast alles beim alten geblieben. Frau Vorbecks Versuch, einen Schüler beim Plakatieren von KBW-Parolen in der Schule zu hindern, beantwortete der mit Schlägen und Tritten."

Fallen wir doch noch drei, vier Sozialdemokraten in den Arm, die Arme. Geschehen ist alles so nicht, außerhalb des Schulgeländes (nämlich am Zaun nach außen), der Schüler hat gar nichts plakatiert, er soll Frau Vorbeck an der Schulter zurückgezogen haben. Das Verfahren gilt nicht dem Rauswurf an der Schule, sondern seiner Androhung, und es ist noch nicht fertig. Frau Vorbeck weigert sich beharrlich, sich auf eine schriftliche verbindliche Version des Vorgangs festzulegen. Das Verfahren wurde zwei Monate fast nach dem Vorfall, just wenige Tage vor der Aussage von Frau Vorbeck im Untersuchungsausschuß,eröffnet. Es stinkt meilenweit.

Kalender '80 — über die Arbeit auf dem Spielplatz

Berlin/ Die Leute von dem Abenteuerspielplatz Märkisches Viertel in Berlin haben einen Kalender herausgebracht. Neben vielen Fotos reicht der Inhalt von Elternarbeit bis zum Kindergedicht.

Der Kalender kostet 5 DM + 50 Pfg. Porto.
Überweisung auf das Konto E. Schäfer
180330-101 beim Postscheckamt Berlin-West.





EIN VERLAG GING, UND DIE PAPPNASEN KAMEN

(anstelle eines Nachrufs auf den Hamburger Verlag "Association")

FRANKFURT, 30. Dezember 1979

Vorab: ich hatte ein Buch gemacht, das sich mit den Kämpfen amerikanischer Arbeiter gegen die ihnen zugemuteten Arbeitsbedingungen befaßt. Es sollte im Verlag "Association" erscheinen: dort gehörte es dem Programm und der Konzeption nach hin; dort erschien zum Beispiel das einzige westdeutsche U.S.A.-Jahrbuch der Linken, "Dollars und Träume"; dort erschienen die amerikanischen Arbeiterromane von Upton Sinclair. Weil Association Pleite gemacht hat, muß das Buch jetzt anderswo erscheinen (Druckladen Frankfurt und Prolit-Vertrieb Lollar). Das ist die eine Seite meines Ärgers. Die andere ist: wie mit dem Untergang von "Association" umgegangen wurde, ist eine Zumutung. Irgendwelche Pappnasen aus der nordischen Buch-Szene, wer auch immer, haben es zum Skandal gemacht.

Was für ein Verlag war "Association"? Für diejenigen, die es nunmehr unwiderruflich versäumt haben, ihn kennenzulernen, zitiere ich Thomas Rothschild, einen linken Kritiker, der in bürgerlichen Medien schreibt. Das beinahe pathetische Loblied, das er in der "Frankfurter Rundschau" (17. August 1976) dem Associations-Verlag widmete, zeigt vielleicht, daß nicht nur kleine Insider-Kreise wußten, was sie an dem Verlag hatten. Unter der Überschrift "Für die Köchin, wider den Menschenfresser" hieß es in der "FR":

"Daß Kleinverlage ... oft ein markanteres Profil haben als die großen, daß unserer literarischen Landschaft auf ästhetischem und politischem Gebiet allerhand verlorenginge, wenn sie im Zuge der Konzentration ganz von der Bildfläche verschwänden, dafür mag der Verlag Association als Beispiel dienen.

Das Interesse des ... Verlags, der trotz offensichtlicher personaler und finanzieller Schwierigkeiten ... auch in der Aufmachung gefällige und vor allem preiswerte Bücher ... produziert, ist eindeutig politisch. Fast alle Veröffentlichungen sind getragen von einem Ethos, das der Politik weitgehend abhanden gekommen ist. Sie wenden sich gegen jede Form von Unterdrückung, gegen rechte wie linke Unvernunft ... Und so steht neben der sozialistischen Kritik am Westen die sozialistische, auch rätedemokratische und anarchistische Kritik an der verratenen Revolution in den sich sozialistisch nennenden Ländern."

Der Artikel streift dann die Titel des Verlags. Da fehlt kaum ein Name auf der Landkarte aufständischer Bewegungen, revolutionärer Kritik und Selbstkritik. Die mehrbändige anarchistische Kritik der Oktoberrevolution von Volin, Victor Serges Bücher über die Sowjetunion; die Analysen der westdeutschen Studentenbewegung, der okkupierten Tschechoslowakei, der portugiesischen Revolution; Vaneigems "Handbuch der Lebenskunst für die junge Generation"; schließlich eine Reihe der ersten Materialien gegen die Atomkraftwerke (von Holger Strohm) — das alles kam bei Association heraus. Die Bücher waren Teil der

"Konzeption, die alle Publikationen des Verlags Association prägt: auf der Seite der Verfolgten und Diskriminierten gegen die Unterdrücker zu kämpfen",

wie der FR-Artikel den spezifischen libertären Sozialismus des Associations-Verlags zusammenfaßte.

Dieser Verlag ging also pleite. Das Verdienst, die linke Öffentlichkeit davon informiert zu haben, gebührt dem Verband des linken Buchhandels Hamburg. Er tat es so (Die Tageszeitung, 15. August 1979):

Betrifft: Verlag Assoziation

Hiermit geben wir folgende Information: Assoziation hat Konkurs angemeldet. Es gibt neben den Großen ca. 30 Kleingläubiger, die, wenn sie der Konkursverwaltung bekannt wären, aus der Konkursmasse ihr Geld wiederbekommen würden. Eine Liste dieser Leute hält der Verlag, weil er das Geld der übrigen Konkursmaße überlassen will. Diese Tatsache veranlaßt uns die Gläubiger schnellstens aufzufordern sich bei der Konkursverwaltungzu melden, da ihr Anspruchsrecht sonst erlischt. Adresse: Rechtsanwälte Weiland, 2 HH 11, Katharinenstraße 3 ☎ 040/362261
Eine ausführliche Würdigung der Associationspleite wird demnächst der Alternativpresse erscheinen.
VLB Hamburg.

Diese obskure Notiz packte auf sensationell kleinen Raum auch noch Fehler und Mißverständlichkeiten — als ob die Associationsleute mit der Kasse hätten abhauen wollen! Die Inhaberin bestreitet die Unterstellung mit aller Entschiedenheit; auch habe sich kein Mensch die Mühe gemacht, beim Verlag selbst überhaupt nachzufragen, bevor die diffamierende Notiz in die Welt gesetzt wurde. Immerhin war der Kontrast zwischen dieser schäbigen Notiz und dem, was der Verlag inhaltlich bedeutet hatte, offenbar auch den Verfassern noch so deutlich gewesen, daß sie sich bemüßigt fühlten, eine "ausführliche Würdigung" zu versprechen. (Der VLB oder der TaZ-Säzzer leistete sich dazu den kleinen Kalauer, die Würdigung werde "der Alternativpresse erscheinen", nach Art eines Schloßgespenstes also, das heftig mit dem weißen Gewande wedelt und mit dem Glockenschlag der Uhr wieder entschwindet. Genau das muß auch passiert sein:)

Noch voll frischer Empörung über die Kurzmeldung hatte ich die Frau angerufen, die zuletzt allein den Verlag "geschmissen" hatte. Sie war zu "fertig", um öffentliche Erklärungen abzugeben — sehr verständlich. Ich fragte den VLB Hamburg, wann denn die "Würdigung" erscheinen werde, und wurde auf ein Beiratsmitglied von Association verwiesen, das sie zu schreiben übernommen habe; ich schrieb an das Beiratsmitglied, die Antwort blieb aus.

Dafür kam was viel Besseres. Am 28. September 1979 erschien im "Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten" (Nr. 301) ein Bericht über das Treffen der VLB-Provinz Nord (Kiel, 14. bis 16. September). "Der Protokollschreiber", hieß es im Vorspann, "fand die drei Tage chaotisch und nervend — doch in dem Protokoll hat er es sichtbar gut bewältigt". Das Ergebnis:

"Bericht über Association Pleite. Da schwirrt 'ne Menge an Gerüchten rum. Fest scheint zu stehen, daß der Mann, der dem hauptsächlichen Drucker des Verlags Association die Zahlungsversprechen (Wechsel) für den Verlag einlöste, nach dem Tod der Drucker nicht mehr dazu bereit war ... Da der

Verlag auch keine zusätzlichen Privatkredite im erforderlichen Umfang auftreiben konnte, stellte die Inhaberin Konkursantrag".

Verstanden, lieber Leser? Ich auch nicht. Nicht mal, wieviel Leichen in dem Krimi vorkommen. "Fest scheint zu stehen", für mich, daß der Schreiber solide in der Luft hängt.

Irgendetwas muß faul sein, wenn wir das Ende dieses Verlags hinzunehmen bereit sind ohne irgendeine Erklärung darüber, in welcher Beziehung die ökonomische Misere zu den Inhalten, zu der Politik des Associations-Verlags stand. Ist denn die libertär-sozialistische Orientierung, sind die historischen und internationalistischen Interessen der Verlagskonzeption bei anderen Verlagen wirklich genausogut aufgehoben? Die Pappnasen, die beim VLB und anderswo für die Verbreitung von Gerüchten zuständig sind — sind sie wirklich die einzigen, die den Mund aufkriegen, wenn einer der wichtigsten linken Verlage eingeht?

Richard Herding, Corneliusstr. 24, 6000 Frankfurt 1.

SCHAFFT VIELE FREIE RADIOS !!

HEIDELBERG 7. Januar *Den Sendepiraten von Radio Jessica rückte die Post ein bißchen auf die Pelle.*
Passiert ist zum Glück niemandem etwas und der Apparat war eigentlich auch immer ein bißchen unbequem gewesen.
Nun ist er weg und mensch könnte was neues bauen. Vielleicht einen Tonsender fürs Fernsehen?

Am Sonntag, den 9.12.79 fand ein Peiltrupp der Funkkontrollmeßstelle in Darmstadt während der laufenden Sendung einen Sender von Radio Jessica. Nachdem die Sendung zu Ende war, haben sie ihn mitgenommen. (Der ganze Vorgang war für versierte und aufmerksame Hörer daran zu erkennen, daß obwohl das Band zu Ende war, der Sender nicht sofort abgeschaltet wurde, sondern weiter Modulation übertrug.) Leute von der Technikgruppe wurden nicht erwischt. Wir nehmen an, daß das Interview, das zwei Radio-Jessica-Redakteure dem Kurschmalz-Radio („Kurpfalz"-Radio, Heidelbergs Regionalsender) in der vergangenen Woche gegeben hatten, eine derartige Provokation für Post und Obrigkeit war, daß sie am letzten Sonntag ihre ganzen Möglichkeiten in Form von Peilwagen aus Darmstadt aufgefahren hatten, um Radio Jessica den Garaus zu machen, bevor die Idee eines Piratensenders zuviel Publizität erlangen könnte. Post, Polizei, und die, die über deren Einsatz zu entscheiden haben, wollen alle Experimente von freien Radiosendern im Ansatz zerstören: Diese Erfahrung mußten auch die Kolleg/inn/en von Radio Fledermaus in Münster machen, deren Sender am 16.11., ebenfalls bei der dritten regelmäßigen Sendung, gefunden wurde (TAZ v. 10.12.79). Der Verlust der Sender bei uns und in Münster und auch die Tatsache, daß der Peilwagen bereits nach ca. 20 Minuten dem Sender sehr nahe gekommen war, beweist, daß auch bei noch besserer Tarnung und Absicherung unsere bisherige Konzeption, die in etwa mit der der Piratensender „Radio Zebra" (Bremen), „Radio Radikalinski" (Hamburg) und „Radio Fledermaus" (Münster) übereinstimmt, daß diese Konzeption regelmäßig zu festen — vorher möglichst breit bekanntgegebenen — Terminen etwa eine halbe Stunde zu senden, mit einem sehr hohen Risiko für die betreffenden Techniker verbunden ist, wenn nicht ganz unrealistisch.

Und nun zu unserer Sendung: „Aus dem Leben gegriffen."

aus "Medium"

Regelmäßige und angekündigte Sendungen können wohl nur mehr oder minder tolerierte freie Sender (wie vielleicht Radio Verte Fessenheim) veranstalten. Oder mensch verwendet billige und beliebig häufig ersetzbare Sender.

Unser Ziel bleibt die Legalisierung freier lokaler Sender mit begrenzter Reichweite und möglichst ohne kommerzielle Einflüsse. Da eine solche Legalisierung noch in weiter Ferne ist, wie das prompte Zuschlagen der Behörden zeigt, werden wir uns in Zukunft stärker Piratenmethoden zuwenden.
Auf jeden Fall ist Radio Jessica mit dem Verlust dieses Senders nicht gestorben, mensch wird wieder von uns hören, vielleicht mit veränderter Konzeption.
Bis dahin: AUF WIEDERHÖREN !
Radio Jessica, Redaktion&Technik

PS: Wir verweisen noch einmal auf unseren Wahlspruch: „Klatschen ist Scheiße, Schweigen ist Gold". Oder um es mit „Radio Radikalinski" zu sagen: Wenn ihr glaubt, Leute, die mit Radio Jessica zu tun haben, erkannt zu haben, so ist das erstens unmöglich und zweitens politisch nicht haltbar, anders gesagt, haltet absolut die Klappe und streut keine Gerüchte in die Szene.

Kontakt über: **Heidelberger Rundschau, Ladenburgerstraße 82, 6900 Highdelberg.**

PSYCHATRIE IM RUHRGEBIET

und anderswo

PSYCHIATRIE: WER PLANT FÜR WEN?

Bochum, 7.01.80

Nach dem Geschrei der drei Bundestagsfraktionen im letzten Jahr, anläßlich des Berichts der Enquetekommission zur Lage der Psychiatrie in der BRD, bestäubten sich die Abgeordneten mal wieder gegenseitig.

Originalton aus Bonn: ,,Die Versorgung psychisch Kranker ist nach Auffassung aller drei Bundestagsfraktionen trotz einiger Reformansätze nach wie vor höchst unbefriedigend''. (FR v. 12.10. 79) Ein CDU-Abgeordneter sprach zu Lage in der Psychiatrie vom ,,sozialen Notstand Nummer eins.'' Ein SPD-Abgeordneter beklagte die Einstellung der Bevölkerung zu den psychisch Kranken. Zum Schluß herrschte mal wieder Einigkeit, denn: ,,Im Grundsatz einig waren die Sprecher der frei Fraktionen auch darin, wie die psychiatrische Versorgung schrittweise zu verbessern sei.''

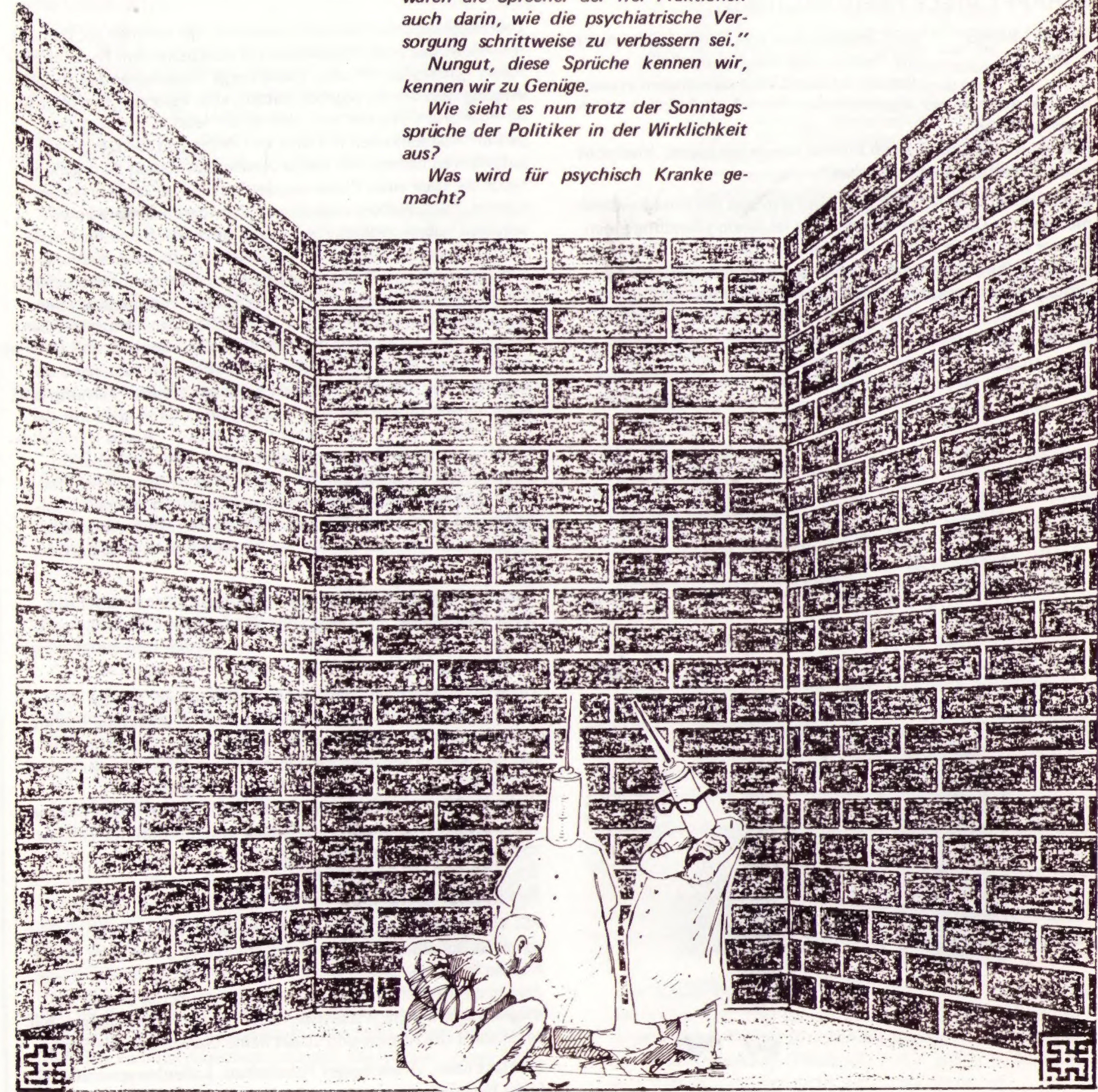
Nungut, diese Sprüche kennen wir, kennen wir zu Genüge.

Wie sieht es nun trotz der Sonntagssprüche der Politiker in der Wirklichkeit aus?

Was wird für psychisch Kranke gemacht?

Es wird mal wieder geplant! Großkotzig und gegen die Menschen, die darin LEBEN müssen.

Anhand der seit eineinhalb Jahren laufenden Planung einer Psychiatrischen Großklinik in Bochen haben sich die Volksblatt-Leute aus Bochum die Mühe gemacht, das geplante Monster näher anzuschauen und ansatzweise Alternativen zu beschreiben.



WAS IST GEPLANT?

Geplant ist ein Psychiatrisches Großkrankenhaus mit 180 Betten für Erwachsene, 24 Betten für Kinder und Jugendliche, acht Betten einer Nachtklinik und 20 Plätze einer Tagesklinik. Dieses Krankenhaus soll die sogenannte „Akutversorgung" übernehmen, d.h. alle mittel- und langfristigen Patienten, deren Behandlung länger als drei Monate dauert, werden weiterhin in das Landeskrankenhaus Eickelborn verschoben!

Das „Westfälische Landeskrankenhaus Bochum", wie es sich offiziell nennt, ist als Universitätskrankenhaus geplant. Die Ausbildung der Medizinstudenten Bochums im Fach Psychiatrie sowie die Forschung auf diesem Gebiet soll hier sichergestellt werden.

Der Standort soll deshalb auch in unmittelbarer Nähe der Universität liegen (nicht etwa in der Stadt). Eine gemeinsame Kommission aus Universitätsprofessoren und Landschaftsverbandsärzten hat bereits einen bis in die Einzelheiten gehenden Raumplan und Personalplan vorgelegt.

Damit sind bereits schon jetzt Fragen der Behandlung festgeschrieben. Pro Station mit 36 Betten sind zwei Vierbettzimmer als „Wachzimmer" ausgewiesen (Wachzimmer sind solche Räume, in denen besonders unruhige Patienten untergebracht sind, ständig unter der Bewachung von Pflegern stehen und nur in besonderen Notfällen bzw. bei besonderem Wohlverhalten Zutritt zur übrigen Station erhalten. Die anderen Patienten der Station, die noch nicht im Wachzimmer sind, stehen ständig unter der Androhung, ebenfalls dorthin zu kommen, wenn sie sich flasch verhalten.).

Aber auch andere Einzelheiten aus dem Raumplan sind interessant. So sind z.B. Videogeräte vorgesehen (über das genaue Ausmaß schweigt sich der Plan aus), die die „Beobachtung des Patientengutes durch die Auszubildenden" ermöglichen sollen. Stellen Sie sich bitte vor, Sie würden aufgrund einer aktuellen Krise das Pech haben, in diese Universitätspsychiatrie eingeliefert zu werden und unfreiwillig – Sie gelten ja als unzurechnungsfähig und können nicht gefragt werden – als Lerngegenstand in den Hörsaal rübergefunkt zu werden.

Universität und Landschaftsverband gehen offensichtlich für Bochum eine „Interessen-Ehe" ein.

Die **Universität** will ihr Bochumer Modell der Medizinerausbildung vervollständigen. Bisher gibt es keine Psychiatrie in Bochum, die Studenten mußten ins Landeskrankenhaus Dortmund-Aplerbeck, wo sie z.T. auch mit den „ausbildungsrelevanten", weil aufrüttelnden Zuständen der Landzeitpsychiatrie konfrontiert wurden. Eine universitäre Akutpsychiatrie hat dagegen ein viel interessanteres „Patientengut" und die verheerenden Folgen der bestehenden Psychiatrie bleiben den zukünftigen Ärzten im Studium feinsäuberlich verborgen.

Der **Landschaftsverband** ist bei der jetzigen Planung auch fein raus! Seiner Pflicht, die psychiatrische Versorung sicherzustellen, ist er durch eine neue Bettenburg in Bochum erstmal nachgekommen, und zwar äußerst billig. Da es sich um eine Universitätspsychiatrie handelt, gibt das Land natürlich kräftige Unterstützung. Darüber hinaus werden durch eine solche Bettenburg natürlich auch Fakten geschaffen: Sind erstmal 200 Betten da, dann müssen diese aus Kostengründen auch belegt sein.

Reformprojekte, wie ein ambulant arbeitendes Krisen- und Kontaktzentrum, das die Patienten in der Familie behandelt, brauchten dann gar nicht mehr ins Auge gefaßt zu werden. Für solche Projekte, die es in einigen Städten der BRD bereits gibt, verhindern sehr viele Einweisungen, so daß sie die Ökonomie der Psychiatrien bedrohen.

Die **Stadt Bochum** will sich, nach den Worten des Sozialdezernenten Blösinger, zunächst abwartend verhalten. Ihr kommt die Bedarfsdeckung durch Bettenplanungen sehr entgegen. Um Kriseninterventionszentren, gemeindepsychiatrische Dienste in den einzelnen Stadtteilen braucht sich die Stadt den Kopf nicht mehr zu zerbrechen. Diese würden nicht nur für die Stadt viel Geld kosten, es käme darüber hinaus zu einer erheblichen Kollision mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese hat in ihrem Bedarfsplan vom 3.Dez. 79 für Bochum ein Soll von 8 niedergelassenen Nervenärzten/Psychiatern angegeben, von denen 7 Stellen besetzt sind. Alle Stellen übrigens in der Stadtmitte für ganz Bochum, außer Wattenscheid!

Durch ambulante psychiatrische Dienste in den einzelnen Stadtteilen käme diese kassenärztliche Planung total durcheinander. Was liegt also näher für die Stadt, als zu allem erst einmal Ja und Amen zu sagen. Das ist das billigste und erspart viel Ärger.

Abb. 8a. Niedriger Oberkopf. Schwacher Sinn für Metaphysik.



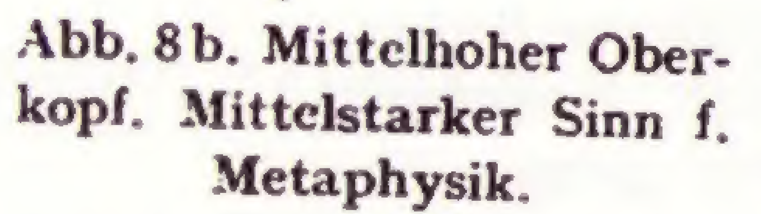


Abb. 8b. Mittelhoher Oberkopf. Mittelstarker Sinn f. Metaphysik.



Abb. 8c. Sehr hoher Oberkopf. Sehr starker Sinn f. Metaphysik.

Wo bleiben die Interessen der Patienten!

Hilft es einem Bochumer Bürger tatsächlich in einer akuten Krise, wenn er statt ins Bett der Eickelborner Psychiatrie demnächst ins Bett der Unipsychiatrie gesteckt wird?

Wem hilft es, wenn Betten für den „psychiatrischen Notfall" geplant werden, statt Einrichtungen, an die man sich wenden kann, wenn man bei sich selbst spürt, daß es nicht weitergeht und daß man Hilfe braucht? Dafür ist ein Netz von Beratungsstellen und Kontaktstellen im ganzen Stadtgebiet notwendig, wo nicht die Krankheit verwaltet wird und möglichst schnell ins Krankenbett abgeschoben wird, sondern wo die psychische Gesundheit erhalten und trainiert wird. Angebote wie Selbsthilfegruppen, Selbsterfahrungsgruppen oder themenzentrierte Gruppen könnten hier im Vordergrund stehen.

Für den akuten Fall muß eine solche gemeindenahe psychiatrische Einrichtung verschiedene Hilfen anbieten: Betreuung des Patienten in der Familie, vorübergehendes Wohnen in einer therapeutischen Wohngemeinschaft, Gespräche und andere Hilfen zu festen Zeiten in der Einrichtung usw. Die, die bisher durch die Einweisung entlastet wurden (der Patient, die Familie, andere Angehörige) sollen durch die ambulante Arbeit solcher Einrichtungen zur Hilfe befähigt werden!

Die Alternative zur Bettenpsychiatrie kann hier nur kurz angedeutet werden: Nach den Erfahrungen in anderen westeuropäischen Ländern hat sie da, wo sie konsequent durchgeführt wurde (z.B. Italien) zu einer weitgehenden Abschaffung der Anstaltspsychiatrie geführt. Die geplante Unipsychiatrie ist unter diesem Gesichtspunkt schon heute eine Fehlpalnung. Sie schafft aber Fakten, sofern sie gebaut wird. Eine Planung von den Interessen der Betroffenen her, d.h. im Sinne einer gemeindenahen und an der psychischen Gesundheit orientierten Versorung wird erschwert, wenn nicht verhindert!

Um die Öffentlichkeit über diese Mißplanung herzustellen und die Verantwortlichen zu befragen, wird die Initiativgruppe "Psychartie in Bochum" am 30.Jan. 1980, 20 Uhr, in der Ruhr-Universität HGB 10 eine Podiumsdiskussion durchführen.

M.W.

Kontakt: Volksblatt, 463 Bochum 1, Alsenstr. 30, Tel.: 0234&33 15 33.

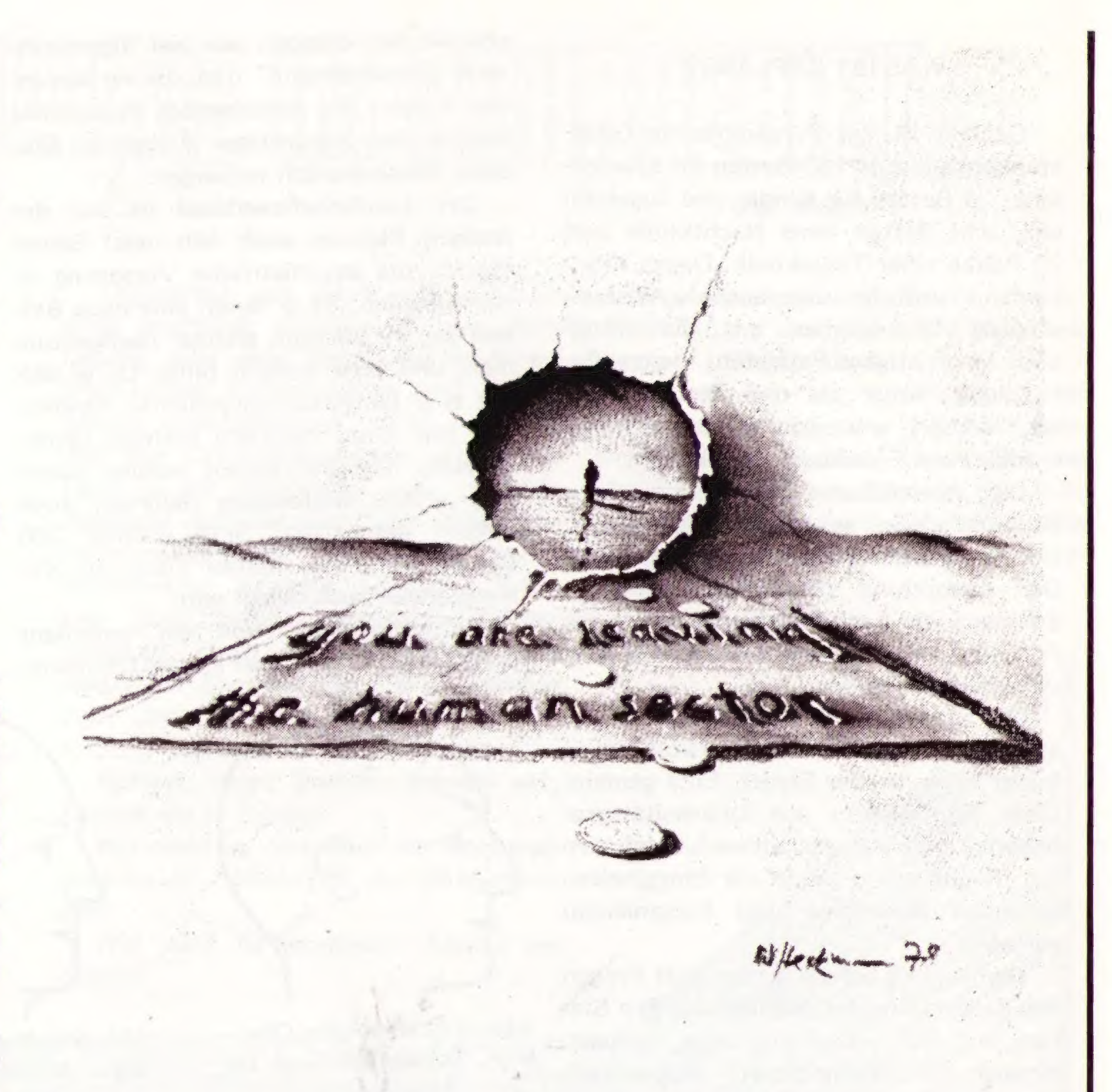
PSYCHIATRIE: WENN MAN DIE DINGE BEIM NAMEN NENNT

Dortmund-Eickelborn, 7.1.80

Dieser Tage ist mir die Patientenzeitung vom Landeskrankenhaus Eickelborn, „der Steg" (vielleicht benannt nach dem Übergang übern Bach in E., wo eine Patientin Selbstmord begangen hatte), in die Hände gefallen, die sehr „schön" aufzeigt, wie mit Patienten umgegangen wird, die ihre Situation sehr deutlich erkennen und auch beschreiben.

Dieses „Unterhaltungsblatt von Patienten für Patienten" (*„von Patienten" heißt: von ÄrztenKorrektur gelesen. So berichtete ein ehemaliges Redaktionsmitglied von der Reaktion eines „korrigierenden" Arztes: Man müsse Rücksicht auf die Mitpatienten nehmen, die das Gelesene sehr erregen und unruhig machen würde.)* hatte in seiner Juli-Ausgabe vom Haus M (Männer) 11 und der Mauer drumrum berichtet und löste damit heftige Reaktionen bei Insassen aus „leider zum Teil sehr polemisch" (Originalton STEG).

Haus 11 hat vier Stationen (al, all, bl, bll). Jede Station hat einen Tagesraum mit zwei WC, zwei Sechsbetten-, zwei Dreibetten-, drei Einzel-, zwei Beruhigungszimmer genannt „Boxen" und einen Wasch- und Baderaum. Die Tagesräume haben 18 Schrankfächer und ca. 25 Sitzplätze.



„Ich fühle mich nicht als Patient, sondern als Häftling."

Patient Herbert N. aus Haus 11a schreibt (die Auslassungen erfolgten durch die STEG-Redaktion): *„Als ich Ihren Bericht über das Haus 11 gelesen hatte, sträubten sich meine Nackenhaare, denn die meisten Ihrer Angaben und dazu due wichtigsten entsprechen nicht den Tatsachen. . . .Wie können Sie mir unterstelen, daß im Bereich Rottland Patienten untergebracht sind, die auch weiterhin eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen und Uneinsichtigkeit im Hinblick auf die Therapie bewiesen haben. Ich bin noch nie eine Gefahr für die Öffentlichkeit gewesen, dabei noch therapiewillig. . . , fühle mich hier nicht als Patient, sondern als Häftling. . . Verwahrung, Therapie findet nicht statt. . . schreiben Sie Tatsachen und nicht solche Lügengeschichten.*

Wenn Ihr Bericht an die Öffentlichkeit gelangt, entsteht ein falscher Eindruck, und dieser entspricht nicht der Wahrheit."

Darauf erwidert der STEG in seiner neuen Ausgabe (S. 4):

„Betreffend die Voraussetzungen für die Unterbringung im Bereich Rottland des WLK Eikelborn muß sich der STEG für ein Versäumnis entschuldigen. Im Haus 11a — aber auch nur dort — sind überwiegend Patienten gemäß § 126a StPO untergebracht. Dieser § besagt sinngemäß, daß in einem psychiatrischen Krankenhaus vorläufig unterzubringen ist, wer vermutlich im Zustand der Schuldunfähigkeit oder der verminderten Schuldfähigkeit eine Straftat begangen hat und bei dem weiter zu erwarten ist, daß erin einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht wird, weil er auch weiterhin eine Gefahr für die Öffentlichkeit ist. Weiter beherbergt Haus 11a Patienten (für nicht länger als sechs Wochen), bei denen auf Gerichtsbeschluß ein fachärztliches Gutachten erstattet werden soll. Die Unterbringung gemäß § 126a StPO ist der Untersuchungshaft gleichzusetzen. Da erst im Hauptermin festgestellt wird, ob jemand überhaupt krank ist, kann vorher natürlich keine Therapie eingeleitet werden. In einem Krankenhaus gibt es nur Angestellte, Besucher und Patienten: wer nicht zu den zwei ersten Gruppen gehört, ist Patient, auch wenn er sich vielleicht nicht so fühlt." Soweit der STEG.

„. . . mit Medikamenten vollgepumpt und willenlos gemacht"

Patient Hans-Albert H. aus Haus 11a schreibt:

„Sie schreiben, daß dort alle eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind. . . es gibt auch Grenzfälle. . . Die Therapie besteht daraus, daß man 14 Stunden auf einer Holzbank sitzen darf wie in einem Bahnhof. . . Wer sich beschwert, wird mit Medikamenten vollgepumpt und willenlos gemacht. . psychologische Folter. . . bis. . .man als Krankheitsfall hierbleiben muß. . . Haus 11a muß ja gefüllt werden. Mit den Ärzten und Psychologen kann man größtenteils nur auf dem Flur reden, und dann sind auch noch Pfleger dabei, die alles mithören. Visite gibt es nicht, man muß sich schriftlich durch die Pfleger anmelden lassen; ob alles richtig ist, wage ich doch stark zu bezweifeln. . "

Dieser Patient war dreimal, insgesamt 36 Monate, in Haus 11a!

„. . . im übrigen würde bei Entscheidung zwischen Pille oder ‚Zwangsjacke' die Wahl sicher auf erstere fallen."

Dazu der STEG: „. . .*Medizin nehmen muß, wer andernfalls an Leib und Leben gefährdet ist. Wer Medizin verweigert, gilt — und ist es wohl auch — als therapieunwillig und muß damit rechnen, in ein Einzel- oder Beruhigungszimmer gelegt zu werden, wenn sein Zustand dies erfordert. Natürlich können Psychopharmaka, wie alle Medikamente, Nebenwirkungen haben oder zeitweise in Überdosen verordnet werden. Die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus zielt ja nicht zuletzt darauf an, die für einen Kranken individuell richtige Medikation zu ermitteln. Ob , mit Medizin vollpumpen' der richtige Ausdruck für die Bemühungen der Ärzte ist, muß doch wohl bezweifelt werden; im übrigen würde bei Entscheidung zwischen Pille oder „Zwangsjacke" die Wahl sicher auf erstere fallen.*

Wer in Haus 11 arbeiten möchte, kann dies immer tun: auf Anforderung wird Arbeit in den Tagesraum gegeben. Die Bezahlung ist sicher kein Anreiz. Eine „psychologische Folter", gleich welcher Art, gibt es in Haus 11 nicht: gerade dort wird der Patient in Ruhe gelassen und kann den ganzen Tag über tun und lassen, was er will. Wenn er sich langweilt, so ist dies seine eigene Schuld . . . Visiten in den Tagesräumen in Haus 11 sind selten, weil akut Kranke, die einer Visite bedürfen, in den Schlafräumen oder in der Klinik liegen. Herr Dr. Teuber oder Frau Dipl.-Psych. Garten sind jederzeit zu einem persönlichen Gespräch bereit und tun ihr möglichstes — das weiß der Schreiber aus eigener Erfahrung — einem Patienten zu helfen.

Daß bei anderen Gesprächen mit dem Arzt oder der Psychologin Oberpfleger und Pfleger dabei sind, ist auch in jedem anderen Krankenhaus üblich, schon deshalb, damit Arzt oder Psychologin dem Pflegepersonal sofort erforderliche Anweisungen erteilen können. . ."

Wie eine anständige Klinik auszusehen hat, dafür gibt der STEG anschließend Hinweise:

„Erstaunlich ist, daß das Hauptärgernis der Patienten im Haus 11, nämlich die begrenzte Fernsehzeit (!), nicht angesprochen worden ist. Das Fernsehgerät wird spätestens um 21.35 Uhr ausgeschaltet, da der Dienst der Bereitschaftspfleger um 22.00 Uhr endet. . . So ist es selten, daß ein Spielfilm im Abendprogramm zu Ende gesehen werden kann. . ."

Und dann kommt es noch deutlicher:

„Der STEG freut sich über jede Zuschrift, aber 1. Bitte schreiben Sie sachlich und 2. nicht über Ihre ureigenen persönlichen Probleme: wenden Sie sich mit diesen bitte an Ihren Arzt, Ihren Psychologen oder an Ihren Sozialarbeiter. Der STEG kann sich damit leider nicht befassen. . ."

Peter/Bochumer Volksblatt

Akkord — Fließband — Akkord — Fließband — Akkord — Fließband — Akkord — Fließband — Akkord — Fließband — Akkord —

FRAU B. KONNTE — NICHT — WARTEN

Die folgende Begebenheit aus dem Patienten-Alltag, schrieb Max Watts auf:

B. ist eine Frau aus Frankfurt. Sie hat Ohrenweh. Schlimm. Sie geht zum Ohrenarzt. W.T., Chef-Arzt, Hals-Nasen-Ohren (HNO) der M. Kliniken. (alle Namen geändert um die Schuldigen zu schützen). Sprechstunde: Siebzehn bis Neunzehn Uhr, zwei Stunden. Fünfundvierzig (45) Patienten.

B. wartet. Schmerzen. Zwei Stunden. Dann ist sie dran. Sie erzählt später darüber: HNO Dr. W.T. hat mir flüchtig ins Ohr geguckt. Ich sollte — sagte er — "Donnerstag ins Röntgen-Labor in meinem (seinem) Krankenhaus gehen — und — mit den Bildern wiederkommen". Dann wird er sehen, ob er operiert. Ich sagte: "Schmerzen". Er gab mir Tropfen. Ich sagte: "Ich habe in diesem Ohr, als Kind, vor 25 Jahren, einen Trommelfelldurchbruch gehabt — ist es nicht — deswegen — besonders gefährlich? " Er sagte: "Röntgen machen", Ich sagte: "Schwindelig . . . " Er sagte: "Donnerstag".

Es war jetzt Montag Abend.

Die ganze Untersuchung dauerte — genau — drei Minuten.

Frau B. hat Glück gehabt. Die Durchschnittsbehandlungsdauer (2 Stunden = 120 Minuten durch 45 Patienten) ist: 2,67 Minuten. Dr. W.T. hat ihr drei Minuten, 12 % mehr Zeit als dem Durchschnittspatienten gewidmet.

Frau B. hat — wirklich — Glück gehabt. In der Nacht waren die Schmerzen schrecklich.

Die Tropfen?

Die Schmerzen waren schrecklich. Sie schrie. Weinte. Wimmerte. In der Früh - es war jetzt Dienstag — fuhr ihr — zerstörter — Mann, ihr Freund, sie nach Mainz, an die HNO-Uniklinik dort. — "Wir haben keine Betten frei ..."

"Schmerzen, Schmerzen, Schmerzen ... Anschauen."

Die Ärzte H. und K. schauten an. "Sofort operieren. Lebensgefährlich". (Eiterige Entzündung durch — Mittelohr — Knochen — zur Gehirnhaut. Durchgeeitert...)

Frau B. wurde operiert und — nach einer Woche — lebendig entlassen. (Sie ist nicht einmal — wie es bei Gehirnhautentzündungen vorkommen kann — lebenslänglich verblödet.)

FRAGEN: (ja, aber an wen?)

Hat sich ihr Zustand, ihr Ohr, unvorhersehbar — montags Nacht verschlechtert?

Waren die Ärzte H. und K. in Mainz, un-verantwortliche, übereilte — Panikmacher, als sie — Dienstag — sagten: Lebensgefährlich. Sofort operieren?

War Dr. W.T. — unfähig (oder: "Mein Röntgen Labor" — unbewußt gierig, als er Frau B. — bis Donnerstag — wegschickte?)

Sind 2,67 — bis 3 Minuten — pro Patient (pro Schein, Schein... Schein!) zu wenig?

Gibt es in Deutschland eine — Ärzteschwemme?

Max Watts



DEAD KENNEDY

Frankfurt, 3.Dezember 1979

Am 22.November 1963 wurde der amerikanische Präsident John F. Kennedy in Dallas (Texas) erschossen. Bei einer Fahrt im offenen Wagen sollen drei Schüsse innerhalb von 5 Sekunden aus einem Gewehr mit Zielfernrohr auf ihn abgegeben worden sein. Verhaftet wurde als „Einzeltäter" Lee Harvey Oswald.

Am 24.November 1963 wurde Lee Harvey Oswald auf dem Transport von dem Barbesitzer Jack Ruby erschossen.

Die von Präsident Johnson eingesetzte Warren-Kommission kam nach langer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Lee Harvey Oswald als ausgebildeter Scharfschütze allein das Attentat verübt hätte und es keine Verschwörung gegeben hätte.

Dieser „Beweis" für die Einzeltäterschaft war deswegen wichtig, weil die Vermutungen über das Gegenteil Tagesgespräch waren. Durch Zeitungsmeldungen schimmerte folgende Variation: Oswald hat längere Zeit in der Sowjetunion gelebt. Auch in Kuba habe er sich aufgehalten, zumindest habe er gute Kontakte dahin (die Vertreibung von Kubas Diktator Batista, der Sieg der Befreiungsbewegung und damit die Trennung der USA-Kolonie von den USA lag erst einige Jahre zurück). Nahegelegt wurde in den Meldungen, daß, wenn es sich um eine Verschwörung handele, Castro der Drahtzieher sei.

Vor einigen Wochen bekamen wir im ID die US-amerikanische Alternativzeitung „Take Over" vom 4.Juli 1974 zugeschickt. Unter dem Titel

Von der Schweinebucht über Dallas nach Memphis und Watergate

werden dort anhand von Fotos Leute identifiziert, die angeblich an der Erschießung von John F. Kennedy beteiligt gewesen sein sollen.

1961 versuchten Exilkubaner mit Unterstützung der CIA, eine Invasion in Kuba. In Dallas wurde 1963 John F. Kennedy erschossen, in Memphis 1968 Martin Luther King Jr. Und Watergate. . .

Wir haben den Artikel aus Take Over mehrere Wochen liegengelassen, weilwir eigentlich noch schreiben wollten, warum es uns immer noch interessiert, über den Mord an Kennedy zu erfahren, warum für die damals 14- bis 16jährigen Kennedy gut in die Anti-Eltern-Front paßte, warum eine Zeitlang die Stones und Kennedy für uns etwas miteinander zu tun hatten, warum Kennedy für uns gegen den politischen Mief von Adenauers Deutschland stand und schließlich: warum Kennedy dazu beitrug, daß wir uns auf den Ostermarsch machten.

Jetzt geben wir diesen Versuch auf, die eigene Geschichte in ein paar Sätze zu packen.



Bild A
Drei „Penner" werden am 22. November 1963 20 Minuten nach den Schüssen in Dallas verhaftet.
Im Hintergrund das Texas School Book Depository

(zum Artikel „Radikale unter sich" auf Seite 15)

„Daß die sozialistische Bewegung es so gröblich verfehlt hat, die Folgerungen aus den kommunistisch-theoretischen Streitfragen zu erkennen, wie sie nun überall laut werden, diese Tatsache wird auch durch die Haltung der Sozialisten gegenüber der Ökologie bestätigt, eine Haltung, die - wenn sie nicht gerade durch herablassende Ironie gekennzeichnet ist - kaum über ein geringfügiges Staubaufwirbeln hinauskommt. Ich spreche hier von Ökologie, und nicht von Umweltforschung.
Für sich betrachtet erfordern Umweltprobleme keine größere Weisheit als die instrumentalen Denkformeln und Denkmethoden der Städteplaner, Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte - und der Sozialisten. Ökologie dagegen ist kunstvolle Wissenschaft oder eine wissenschaftliche Kunst; auf ihrer höchsten Stufe ist sie eine Form der P o e s i e, die in sich selbst Wissenschaft und Kunst zu einer einzigartigen Synthese vereinigt. Kunst in dem Sinne, daß Ökologie ein ständiges Improvisieren bedeutet. Vor allem aber ist sie jene Anschauungsweise, welche alle Zusammenhänge - sowohl gesellschaftliche und psychologische als auch natürliche - auf unhierarchische Weise interpretiert."

Murray Bookchin, 1971

Die Geschichte aus Take Over vom 4.Juli 1974 (nacherzählt):

Angefangen hat es damit, daß 1970 in der Zeitschrift „Computers and Automation" eine Auswertung von Bildern und Informationen vom Tag und vom Ort des Attentats in Dalles erschien.

Am 22.November, 20 Minuten nach den Schüssen auf Kennedy, wurden in Dallas drei Männer festgenommen (Bild A). Beim Bild A steht über dem Hauseingang im Hintergrund: Texas School Book Depository. Aus eben diesem Depot soll der angebliche Mörder Lee Harvey Oswald die Schüsse abgegeben haben, so die bisherigen offiziellen Ermittlungen.

Die abgebildeten drei Männer wurden als „Penner" verhaftet, so die offiziellen Mitteilungen. Sie seien zum Zwecke „einer Untersuchung" festgenommen worden.

Alle Protokolle ihrer Verhaftung oder Vernehmung sind später verschwunden.

„Take Over" behauptet nun, daß es Leute gibt, die das Attentat untersucht haben und die der Meinung sind, diese drei „Penner" seien die Schützen gewesen. Sie seien festgenommen worden, um sie in Sicherheit zu bringen.

Zur Identifizierung der drei „Penner" folgen mehrere Fotos und eine Fahndungszeichnung.

Die Zeichnung ist die offizielle Fahndungszeichung des FBI, die nach sechs Augenzeugen des Mörders von Martin Luther King angefertigt wurde. Nach „Take Over" handelt es sich dabei um Thomas Vallee (vergl. Bild E aus Dallas). Wie bei Kennedy wurde auch bei Martin Luther King relativ bald verkündet, daß es sich um einen Einzeltäter gehandelt habe. Verurteilt wurde James Earl Ray.

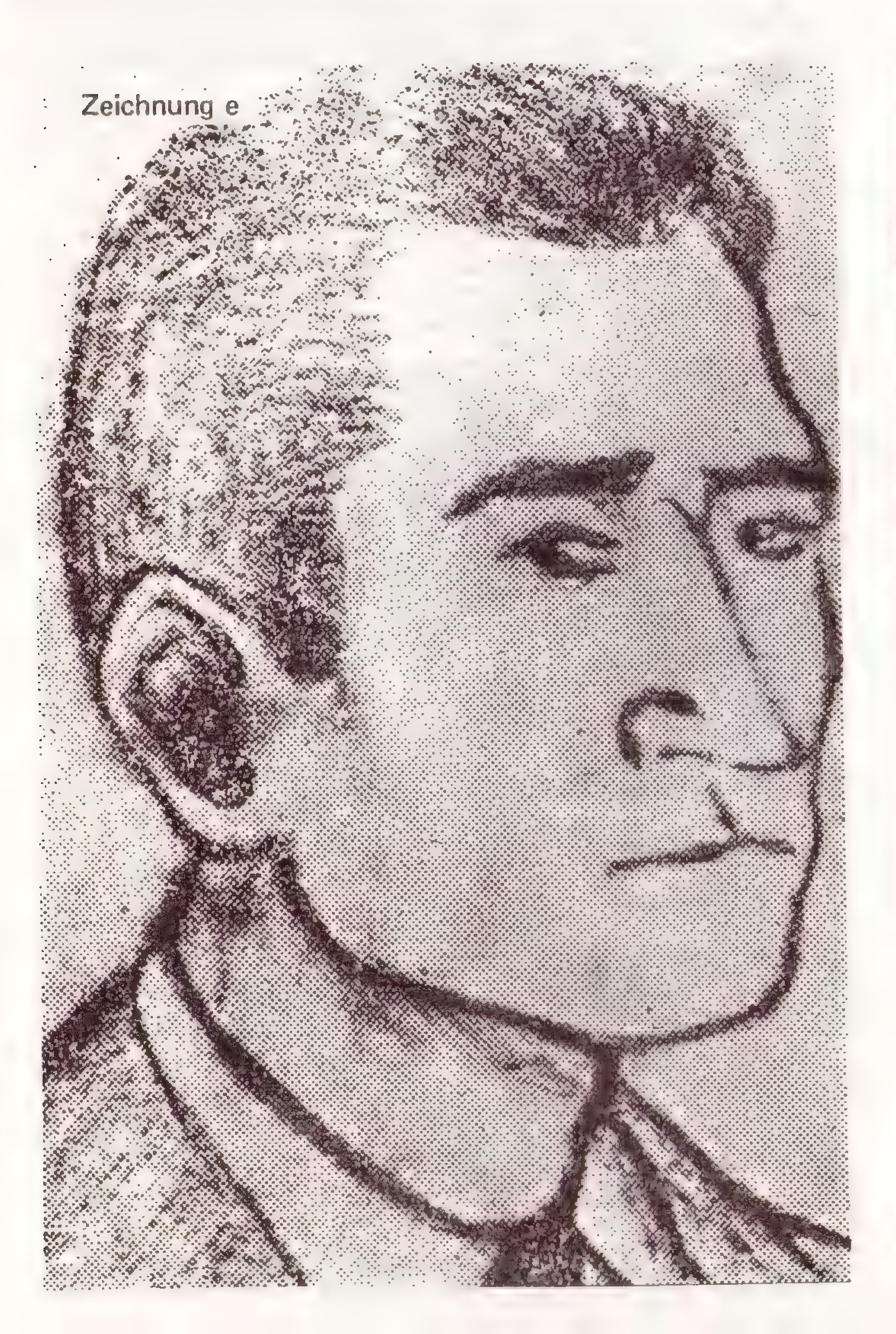
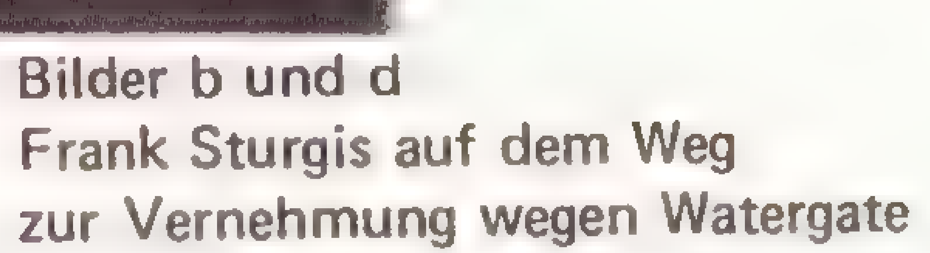

Zeichnung e


Bild E
Einer der „Penner" in Dallas

Die drei Identifizierungs-Fotos wurden aufgenommen, als ein Untersuchungsausschuß des Senats die Watergate--Einbrecher verhörte. Die Fotos b und d zeigen Frank Sturgis (vgl. Bild D aus Dallas).



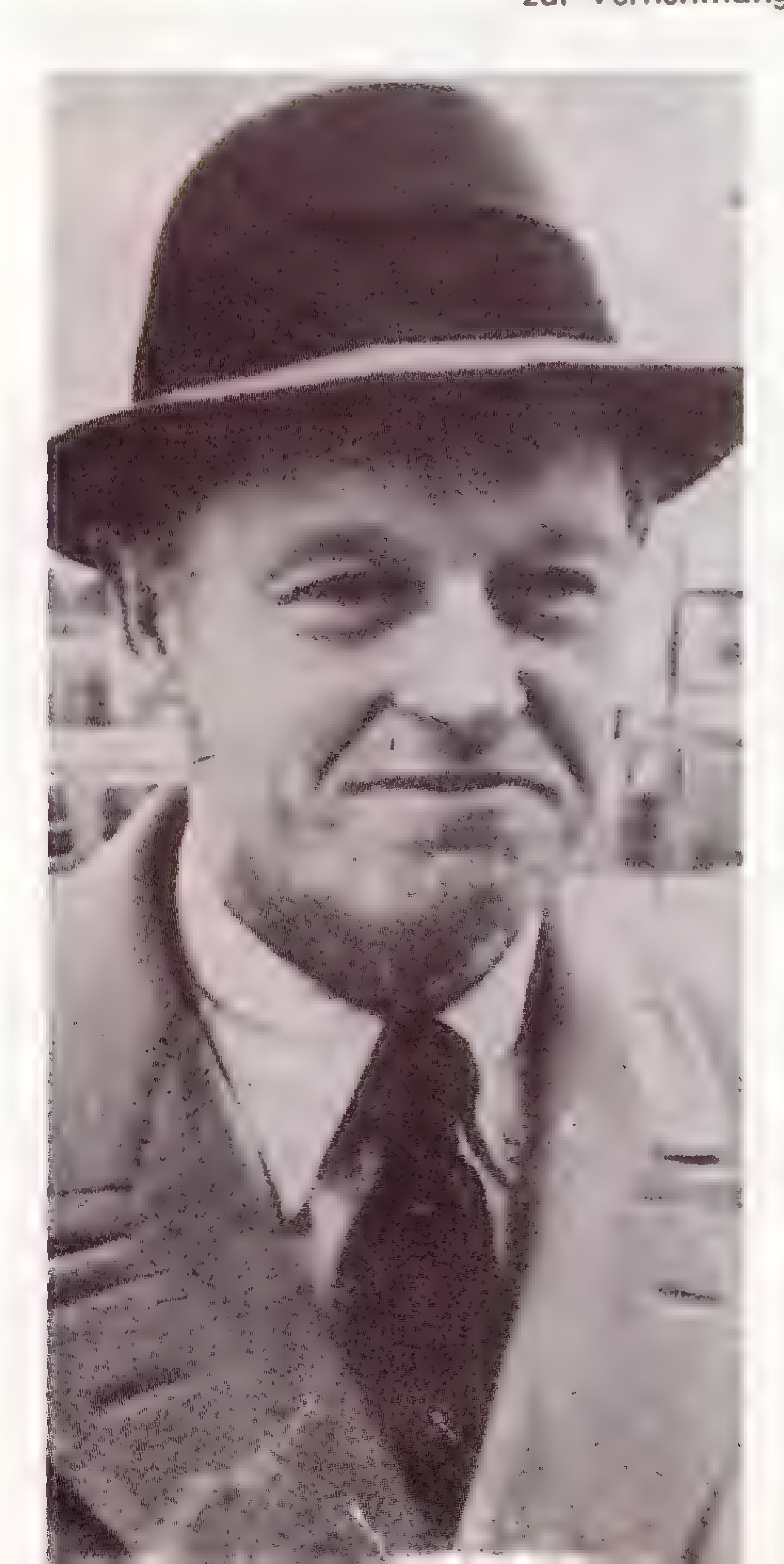




Bilder b und d
Frank Sturgis auf dem Weg
zur Vernehmung wegen Watergate



Bild D
Einer der „Penner" in Dallas





Das Bild C zeigt den Chef der Watergate-Handwerker, E. Howard Hunt (vergl. mit der Vergrößerung a (aus Foto A) aus Dallas).

Weiter aus „Take Over":

„Sturgis und Hunt haben eine lange Geschichte, die zurückgeht bis zur CIA-geplanten Schweinebucht-Invasion. Hunt diente als Kontaktmann zwischen Kennedy und den CIA--Agenten, die die Invasion planten. er initiierte das Ersuchen an Kennedy, die Operation zu unterstützen. Kennedy belieferte — allerdings nur zögernd — die Anti-Castro-Kubaner mit Waffen und erlaubte, sie auf dem Boden der USA auszubilden. Die ausschlaggebende Luftunterstützung wurde von Kennedy allerdings zurückgezogen, weil er es für schädlich hielt, wenn die USA offen in eine militärische Auseinandersetzung einbezogen würden. Ohne die notwendige Luftunterstützung scheiterte die Invasion kläglich. Das hinterließ bei der CIA und den Anti-Castro-Kubanern eine schwelende Wunde.

Frank Sturgis war US-Marieninfanterist, der sich zum Söldner in Castros Armee wandelte, dann Anti-Castro-Reaktionär wurde und während der Invasion in der Schweinebuch über Havanna flog, um Anti-Castro-Flugblätter abzuwerfen.

Es wird angenommen, daß Kennedys Verrat der Invasion in der Schweinebucht und seine Entscheidung, den Einsatz von US-Militär in Vietnam zu begrenzen, seine Ermordung beschleunigte. Eine Verschwörung und Verschleierung, zu der Teile des CIA, des Generalstabs, der Polizei in Dallas, des FBI, des Geheimdienstes und der Anti-Castro-Kubaner gehörten."

Auszug aus einem Artikel, den Manuel Artime, einer der Organisatoren der Schweinebuch-Invasion, in dem Buch„ The Sixties" schrieb. „The Sixties" ist 1977 von der „Rolling Stone Press" herausgegeben worden.

Artime war 20 monate in kubanischen Gefängnissen nach der Invasion. Zurück in den USA telefonierte er mit John F. Kennedy:

Er (der Präsident) sagte: *„Hallo Manolo, ich freue mich, daß du zurück bist."* Dann sagte er: *„Bitte komme mich in Palm Beach besuchen."*

Ich fuhr nach Palm Beach und traf Präsident Kennedy. Ich fragte ihn, warum er uns nicht geholfen habe, als wir in der Schweinebucht Ärger hatten. Er sagte mir, daß er befürchtet habe, die Russen würden Berlin angreifen, wenn er Kuba offen angreifen würde, um uns zu hlefen. Er sagte, heute glaube er, daß die Russen geblufft hätten. Er sagte, er habe eine Menge über die Russen gelernt.

Ich bat ihn, uns erneut gegen Castro zu helfen. Ich sagte: *„Wenn Sie uns schon nicht grünes Licht geben können, Castro anzugreifen, dann geben Sie uns auch kein rotes. Alles, was wir wollemn, ist blinkendes gelbes Licht."*

Er sagte: **„Sprechen Sie mit meinem Bruder Bobby."**

Ich dachte wieder über diesen Krieg nach, als die Untersucher vom Kongreß zu mir nach Miami kamen, um mich zu verhören, **nachdem einige Freunde von mir Ärger hatten wegen Watergate.** Sie sagten: *„Wenn Sie uns belügen, müssen Sie vor den Kongreß und den Untersuchungsausschuß. Sie werden verhört von Senatoren vor allen Fernsehkameras und vor der gesamten öffentlichen Meinung der USA. Sie werden unter Eid aussagen müssen, und wenn Sie nicht ehrlich sind, werden Sie ins Gefängnis gehen."* (Artime erklärte den Untersuchungsbeamten, daß er die Gesetze der USA häufig gebrochen habe. Und dann:)

„Ja. Ich werde so offen sein und Ihnen alle meine Mitverschwörer nennen."

Sie paßten gut auf, erhoben ihre Bleistifte und begannen zu schreiben. *„Präsident Eisenhower, Vizepräsident Nixon, Präsident Kennedy. Vizepräsident Lyndon Johnson. Präsident Lyndon Johnson. Das Außenministerium. Das Pentagon. Die CIA. Das FBI. Ich erinnere mich an drei Bundesrichter, drei Gouverneure. Die Führer des Kongresses. Ich erinnere mich an wenigstens fünfzehn Sherrifs, Grenzpolizei und Küstenwache. . . Ich werde Ihnen den Namen der Verschwörung sagen: die Invasion in der Schweinebucht und Kommandounternehmen gegen Kuba.*

Ich habe das Neutralitätsgesetz gegen Kuba gebrochen; ich habe das Einwanderungsgesetz gebrochen; ich habe das Zollgesetz gebrochen. Ich habe Waffen von einem Staat in den anderen gebracht mit der Erlaubnis der gesamten organisierten Polizei.

Ich habe unter Eid gelogen, weil ich Befehl bekommen habe, unter Eid zu lügen. Wenn Sie wollen, bringen Sie mich vor Gericht und ich werde alle meine Mitverschwörer rufen und ich werde beginnen, Fragen zu beantworten."





Würden Sie von einem von beiden heute noch einen Gebrauchtwagen kaufen ?

Für eine andere Energie

Der zweite Teil des Alternativenergie - Szenarios: Wachstum und bessere Nutzung

Florentin Krause hat für das Öko-Institut in Freiburg ein Alternativ-Energie-Szenario geschrieben. Es war unter anderem die Vorlage für Erhard Epplers spektakuläre und vergebliche Äußerung vor dem SPD-Parteitag in Berlin. Bei Krause geht es darum, unter den gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Möglichkeiten zu zeigen, die Zukunft ohne Atomenergie und Komfortverzicht zu planen.
Die Kölner „Stadtrevue", das Münchner „Blatt" und der Frankfurter „Pflasterstrand" bringen in drei Teilen Florentin Krauses Artikel über sein Szenario. Im ID Nr. 313/314 brachten wir Auszüge aus dem ersten Teil. Hier und jetzt Auszüge aus dem zweiten Teil.
ID

Atomkraftgegner, so ist es zu hören, sind Feinde der Demokratie. Sie beschwören eine Mangelsituation herbei, die eine Gesellschaft wie die unsere zu autoritären Maßnahmen zwingen wird. Angesichts Ölkrise, steigendem Konsum, möchte man es fast glauben: Die Energien dieser Neonwelt gegen zuende, irgendwann läuft sie heiß, in einer Krise, einem Zusammenbruch. Oder sie wird zum Atomstaat. Ein notwendiges Übel. Der Strom kommt aus der Steckdose. Es ist kalt.

Machen wir es unseren satten Vätern und Müttern leicht. Lassen wir ihnen ihren Lebensstil, so wie er ist, und noch viel komfortabler, wenn sie wollen. Betreiben wir in ihrem Namen Volkswirtschaft! Gehen wir davon aus, daß ihre Bedürfnisse in dieser Gesellschaft das Sagen haben. Daß die Revolution, ein anderes Leben, ausbleibt.
Und selbst dann, sagt Florentin, ist Kernenergie überflüssig. Mit ihr gehen die Lichter sogar noch schneller aus als ohne sie! Die Grundlagen der objektivsten Zahlen- und Rechenkünste, mit denen heute — sei es auf dem SPD-Parteitag, in den Zeitungen oder von der Elektrizitäts-Wirtschaft — die Unabdingbarkeit der Atomenergie "bewiesen" wird, sind falsch.
Und nochmal: Es geht hier nicht um Sparen als Lösungsmöglichkeit der Energiefrage. Es geht allerdings auch um die Infragestellung von Verschwendung, von der wir als Linke nicht frei sind. Aber Lust und Überfluß verkommen, wenn wir nicht anfangen zu fragen, woher unser Komfort kommt und welchen Preis wir dafür zahlen. Wir sind fern von unseren Energiequellen, denn bisher wurden sie immer nur für uns gemacht.
Eine Art Selbstbeschränkung in der Utopie: Im Szenario ist die Utopie auf das "Ohne-Kernenergie-Leben" reduziert' Das ist nicht genug. Aber schon mehr, als viele zu hoffen wagen. Und es wird mehr gesellschaftliche Konsequenzen haben, als es den Anschein hat.
aus „Pflasterstrand"

Die Landkarte der Großtechnologie

Konventionelle Energiestrategien sind auf den ersten Blick überzeugend, weil sie so einfach zu sein scheinen: Da gibt es diese schwellende Pflaume, den nationalen Energiebedarf, den man ja in einer einzigen Zahl schön handlich ausdrücken kann, und wenn man diese Pflaume mit großtechnischen Anlagen füttern will, muß man den jährlichen Energiebedarf nur durch den jährlichen Umsatz entsprechender Kraftwerke, Raffinerien, Kohleveredelungsanlagen usw. dividieren. Dann ergibt sich — ganz logisch — daß man vielleicht 100 bis 200 solche Monster haben muß.

Also: Die Generalstabskarte an die Wand hängen und 100 bis 200 schwarze Fähnchen hineinstecken - (Standortplanung), und dann muß man "nur noch" die unglückliche Gemeinde überzeugen, die es nun mal erwischt hat. Und die örtliche Opposition glattbügeln. Die kriegen dann erstmal ein Schwimmbad gebaut.

Wenn man sich überlegt, wie eine entsprechende Energiestrategie der besseren Nutzung und der dezentralen Versorgung aussieht, muß es verständlicherweise den an die Großtechnik gewöhnten Technokraten richtig schwarz vor Augen werden: Wenn da zum Beispiel Biostoffabfälle (Holz, Stroh, organische Abfälle usw.) zur Treibstofferzeugung genutzt werden sollen, da hätte man es ja mit 1 Million Landwirtschafts- und Forstbetrieben zu tun. Und bei der städtischen Fernheizung wäre ja praktisch jede Stadt ein Standort! Und dann haben wir fast 11 Millionen Wohngebäude, wenn die auf "Maodiesel" umgerüstet werden sollen ... da sieht er vollends das Chaos ausbrechen. Unser armer Technokrat.

Damit es uns nicht ähnlich geht, will ich in dieser Folge ein bißchen den Überblick über die großen Dominosteine geben, aus denen sich das Mosaik des alternativen Energieszenarios zusammensetzt.

Hier die Fragestellungen, denen ich nachgegangen bin:

1. **Wie sehen die Bedarfsprognosen aus, mit denen Betreiber und Politiker die Unverzichtbarkeit der Atomenergie begründen? Wie könnte der Prozeß des Wachstums, von dem sie ausgehen, aussehen?**
2. **Wie kann man den "Energiebedarf" der Zukunft mit einer klügeren Verwendung von Energie trotz Wachstum klein halten?**
3. **Was für Arten und Formen von Energie brauchen wir? Welche Qualität muß sie haben?**
4. **In welcher Zusammensetzung können Alternativenergien wie Sonne, Wind, Wasser, Biogas etc. eine Rolle spielen, wie können sie sich mit den verbleibenden fossilen Energien so ergänzen, daß Kernkraft überflüssig wird?**
5. **Welche gesellschaftlichen, technischen, politischen Strategien müssen wir jetzt und später einschlagen, um die "sanfte" Energiedeckung zu verwirklichen?**

Energiedienstleistung: was die Energie uns nutzt.

Eigentlich kann man einen Energiebedarf überhaupt nicht wissenschaftlich bestimmen. Bis jetzt war die Rechnung, mit der die Betreiber ihre Politik rechtfertigen, immer: 4% Wirtschaftswachstum bedeuten 4% Energiewachstum. Diese billige Gleichsetzung löst sich beim genauen Hinsehen in Nichts aus. Der Energiebedarf setzt sich nämlich aus zwei Faktoren zusammen: Einmal der Dienstleistung, die wir uns mit diesem Energieeinsatz beschaffen und zum anderen die Energiemenge, die wir dabei verbrauchen. Wie groß diese Energiemenge ist, hängt außer von der speziellen Aufgabe ganz entscheidend von der Qualität der technischen Lösung dieses Problems ab. Wieviel Benzin ein Auto für 100 km verbraucht, wird bestimmt von der Pfiffigkeit und Freiheit seines Konstrukteurs. Die bessere EnergieNUTZUNG kann also bei gleicher EnergieLEISTUNG zu ganz verschieden hohem EnergieBEDARF führen.

WER HAT ANGST VORM BÖSEN WACHSTUMSWOLF?

In den reichen Industrieländern kommt das Wirtschaftswachstum nicht mehr hauptsächlich aus dem größeren Materialverbrauch, sondern aus mehr Einsatz von Dienstleistungen: Erst mal den ganzen Apparat verwalten, dann finanzieren, versichern, neue Bedürfnisse wecken, dann dafür neue Produkte entwickeln, dann dafür das Marketing machen, dann die Forschung darüber, was man denn nun eigentlich angerichtet hat, die kaputten Leute ins Krankenhaus oder zum Psychiater schicken, die ganzen Polizisten bezahlen, die auf die wachsende Zahl von Fixern und Ausgeflippten aufpassen – ja, da wird viel harte Mark mit wenig Energie geschöpft, und zwar nicht im traditionellen Wirtschaftssektor der Industrie, sondern eben in den Dienstleistungssektoren und anderen Bereichen, die in der Energiestatistik im Unterschied zur produzierenden Industrie als Kleinverbraucher geführt werden. Und deren Energieintensität fünf- bis vierzigmal niedriger ist als die z.B. der Metallerzeugung. Sobald man sich die langfristigen Struktureffekte anschaut, die auf dem Entwicklungsniveau der Bundesrepublik bei weiterem Wachstum zu erwarten sind, ist's nix mehr mit parallelem Verlauf von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch.

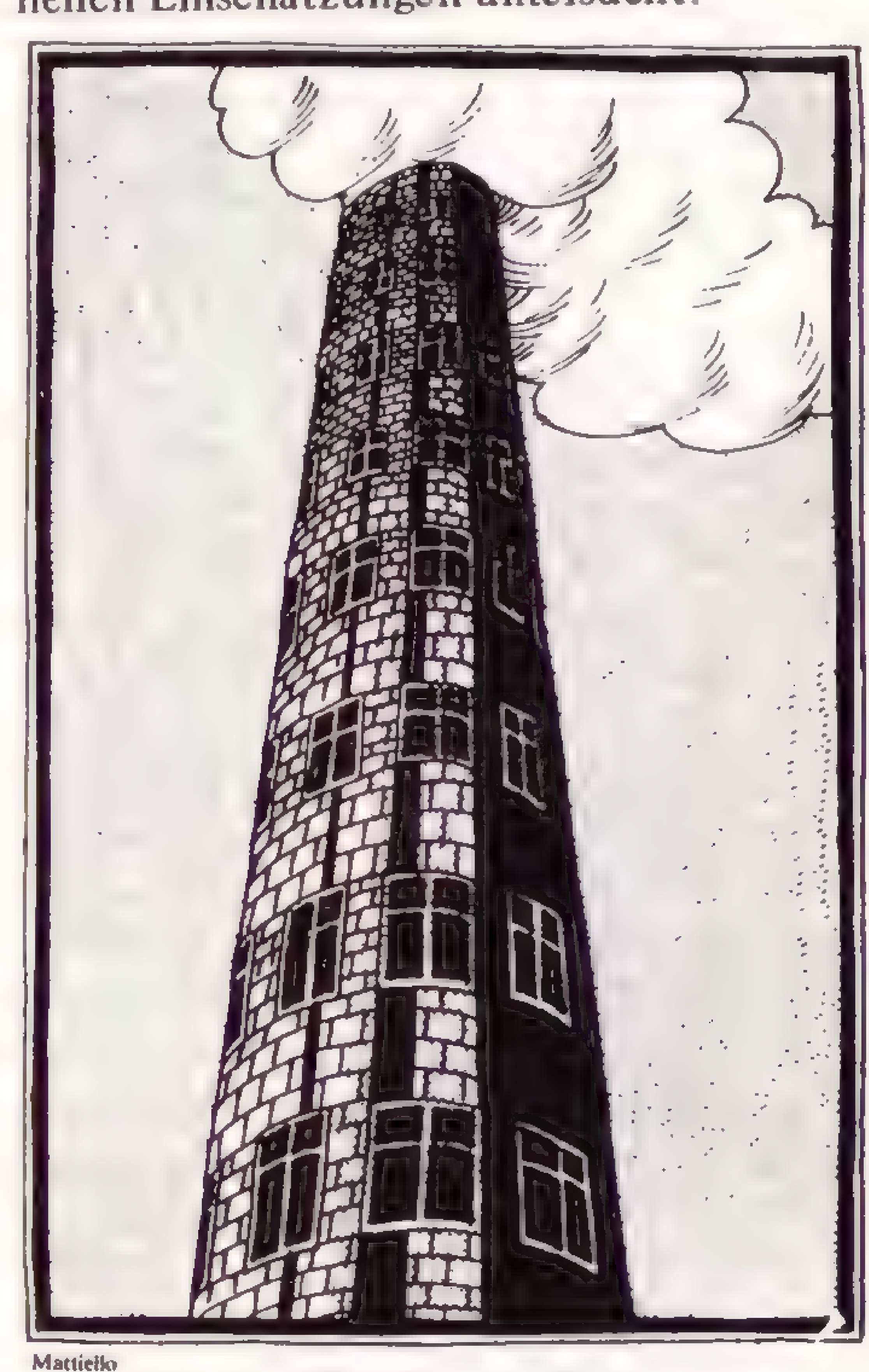
Dazu kommt noch, daß auch die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten mit Sicherheit zurückgeht, nach vorsichtiger Schätzung auf 45 Mio. statt 60 Mio.

WOHIN WACHSEN WIR DENN NUN?

Die Gründe für meinen "immanenten Ansatz" habe ich in der ersten Folge schon erklärt: Ich gehe, ganz artig, von einem wirtschaftlichen Wachstum aus, das den offiziellen Annahmen entspricht: Ca. 2,8% mehr Wirtschaftswachstum, d.h. Bruttosozialprodukt pro Jahr. So wird sie aussehen, die glorreiche Zukunft, für die wir ja sooo viel Energie brauchen sollen: Im Jahre 2030 leben alle Bundesbürger das Leben von ausgereiften Konsumidioten. Dann hat – im Durchschnitt (!) – jeder alles, so wie heute die vorbildlichen Kleinfamilien aus den höheren Einkommensklassen. Die Tabelle gibt eine schnelle Übersicht. Jeder Haushalt hat so gut wie alle Haushaltsgeräte, einschließlich Gefriertruhe, Geschirrspüler, Elektroherd, zwei Fernseher, 1 bis 2 Kühlschränke (der für die Bar im Keller ist der zweite), sowie den ganzen Klimbim wie elektrische Zahnbürste, Kaffeemaschine, Orgasmusmaschine usw. Wenn es keine bessere Nutzung gäbe, würde sich der Stromaufwand für die Haushaltsgeräte verdreifachen.

Stellen wir jetzt mal das ganze Wachstumsmosaik zusammen: Im Szenario wächst das Bruttosozialprodukt bis 2030 auf das 3,2-fache, die Energiedienstleistungen aber wegen des Strukturwandels das 1,6-fache. Das heißt, die ganze schöne neue Welt wird mit einem 50% niedrigeren Energiebedarf bereitgestellt.

Nimmt man noch dazu, daß die Bevölkerung um ein Viertel geschrumpft ist, so ist absolut gesehen (also nicht pro Kopf) ein Energiebedarf zu erwarten, der nur 1,2 mal so hoch wäre wie heute! Dabei haben wir überhaupt noch nicht über bessere Energienutzung geredet, sondern nur die Wachstumsprozesse nach empirischen Tendenzen und konventionellen Einschätzungen untersucht.



Mattiello

Wohnschornstein

BESSERE NUTZUNG: DAS KNALLSTÜCK DER ENERGIE-DEBATTE

So, das Wachstum haben wir erledigt, jetzt kommt die bessere Energienutzung. Vom Energieeinsatz bis zur Energiedienstleistung, das ist 'ne weite Strecke. Da liegen fünf wichtige Begriffe dazwischen: Die Primärenergie ist, grob gesprochen, die Energie, die aus dem Boden rausgeholt wird (Erdöl, Kohle, Uran, Gas, usw.) bzw. die Biostoffe, die über Tage wachsen. Die Sekundärenergie ist der Ausstoß von Kraftwerken, Raffinerien usw., bevor er an den Endverbraucher verteilt worden ist. Die Endenergie ist dann der Strom aus der Steckdose, das Heizöl im Keller und das Benzin im Tank. Für Wind, Sonnenstrahlung und reißende Bäche kann man Primär- und Endenergie gleichsetzen. Von der Endenergie geht's weiter zur Nutzenergie, das ist dann die Wärme, die tatsächlich aus dem Heizkörper kommt, die Energie des Motors hinten an der Antriebswelle usw. Bleibt nur noch die Frage, was wir mit der Nutzenergie machen. Nun, wir nutzen sie, wir Schlaumeier, und zwar mit der Nutzungstechnik, z.B. Häuser, Autos und Geräte. Und dadurch erhalten wir – die Nummer fünf – die Energiedienstleistung. Es gibt also vier Umwandlungsstufen im Energiesystem, und damit auch vier Verlustpunkte: Von der Primär- zur Sekundärenergie, da gibts die Umwandlungsverluste im Kraftwerk, in der Raffinerie usw. Von der Sekundärenergie zur Endenergie gibt es Verteilungsverluste in den Stromleitungen, Tankwagen und Fernheizungsrohren. Dabei sind die Verteilungsverluste klein im Vergleich zu den Umwandlungsverlusten. Der NUtzungsgrad beim Übergang von Primärenergie zu Endenergie ist 82% für Kohle und Erdöl, 95% für Erdgas und 33% bei der zentralen Stromerzeugung ohne Kraft-Wärme-Koppelung. Als Faustregel gilt, daß ein Drittel der Primärenergie auf dem Weg zum Endverbraucher verlorengeht.

Der größte Sündenbock ist dabei die Stromerzeugung.

Um die Endenergie in Nutzenergie umzusetzen, werden z.B. Heizanlagen, Fahrzeugantriebe und Industriefeuerungen eingesetzt. Hier geht wieder ganz schön viel flöten: Der geschätzte mittlere Wirkungsgrad in unserem modernen Industriestaat ist hier etwa 50%, der Rest geht als ungenutzte Abwärme verloren. Damit sind schon zwei Drittel der Primärenergie weg. Aber jetzt geht es erst richtig los: Die Gebäude in der Bundesrepublik, die bis Mitte der 70er Jahre gebaut wurden, verbrauchen 20 bis 40 mal soviel Nutzenergie (also ab dem Heizkörper) als für die eigentliche Aufgabe: nämlich die Bude warm zu halten und die verbrauchte Luft gegen frische auszutauschen (das ist die einzige notwendige Verlustquelle, und die kann man auch zu 80% durch simple Wärmetauscher beseitigen), notwendig ist.

Die Raumheizung alleine macht aber 40% des gesamten Endenergiebedarfs der Bundesrepublik aus!

Beim Kochen ist es ganz ähnlich: Da kommen im Durchschnitt etwa 15% der (elektrischen) Energie tatsächlich im Schmaus an, der Rest sind Verluste.

Diesen Sachverhalt zu kennen, ist wichtig: Denn häufig kommt das Argument, beim Einsparen wäre nichts zu holen, höchstens 10 bis 20%, und dann wäre technisch bzw. kostenmäßig Endstation.

Alle diese Faktoren, die Verluste bei den Energieumwandlungen, kommen in den offiziellen Prognosen und Begründungen nicht vor. (Deshalb sind sie trotzdem – und das ist das Schwierige – in sich schlüssig und exakt) Man muß sich mal vorstellen, in welchem Ausmaß hier wirtschaftliche Interessen in "objektive" Begriffsregelungen eingesickert sind. Mehr als der Primärenergiebedarf kommt in kaum einer Rechnung vor. Kein Wunder. Es sind letztenendes nichts anderes als Handelsstatistiken für Brennstoffverkäufer und Stromhändler.

GUT GENUTZT IST BESSER ALS GESPART

So, und jetzt sparen wir einmal ein bißchen ein, rein technisch, ohne Komfortverzicht und Verhaltensänderungen und vor allem auf dem Boden der FDgO. Zuerst müssen wir wissen, was die Haupt-

stücke vom Energiekuchen sind, damit wir uns nicht zu sehr mit Kleinigkeiten rumschlagen müssen.

Bei den Haushalten entfallen 75 bis 80% der Endenergie auf die Raumheizung. Hier ist also vor allem die Heiztechnik und die Wärmedämmung der Gebäude für die bessere Nutzung ausschlaggebend. Wenn wir die bestehenden Wohngebäude auf schwedische Wärmeschutzgewohnheiten umrüsten, läßt sich der spezifische Endenergieverbrauch (Verbrauch pro Wohnfläche) um zwei Drittel bis drei Viertel senken (Einsparung von 67 bis 75%). Hierzu kommt noch die bessere Heizungstechnik, die zwischen 10 und 20% bringen kann. Insgesamt 70 bis 80 %.

Dabei ist die schwedische Wärmedämmungspraxis nichts aufregendes. 10 bis 30 cm Mineralwolle oder Polyurethan oder dergeleichen unter die Kellerdecke und unter das Dach bzw. auf dem Dachboden, und 6 bis 15 cm an die Außenwand (von außen), dreifachverglaste Fenster mit isolierenden Fensterläden (Klappläden mit 5 cm Styropor draufgeklebt, das macht viel aus in den langen Winternächten, und man kann es leicht selber machen), und schließlich Gummidichtungen in die Fensterfugen. So ähnlich wird in Schweden seit fünf Jahren gebaut und die Schweden sind daran noch nicht erstickt.

Noch zu der schwedischen Wärmedichtungspraxis: Ich sage Praxis, nicht Standards. Die schwedischen Standards traten vor 5 Jahren in Kraft, als das Öl auch in Schweden noch halb so billig war wie heute. Inzwischen werden die Dämmstandards z.T. beträchtlich überschritten.

SONNENENERGIE – BEI DIESEM TRÜBEN HIMMEL? BEI DIESEM KLIMA?

Darüber kann man schon ein Buch schreiben, wie das bei unserem Klima gehen soll. Die erste Voraussetzung ist, daß man die bauphysikalischen Wärmeverluste durch Wände, Fenster, Fugen und Luftaustausch um einen Faktor 10 senkt (etwa von jährlich 40.000 kwh auf 4.000 kwh). Dies ist mit erprobten Wandkonstruktionen, Dreifachverglasung und Wärmetauschern (bei denen die Wärme aus der verbrauchten Abluft zurückgewonnen wird) möglich und bei Neubauten gar nicht so teuer. Wenn man das macht, dann genügt ein kleines aktives Solarsystem (mit Pumpe und Regelmöglichkeiten) mit einem kombinierten Kurz- und Langzeitspeicher von der Größe eines Kellerraums, um den Wasserwärmebedarf und die Wärmeverluste abzudecken, die noch nicht von der Sonneneinstrahlung durch die Fenster und durch die Geräte- und Personenabwärme im Haus ausgeglichen worden sind. Solche Häuser (Einfamilienhäuser in diesem Fall) werden z.B. inzwischen von der Schweizer Firma Richard angeboten, ein Zeichen dafür, daß diese Bauweise schon heute sogar kommerziell erfolgreich sein kann. Die möglichen "passiven" Konstruktionsprinzipien sind, daß die Fensterflächen, insbesondere die der Aufenthaltsräume, nach Süden ausgerichtet werden, daß vor die Zimmer mit dem größten Wärmebedarf Wintergärten oder Gewächshäuser mit wärmespeichernden Massen gesetzt werden, daß die Zimmer im Haus nach Wärmezonen angeordnet werden usw.

Diese passiv heizende Bauweise ist auch nicht auf Einfamilienhäuser beschränkt. In Toronto, Kanada, gibt es ein 20-stöckikges Bürohaus mit 5 000 Beschäftigten drin, das vollkommen ohne Heizung durch den harten kanadischen Winter kommt! Und das nur mit einem Wasserspeicher im Keller und einem geschickt ausgeklügelten Wärmeverteilungs- und Kühlsystem. Dieses "Corporation Headquarter" hat pro Quadratmeter nicht mehr gekostet als andere vergleichbare Banken.

Meist wird die vollsolare Beheizung nur für Einfamilienhäuser diskutiert. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit eines Nachbarschaftsverbundes, bei dem die Kosten des Solarsystems pro Wohnung durch einen großen Gemeinschaftstank (im Erdreich z.B.) drastisch gesenkt werden können. Außerdem sind die Wärmeverluste eines solchen "kollektiven Langzeitspeichers" geringer, weil das Volumen-Zu-Oberfläche-Verhältnis günstiger ist. Kollektoren kann man auf Gerüsten über den Parkplätzen anbringen, wenn die Dachfläche nicht reicht. Auf diese Weise lassen sich sogar Mehrfamilien- und WG-Häuser vollsolar versorgen.

Daß man in unseren Breitengraden nur Brauchwasser mit Sonne erwärmen könne, ist eine unbegründete Vorstellung, die meistens aus mangelndem Verständnis für den Zusammenhang von Wärmedämmung und Solarheizung zustandekommt. Sie rührt auch von einer völlig entfremdeten Architektur, die gegen die Umwelt anstatt mit der Umwelt baut.

„RADIKALE UNTER SICH"

Frankfurt, 8.Januar 1980

Am Freitag, den 14.Dezember 1979, trafen sich im Hörsaal sechs der Frankfurter Universität diejenigen, die gerne die linke Fraktion innerhalb der Grünen sein möchten, oder auch nicht: Grüne Liste Hessen, Asta der Uni Frankfurt, Trotzkistische Liga, KPD und KB und andere.

Alexander Schubart von der Grünen Liste Hessen hängte sich gleich zu Beginn das Etikett „Radikalökologe" um und zeigte damit allen, die es wissen wollten, wo der Hammer hängt. Mit einem Katalog „radikaldemokratischer" und „radikalökologischer" Forderungen sorgte er für die rechte Wahlkampfstimmung. Gelernt ist eben gelernt. Als „Radikalökologe" bereitete es ihm keine Schwierigkeiten, im nächsten Moment die bekannte feinsinnige Unterscheidung von der ersten und der zweiten Natur des Menschen zu treffen — als stünde nicht die marxsche „zweite Natur des Menschen", der Mensch als Macher, in der Tradition des „macht euch die Erde untertan", was vielleicht noch etwas mit Umweltschutz, sicher aber nichts mehr mit Ökologie zu tun hat.

Den nachfolgenden Rednern ging es dann auch im wesentlichen nur noch darum, die von ihnen vertretene Arbeiterbewegung nicht zu kurz kommen zu lassen: die KPD, die den Grünen vorwarf, sie wendeten sich gegen die Arbeiterklasse, weil sie nicht für eine Verbesserung des Lebensstandards einträten; die Wählergemeinschaft Atomkraft — Nein danke aus Hameln, für die Atomkratwerke mit Ökologie nichts zu tun haben und die — von wegen der Arbeiterklasse, empfahl, SPD zu wählen; und — langfristig — den Aufbau einer leninistischen Partei anriet. Sie hatte dabei ganz vergessen, daß sie und die mit ihr auf dem Podium sitzenden „Linken" nur über die Beteiligung an den Grünen diskutierten, weil ihnen — erfreulicherweise — eben diese Parteigründung seit langem schon nicht glückt oder da, wo sie geglückt ist, wie bei der KPD, genauso gut hätte unterbleiben können. Schließlich trat noch die Trotzkistische Liga auf, deren eigene Denkleistung darin bestand, die Grünen als „kleinbürgerlich" und „ökologistisch" zu erkennen und die sich spornstreichs daranmachen wollte, eine marxistisch-leninistische Partei aufzubauen.

Sie alle waren eifrig bemüht, ihre „radikale" Identität nicht zu verlieren. Als wäre es eine besondere basisdemokratische Leistung, wenn sich vor Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben die Chefs der Autonomen und des Kommunistischen Bundes zu einer Besprechung über Strategie und Taktik zusammensetzen. Oder wenn der KB mit der GLU Niedersachsen ein Abkommen schließt, nach dem die Bunte Liste in Hamburg ungestört von einer GLU-Gegenkandidatur walten kann, wenn die GLU in Niedersachsen nicht mit einer Bunten Liste konkurrieren muß. Na gut, diesmal ist es schiefgegangen, die GLU hielt sich nicht an die Abmachungen. Aber der KB war sicher bei solchen Spielchen nicht immer der Gelackmeierte.

Ich behaupte gar nicht, die Grünen seien demokratischer als. . . Ich gehe davon aus, daß Basisdemokratie dort so gut oder so schlecht aufgehoben ist wie in jeder anderen politischen Organisation. Auch bestreite ich nicht, daß es Linke waren, die „Basisdemokratie" wiederentdeckt und belebt haben. Aber es waren eben auch immer wieder wir, die sie auf den Hund gebracht haben.

Bei der Veranstaltung am Freitag in der Frankfurter Uni ging es den ganzen Abend nicht um Ökologie. Die vereinigten Vertreter einer traditionellen Linken hatten lediglich gelernt, daß es andere Sachen sind, die Leute in Bewegung bringen, als ihre abgeklapperten Dogmen. Jetzt wollten sie daran gehen, ihr Gerippe dem Körper einzuziehen. So wie sie sich anstrengt, wird es diese Linke noch schaffen, die Ökologie auf den Klassenkampf zu bringen.

Karl Sandra

NETZWERK:

mehr als geld und zinsen?

Nachdem wir uns im ID mit den Netzwerk-Beiträgen in der Nummer 310 beschäftigt hatten, blieben uns eine ganze Menge Fragen. Die Fragen waren nicht neu. Sie waren zum größten Teil schon in den Beiträgen angesprochen worden: Wer macht Netzwerk? Was haben die verschiedenen Gruppen, die daran beteiligt sind, miteinander zu tun? Netzwerk - mehr als Geld? Warum eigentlich keine linke Bank? Wie real ist eigentlich der Zuckerguß ums Netzwerk, daß über diese Vernetzung Fronten aufgebrochen werden könnten?
Aber aus irgendwelchen Gründen waren sich diejenigen, die an den Beiträgen in der Nummer 310 beteiligt waren, allzu schnell einig bei diesen Fragen. Deshalb war bereits bei der Zusammenstellung der ID Nr. 310 klar, daß unsere Fragen in einem späteren Heft diskutiert werden sollten. Voilà.
Beteiligt waren an dem Gespräch Bernward und Arno vom Netzwerk Frankfurt, Conrad und Karl vom ID und die „Institutionsarbeiterin" Helga als Netzwerk-Geldgeberin.

Informationen und/oder Geld? oder:
wer will was von wem?

Conrad: Ich habe mir ein paar Fragen aufgeschrieben, nachdem ich die Beiträge im ID 310 durchgelesen hatte. Ich fand die Thesen vom Brückner als Diskussionsansatz am besten. Eine der Fragestellungen zum Netzwerk steckt da schon drin, obwohl die Thesen sehr schematisch sind. Die Frage ist: wer sind eigentlich die unterschiedlichen Leute? Z.B. die Population 1, die Alternativen, und die Population 4, die der Brückner politisch gewendet hat auf Leute vom SB etwa. Diese Einteilung kann man aber auch eher sozial sehen. Dann würden damit Leute bezeichnet, die hauptsächlich in Institutionen arbeiten. Das heißt, es gibt bestimmte Trennungen, auch auf der sozialen Ebene, innerhalb der Linken. Und da kommt das Netzwerk rein und will versuchen, Brücken zu schlagen. Will wohl nicht nur vernetzen zwischen den notleidenden Projekten, sondern auch zwischen unterschiedlichen Teilen der Linken, die kaum etwas miteinander zu tun haben. Da setzt meine erste Frage an: was haben die Leute, die dieses Netzwerk machen, sei es die Zahler, sei es die Organisatoren, mit den anderen, die davon profitieren, zu tun und nach welchen Kriterien läuft das. Über die Nützlichkeit will ich im Augenblick nicht reden. Die ist für mich offensichtlich.

Eine andere Art, mit Geld umzugehen, hat es ja lange Zeit in Frankfurt gegeben, das Frankfurter Kulturzentrum, das das Geld einiger begüterter Genossen weitergegeben hat. Der Vorteil: beteiligt waren verschiedene Projekte, die sich gegenseitig gekannt haben. Man hat den Alltag geteilt. Deshalb war die Geldvergabe kein Problem. Doch dadurch kamen nur ganz bestimmte Projekte in diesen Genuß.

Der Vorteil von Netzwerk ist, daß viel mehr Leute daran teilnehmen können. Aber die breitere Streuung wird erkauft durch eine größere Anonymität. Unter dem Gesichtspunkt ist dann auch die Geldvergabe eine große Frage.

Bernward: Deine Fragen waren also: wer ist das, der Netzwerk gemacht hat; welches Interesse haben die Leute, die da einzahlen, an den geförderten Projekten; und was war das dritte?

Conrad: Ob die Art von Geldvergabe nur so nach politisch kalkulierbaren, objektiven Kriterien verläuft. Ich habe mir die Liste der Projekte angesehen, die ihr in Frankfurt unterstützen wollt. Ich könnte da schlecht Kriterien festlegen. Es scheint mir alles nützlich zu sein. Die Kriterien ergeben sich dann auf einer Ebene, wie es früher bei den Parteien war: wollen wir dort intervenieren oder dort. Die Kriterien sind ähnlich abstrakt.

Arno: Es stimmt schon, daß die Organisatoren nicht aus der Szene kommen, die in den Projekten arbeitet. Ich glaube auch, daß die Initiative von den Leuten kam, die außerhalb der Projekte waren. Ein Punkt dabei ist, daß sich Leute wieder einbringen können, die in der Scheiße stecken und malochen. Das ist also das eine: wieder Beziehungen aufbauen.

Das andere: Ich sehe auch, daß die ganzen Initiativen unter sich auch wieder sehr unverbunden sind. Da läuft in den einzelnen Projekten so viel, daß die kaum fähig sind, Beziehungen über ihre Schwierigkeiten nach außen zu tragen. Da ist vielleicht ein Ansatz für Leute, die das von außen sehen, sich einbringen wollen und vielleicht ein bißchen eine Vermittlerrolle. . .

Karl: Große Teile des ID bestehen daraus, daß Leute, die etwas machen, etwas darüber mitteilen, was sie machen und wie sie das machen. Schon von daher stimmt es nicht, daß die Leute so in ihren Geschichten drinstecken, daß sie nichts über sich mitteilen können.

Aber wer sagt eigentlich, daß es für die Projekte notwendig ist, sich nach außen darzustellen? Woher bestimmst du die Notwendigkeit, wenn die Leute das nicht selbst sagen?

Und wenn die Leute etwas über sich mitteilen, was für ein Interesse haben die anderen daran? Ist das ein Interesse nach Information? Also: Aha, jetzt weiß ich Bescheid. Oder ist es das Interesse: Jetzt weiß ich Bescheid und ich kann einsteigen? Oder ist es das Interesse, das irgendwie dazwischenliegt, zu erfahren was läuft, um Vorstellungen zu kriegen, was man auch machen könnte?

Wer also sagt, daß es notwendig ist, nach außen zu gehen?

Bernward: Ein Beispiel ist die Sache mit der Alternativpädagogik. Lehrer haben daran ein unheimliches Interesse. Die fahren nach Tvind, nach Glocksee, sehen sich die freie Schule an. Es gibt eine ganze Reihe anderer pädagogischer Projekte, die weniger bekannt sind. Es ist für Lehrer wichtig, so etwas zu sehen, um zu merken, daß man auch was anderes machen kann als das, was sie jetzt in der Schule machen. Und für weniger bekannte Projekte ist es wichtig, Kontakte nach außen zu haben. Einmal, um sich zu schützen vor dem Druck, der vom Staat oder von Konservativen kommt. Dann aber auch, um neue Leute zu kriegen, auch um Anregungen oder Geld zu bekommen.
Und dann an den gemeinsamen Zielen zu arbeiten.

Karl: Das bestreite ich ja gar nicht. Aber für mich ist die Frage: Es gibt — wir sitzen nun mal grade hier — den ID. Seit 6 Jahren bietet sich der ID an, für Gruppen, für Leute, die etwas machen, das anderen Leuten mitzuteilen. Alles, was du sagst, erschöpft sich für mich erstmal darin, daß die Leute etwas lesen über andere Leute, die etwas machen.

Helga: Aber das Zentrale, worum es hier geht, ist doch das Geld. So verstehe ich das erstmal.

Bernward: Ich merke gerade in letzter Zeit, daß das Interesse, das am Netzwerk besteht, nicht in erster Linie das Geld ist. Es gibt zwar Leute, die so etwas wie einen politischen Ablaß bezahlen. Aber die meisten haben ein Interesse, außerhalb der bestehenden Institutionen zu arbeiten. Es gibt ein starkes Interesse an einer alternativen Arbeit. Das Interesse an Information darüber wird offensichtlich nicht gedeckt. Die Alternativpresse reicht da offensichtlich nicht aus.

Helga: Wenn du in den Institutionen drin steckst, ist es dir wichtig, zu wissen, daß es etwas anderes gibt. Du kannst deine Arbeit viel besser durchhalten, wenn du mit Leuten diskutieren kannst, die aus bestimmten Gründen etwas anderes machen. Du siehst dich nicht so festgefahren. Das ist eher fließend. Im Moment hältst du es vielleicht für sinnvoll, in einer Institution zu arbeiten. Aber du kannst dir auch vorstellen, in einem alternativen Projekt mitzumachen.

Karl: Damit ist aber meine Frage noch nicht beantwortet: wenn das alles so stimmt, warum ist dann das Netzwerk nicht bloß ein Kommunikationsinstrument, das Informationen verteilt? Wenn es also darum geht, dann soll doch das Netzwerk den ID übernehmen. Wenn wir es ihm geben. Dann produziert das Netzwerk eben ein wöchentliches oder monatliches Blatt mit Informationen zum Herstellen von Kontakten. Alles, was ihr bisher gesagt habt, wäre damit erledigt.

Conrad: Was die Helga gesagt hat, ist ja schon ein Stück weit anders. Sie findet es gut, daß es andere Möglichkeiten gibt, von denen sie es auch für möglich hält. da mitzuarbeiten. Und das hängt natürlich mit Geld zusammen.

Karl: Wieso?

Conrad: Um Bedingungen zu schaffen, damit solche alternativen Projekte existieren können.

Arno: Ich gebe also aus meiner Maloche jetzt Geld ab, um vielleicht später da einsteigen zu können.

Helga: Nicht nur, um einsteigen zu können, sondern dafür, daß so etwas überhaupt existiert.

Conrad: Soweit gebongt. Aber meine Frage ist: warum läuft das über ein für mich so relativ abstraktes Projekt wie Netzwerk? Als diese zentralistische Struktur da war mit Berlin, da hat sich die Frage aufgedrängt, was habe ich damit zu tun. Die Alternativscene — was ist das überhaupt? — unterstütze ich jetzt, indem ich Geld nach Berlin schicke.

Jetzt, wo alles ein bißchen dezentralisierter ist, sind die Beziehungen schon enger. Da kann ich mir schon eher vorsteleln, was man gegenseitig von sich hat, und wie man sich unterstützen kann. Weil man sich nämlich näher kennt und das nicht nur unter so einem abstrakten Kriterium abläuft.

Helga: Meinst du damit, warum ich nicht lieber direkt dem Haus für mißhandelte Frauen Geld gebe, sondern dem Netzwerk?

Conrad: Ja.

„Was die Linken ausmacht, schließt die traditionellen Linken aus ? .... ?"

Bernward: Jemand, der im Netzwerk ist, hat das Gefühl, daß er, indem er das Netzwerk unterstützt, so allgemein, eine neue linke Bewegung unterstützt.

Die Alternativbewegung ist ja das, was man als das Neue in der Linken ansieht. Ich weiß zwar nicht, inwieweit das berechtigt ist, aber das Bewußtsein gibt es.

Karl: Du sagst selbst, daß es noch die Frage ist, die Alternativen als die neuen Errungeschaften der Linken anzusehen. Ich finde es auch noch sehr die Frage, ob es zu unterstützen ist — gerade bei einer Geschichte, die ganz weit unten gemacht wird, die gerade aus einer Kritik an den damaligen politischen Auseinandersetzungen und den damaligen politischen Rastern entstanden ist — ob es also gut ist, genau diese Raster wieder auf die neue Geschichte anzuwenden. Also die Alternativbewegung zu vereinnahmen als eine im traditionellen Raster linke Angelegenheit. Ich weiß z.B. nicht, was eine Arbeitsgruppe „Sanfte Energie" oder eine Gruppe von Leuten auf dem Lande mit dem zu tun haben, was traditionell linke Vorstellungen sind.

Da stimmt an einer Ecke Brückners Aufteilung z.B von Alternativen und demokratischen Sozialisten. Daß die irgend etwas miteinander zu tun haben, bestreite ich überhaupt nicht. Nur: die einen sind aus einer Kritik an den anderen, zu denen sie selbst vielleicht auch mal gehört haben, entstanden. Und die Geschichte jetzt so umstandslos wieder in einen Topf zu bringen, behagt mir gar nicht.

Arno: Die Alternativen so einfach unter links zu subsumieren, ist sicher nicht richtig. Aber eins haben sie doch gemein: gegen die herrschende Art und Weise sein Leben zu verbringen, zu produzieren, was zu machen. Das ist im Grunde das verbindende.

Karl: Das ist das einzig Verbindende, was auch der Bahro z.B. sagen kann: Die Grünen und die Roten gehören deswegen zusammen, weil beide irgendetwas mit Emanzipation zu tun hätten. Das ist mir ein bißchen mager.

Bernward: Was die Linken ausmacht, ist der Anspruch auf sehr von der Basis



herkommende Organisation. Und das schließt dann zum Teil die traditionellen Linken aus.

Karl: Eben.

Bernward: Es gibt nämlich bei diesen demokratischen Sozialisten eine ganze Menge, die sich da auch abgeschottet haben. Zum Teil gibt es noch Sozialisten, die darauf bestehen, man muß unbedingt mit der DKP zusammenarbeiten. Aber immer mehr sehe ich da eine Trennung, auch gegenüber den K-Gruppen, immer mehr die Tendenz hin zu dem, was es an Basisgruppen gibt. Insofern haben Sozialisten auch eine Veränderung mitgemacht.

Karl: Gut. Aber das ist eine Sache, die mir zu sehr unter dieser großen Vereinheitlichungskiste, die da abgezogen wird, baden geht. Für mich ist eindeutig klar: ein traditioneller Sozialist kann nicht umstandslos — wie der Dutschke das fertigbringt, ist mir ein Rätsel — bis gestern traditioneller Sozialist gewesen sein, und sich heute für die Alternativbewegung einsetzen und Ökologiekonzeptionen vertreten. Es gibt Elemente in beidem, im traditionellen Sozialismus und in Ökologiekonzeptionen, die sich für mich ausschließen. Das gilt auch für Sozialisten, die sehr viel mit der „Basis" zu tun haben — die hat das Sozialistische Büro schon lange entdeckt.

Conrad: Er kann dann auch nicht unmittelbar Geldgeber für die alternativen Projekte sein, das geht nicht.

Karl: Es geht auf jeden Fall nicht, wenn der traditionelle Anspruch der Sozialisten beibehalten wird: Führungsspitze gesellschaftlicher Veränderung zu sein.

Arno: Das Linke an der Alternativbewegung ist doch, daß keine fertigen Konzepte da sind, sondern daß Fragen gestellt werden. Die Antworten müssen sich in der Auseinandersetzung ergeben mit denen, die am Projekt teilnehmen, auch mit ihrem sogenannten Privatleben, womit die Sozialisten früher ja Schwierigkeiten hatten. Das eine war politisch und das andere war privat...

Karl: Und jetzt haben sie sich aus der Klemme geschossen, indem sie das Private politisch machen...

Arno: Aber das Wichtige ist doch, daß man nicht nur pro Forma eine Frage stellt und dann hinten aus dem bereitgestellten Kasten ein Konzept hervorholt. Daß das also automatisch eine Basisorganisation wird insofern, daß ich von jedem verlange, daß er etwas dazu beiträft.

Karl: Daß die Leute etwas dazu beitragen, hat auch Freund Stalin schon verlangt. Die Leute sollten ganz schön schuften, um den Sozialismus aufzubauen...

Bernward: Nochmal zur Basisdemokratie. Ich habe inzwischen mitgekriegt, daß es in der Spontiscene einige Leute gibt, die



die Projekte zentral machen und andere, die das nur noch auf der Job-Ebene mitmachen. Die haben auf die Entscheidungen kaum noch Einfluß. Ich würde behaupten, daß das beim Sozialistischen Büro ansatzweise nicht so ist. Dort gibt es einzelne kleine Arbeitsfelder, die sich abstimmen und zusammenarbeiten. Aber das kann niemand von oben entscheiden. Ich halte es von daher für absurd zu sagen, daß die Alternativbewegung basisdemokratischer sei als eine sozialistische Organisation. Zumindest das SB.

Arno: Mir ist bei der letzten Diskussion im Netzwerk aufgefallen: das Netzwerk könnte vielleicht ganz gut dafür sein — sich selbst produktiv kaputt zu machen.

Karl: Die Geschichte kenne ich. Das war die vorletzte Erkenntnis über den ID vor eineinhalb Jahren. Das ist der Taschenspielertrick wie bei Mao: Aufforderung an die Massen, bombardiert das Hauptquartier — und das zieht vorher um.

„Wer mag bei einer bloßen Bank schon noch mitarbeiten? "

Conrad: In dem Papier von den Hannoveranern (ID 310) war die Aussage: wenn man sich nicht kenne, hätte das ganze gar keinen Sinn. Ich bin auch der Meinung, daß der Zusammenhang schon vorher da sein müßte. Und ob Geld das richtige Medium für eine Vernetzung ist, wage ich erstmal zu bezweifeln.

Karl: Da geht es bei mir noch weiter. Was mich ärgert, ist diese Borniertheit der Leute, die immer klagen, daß Geld nicht das einzige sein dürfte. Das Netzwerk soll keine linke Bank sein. Richtig finde ich daran das Unbehagen, daß da Geld gemanagt werden soll und daß es ihnen viel wichtiger ist, mit Leuten zu tun zu haben.

Bloß das als Kritik an einer Institution, die sich mindestens zu 50% auch mit Geld beschäftigt, finde ich hanebüchen. Jede Institution, und sei sie auch regionalisiert, die irgendwie Geld sammelt und zur Verfügung stellt, ist ein Machtinstrument. Wenn ich das Machtinstrument für notwendig erachte, z.B. das Geld für not-

wendig erachte, dann möchte ich die Möglichkeit des Instruments, die Macht auszuüben, so gering wie möglich haben. Das heißt, es muß für mich so kontrollierbar wie nur irgendwas sein. Und das ist es nur dann, wenn ich dieses Instrument auf e i n e Aufgabe beschränke. Mit jeder zusätzlichen Aufgabe, die ich diesem Instrument zubillige, kriegt es eine Macht, die ich nicht mehr kontrollieren kann. Die Kontrollmöglichkeit wird viel schwammiger. Deshalb wäre es umgekehrt mein Interesse, das Ding als linke Bank zu haben in dem Sinn, daß es nach möglichst öffentlichen Kriterien, mit möglichst öffentlichen Entscheidungen Geld zu sammeln und Geld weiterzugeben hat, und nichts weiter, basta.

Bernward: Wer mag dann da noch mitarbeiten? Und vor allem: die Mitglieder, die Leute, die das Netzwerk kennen, haben zum großen Teil andere Erwartungen. Und wenn die Erwartungen so enttäuscht werden, dann halte ich das für explosiv. Ich finde auch, daß das Netzwerk nicht zu so etwas wie dem Zentralkomitee der Alternativen werden darf. Da muß es vorher Zusammenhänge geben, damit das Netzwerk kontrolliert werden kann. Aber in den Erwartungen liegt auch die Chance, daß die Leute sich an den Alternativen abarbeiten. Deswegen muß die Möglichkeit da sein, diese Erwartungen aufzuarbeiten. Indem man diese Informationsvergabe macht.

Karl: Bernward, du mißverstehst mich. Ich habe doch sehr viel dafür übrig, daß nicht nur Geld anonym hin und hergeschoben wird, daß tatsächlich Leute miteinander in Kontakt kommen. Bloß der Punkt dabei ist, das in eine bestimmte Institution reinzuprojizieren.

Bernward: Eine Bank setzt da überhaupt erst die Rentabilität als Kriterium durch.

Die Angst vor dieser Funktion einer linken Bank ist die gleiche wie gegenüber dem Netzwerk. Da ist auch die Angst, daß das Netzwerk unter Umständen dazu kommt, Zinsen zu nehmen. Und diese Gefahr entsteht viel eher, wenn das Netzwerk nur Gelder bewegt. In den Beiratssitzungen in Berlin gibt es immer auch Diskussionen über Projekte, die was beantragen. Einen Teil dieser Diskussionen macht eben auch aus, was das Projekt macht, wieweit es sinnvoll ist, oder was es bewirkt, und das ist immer auch eine politische Entscheidung, ob dieses Projekt selber für sinnvoll gehalten wird. Das finde ich gut, weil da auch Öffentlichkeit über so ein Projekt hergestellt wird.

Helga: Sinnvoll kann man nicht daran messen, ob es produktiv ist, also ob es wieder Geld bringt.

Karl: Wenn die Gefahr bei einer spezialisierten linken Bank die ist, daß da nur noch nach Geldkriterien entschieden wird, dann behaupte ich, daß diese Gefahr und diese Entwicklungsmöglichkeit nicht erst dann drin ist, wenn es sich nur noch um Geld dreht, sondern daß diese Entwicklung — durch die jetzige Konstruktion möglicherweise um ein paar Jahre verzögert — allemal auch jetzt schon drin ist. Wenn der Umgang mit Geld aus der Umgebung, in der es passiert, eine Dynamik mit sich bringt, bei der es irgendwann dazu kommt, daß nur noch ökonomische Kriterien entscheiden, dann setzt sich diese Dynamik auch durch, wenn das Netzwerk zusätzlich vernetzen will.

Ich sehe nicht ein, wieso du bei einer spezialisierten Bank voraussetzt, daß im Unterschied zu jetzt nur depperte Idioten dasitzen, die nichts anderes im Kopf haben als Zahlen, und nicht der Beirat und die Geldgeber und Geldempfänger auch über andere Sachen reden wollen als nur über die ökonomischen.

Entweder, die Leute haben andere Interessen und wollen anders miteinander umgehen. Dann können sie das dann gefälligst auch. Oder sie sind nicht solche Leute, dann sehe ich allerdings auch jetzt schon keine Garantie dafür, daß sie anders miteinander umgehen.

Bernward: Das hängt doch aber nicht nur davon ab, was die Leute wollen. Das hängt davon ab, welche Funktionen sie haben, und in welchem Zusammenhang sie stecken. Und je nachdem, was das Netzwerk macht, davon hängt auch ab, wie sich die Leute verhalten.

Conrad: . . . Ich habe auch ein Problem damit, wenn das Netzwerk der zentrale Ort der Vernetzung selber sein soll. Und wenn die Vernetzung nicht schon die Basis ist, auf deren Grundlage man an Geldverteilung denkt. Wenn sich die Leute nicht ohnehin schon kennen. Wenn es nicht schon ein starkes Geflecht untereinander ohnehin schon gibt, dann sehe ich auch Schwierigkeiten für das Netzwerk.

Bernward: Es gibt diese Vernetzung. Aber es gibt auch verschiedene Scenes, und viele Projekte außerhalb Frankfurts, die relativ vereinzelt sind. Beim Netzwerk ist die Möglichkeit, die verschiedenen Scenes untereinander zu verbinden. Und außerdem noch mit Leuten zu verbinden, die z.B. in einer Russell-Gruppe drin waren, dem SB oder den Jusos angehören.

Jemand, der Filialen aufmacht, ist noch lange nicht dezentralisiert oder

Was Kooperation bewirken könnte

Conrad: Laß mich noch mal erklären, ob ich dich da richtig verstanden habe. Du sagst, diese Vernetzung — abgesehen von so allgemeinen Forderungen, daß das sowieso gut ist, wenn man viel miteinander zu tun hat — sei hauptsächlich dazu da, daß so ein Geldprojekt, was das Netzwerk eigentlich ist, sich nicht verselbständigt. Ist das die Hauptmotivation?

Bernward: Nein. Es gibt eine ganze Menge Erwartungen an die Alternativbewegung. Solche Er wartungen kristallisieren sich dann zum Teil im Netzwerk. Ich finde, da könnte eine unheimliche Menge bei rauskommen. Es ist offensichtlich, daß man dazu eine Organisation braucht, weil die Leute nicht von sich aus anfangen.

Conrad: Ich sehe das ganze Netzwerk als eine Hilfskonstruktion an. Eine Hilfskonstruktion, was Geld betrifft, weil die ganze Alternativscene so aufgebaut ist und sich auch so versteht, daß sich jeder selbst hilft, auch was das Geld betrifft. Die Zeitungen sind ein gutes Beispiel. Es gibt das Geld auf dem Zeitungssolidaritätskonto, das niemand anbricht, weil sich jeder sagt, ich will erstmal mit allen Mitteln sehen, daß ich wieder selbst klarkomme. Das finde ich auch ein ganz gutes Prinzip. Wenn es jetzt noch eine andere Möglichkeit gibt, an Geld heranzukommen, ist es gut. Es bleibt aber die absolute´ Hilfskonstruktion. Jetzt kommt diese zweite Ebene mit dieser Kommunikationsvermittlung. Soll das wiederum wie beim Geld so eine Art Hilfskonstruktion sein? Um Kommunikation herzustellen, gibt es schon ganz unterschiedliche Medien. Es gibt Kneipen, Cafes, verschiedene Arten von Zeitungen, Adressbuch, Stattbücher usw. Und soll das Netzwerk wieder so eine Hilfskontruktion sein, für noch nicht zustandegekommene Kommunikationsbeziehungen?

Bernward: Wenn jemand sagt, ich möchte etwas über alternative Pädagogik wissen, oder über Jugendwohngemeinschaften, dann kriegt der nicht von demjenigen, der da im Infobüro sitzt, einen 20seitigen Brief geschrieben, in dem eine Abhandlung über die alternative Pädagogik steht, sondern dann kriegt er ein paar Adressen. Wenn die Leute halt nicht wissen, wie sie an Adressen kommen können.

Conrad: Mir gehts da schon um etwas Prinzipielleres. Ich möchte wissen, wo die Prioritäten sind. Ist es so: jedes Alternativprojekt muß sehen, wo es bleibt. Und dann gibt es die Hilfskonstruktion Netzwerk, wenn man gerade mal aus außergewöhnlichen Gründen in der Scheiße steckt?

Karl: Nach meinem Geschmack gehen bei der Diskussion um Netzwerk zu viele Ebenen, zu viele Ansprüche, durcheinander und geben ein Mischmasch ab, wo für mich eher der Verdacht entsteht, daß da wieder mal so eine umfassende linke Organisation hergestellt werden soll. Gerade auch, wenn von diesem Aufbrechen von politischen Fronten und Linien die Rede ist — wofür ich sehr viel übrig habe — wenn das damit eingeführt wird, daß es über das Netzwerk möglich ist, und der erste Aufhänger eigentlich dafür das Geld ist. Ansonsten weiß ich nicht, warum nicht schon bisher alle anderen Möglichkeiten zur Herstellung von Kommunikation genutzt wurden. Vielleicht hat es an Reklame gefehlt.

Conrad: Das ist Quatsch. An Reklame hat es nicht gefehlt. Konkretes Beispiel: ID und Frauenhaus. Beziehung? Weiß ich nicht, sehr wenig. Die könnte man herstellen, kein Problem. Wir haben nichts gegen die. Im Gegenteil. Das widerspricht sich auch alles nicht. Ich weiß bloß nicht, wobei so ein Draht weiterhelfen würde. Höchstens auf einer allgemeinen Ebene, was für Schwierigkeiten selbstverwaltete Projekte haben. Jetzt beim Netzwerk würden wir also zusammensitzen und über die notleidenden Frankfurter Projekte reden. Ich kapiere immer noch nicht, was da eigentlich der Zweck davon ist.

Bernward: Ich sage mal einfach, was die Kooperation zwischen ID und Frauenhaus bewirken könnte. Ich weiß es nicht für den ID. Für das Frauenhaus kann ich es mir vorstellen.

Die kriegen im Moment kein Geld von der Stadt. Das erste ist, den politischen Druck öffentlich zu machen. Wenn man das genauer macht, weiß vielleicht einer der Abonennten vom ID irgend eine rechtliche Sache. Es hat in der Rundschau einen Bericht gegeben, aber wie die Berichte in der Rundschau eben so sind. Das andere ist: irgendwo deutet sich vielleicht ein ähnlicher Konflikt an. Und dann wissen die über Frankfurt Bescheid und können sich sagen, reden wir mal mit den Frankfurtern.

Conrad: Ja, auf sowas sind wir angewiesen. Von so etwas lebt der ID.

Arno: Man könnte also das Frauenhaus anrufen. Gut. Aber um Kontakt aufzunehmen, brauchst du viel Zeit. Du brauchst die Arbeitskraft und du brauchst die Zeit, um das aufzubauen. Es ist doch aber das Problem in solchen Projekten, daß die gar nicht die Arbeitskraft und die Zeit haben, die ganzen Kontakte aufrechtzuerhalten.

Karl: Und das soll jetzt das Netzwerk machen, die Kontakte aufrechterhalten und pflegen?

Arno: Nein. Aber bestimmte Arbeitsbereiche, die sehr aufwendig sind, übernehmen. Und die Projekte können, weil das Netzwerk ihnen bestimmte Arbeitsbereiche abnimmt, viel offener sein, viel mehr Kommunikation haben als vorher, wenn sie sozusagen den ganzen Klumpatsch, der beim Kontakthalten dabei ist, nicht auch noch machen müssen.

Conrad: Stattdessen rufe ich dann meinen Kontaktspezialisten beim Netzwerk an und der verkontaktet mich dann oder wie? Ist doch eine Quatschvorstellung.

Bernward: Ist kein Quatsch. Der Mathias vom Pflasterstrand hat uns angerufen, weil er annahm, wir hätten mehr Kontakte. Und das ist sogar jetzt schon der Fall. Und das liegt daran, daß der Pflasterstrand stärker in einer bestimmten Scene drinsteckt als das Netzwerk.

Arno: Wenn bestimmte Arbeitsabläufe, Dinge, die Arbeitskraft verbrauchen, zusammengefaßt werden, daß also die einzelnen Projekte teilweise. . .

Conrad: Wissen ist Macht, was? Erst auf der Geldebene, jetzt auf der Wissenebene.

Karl: Hoffentlich kümmert sich in jedem Projekt mindestens einer darum, daß dieses Projekt von sich aus etwas mit anderen zu tun hat. Du machst da gerade die Organisation der Kommunikatoren.

Conrad: Habe ich dich jetzt richtig verstanden, daß als Beispiel der Pflasterstrand und der ID künftig einen einzigen Computer zur Aboverwaltung benützen. Statt vier sind nur noch zwei Leute nötig, hinten dran steht immer PS oder ID. Das jetzt nicht nur zwischen zwei Projekten, sondern zwischen 50. Diese Art von, nicht nur Aboverwaltung, sondern Informationsverwaltung nennt sich dann Netzwerk? Da habe ich einen Horror vor.

Bernward: Nein, so etwas finde ich sinnvoll, solange es sich nicht Netzwerk nennt. Nicht umsonst gibt es in Berlin eine Zeitungskooperative mit, ich glaube, sechs Zeitungen. Daß da Kontakte entstehen und zusammengearbeitet wird, finde ich sinnvoll. Solange das kleine Netze bleiben, finde ich das sinnvoll. Aber das hat mit dem Netzwerk nicht so viel zu tun.

Arno: Ich will keine Informationszentrale, sondern eine Zentrale, wo die Informationsverarbeitung nicht fünfmal an verschiedenen Stellen gemacht wird. . .

Conrad: Aber das siehst du doch am Beispiel Tageszeitung. Die „tageszeitung" ist doch so eine Form, von in diesem Fall Nachrichtenverarbeitung. Wer da hinten runterfliegt — das haben wir jetzt gerade wieder auf dem Alternativpressetreffen in Oldenburg gesehen — das sind einfach die Provinzzeitungen, die kleinen, die sich nicht durchsetzen können.

Und wir haben doch gerade ein Interesse daran, daß sich auf der dezentralen Ebene was tut. So haben wir doch angefangen. Da kannst du doch nicht kommen, und sagen,wir wollen jetzt eine Zentrale machen.

Arno: Das muß ja nicht eine Zentrale machen. Das können ja verschiedene Pools von verschiedenen. . .

Karl: Die brauchen dann auch wieder eine Zentrale, in der sie das zusammenbringen. Dadurch, daß jemand Filialen aufmacht, ist er noch nicht dezentralisiert.

Conrad: Ich dachte, das Netzwerk sei gerade auf einem anderen Dampfer. Auf dem Dampfer, ein bißchen durchschaubarer zu werden, z.B. durch dezentralisierte Sachen. Und dann ist die Frage, ob man mit dem überhäuften politischen Anspruch nicht undurchschaubarer wird. Du machst gerade das Gegenteil. Da wird es ja noch gefährlicher.

Bernward: Ich habe da auch eine andere Vorstellung. Wie du das sagst, Arno, läuft das auch nicht. Weil das so zentral gar nicht zu organisieren ist. Du sagst das auch aus der Situation, daß du noch nicht lange im Netzwerk bist. Erstens will das keiner, und zweitens ist das nicht drin.

Sozialisten im Netzwerk:
gegen Zersplitterung und Zufälligkeit — für Verallgemeinerung von Modellen

Über politische Raster

Karl: Ich möchte wissen, was du, Bernward, zu dem Zitat meinst, das ich vom Arbeitsausschuß des SB gefunden habe.

Bernward: Ah ja. Das ist ein guter Punkt. Ich lese es mal vor: „Sozialisten aber muß daran liegen, den Politisierungsansatz der Bürgerinitiativen zu unterstützen. Sozialisten hätten den Bürgerinitiativen zu helfen, ihre Arbeit von der aufschäumenden Bewegung in eine zielgerichtete Kontinuität überzuleiten. Sozialisten müßten versuchen, analytisch und strategisch Probleme alternativer Technologie, Probleme einer nicht produktivkraftfixierten Wirtschaft, Fragen nach alternativen Lebensformen angehen zu helfen."

Was ich dazu meine: Es gibt im SB einige Leute, die sich mit alternativen Projekten beschäftigen. Und die Leute legen ihren Standpunkt auf die Organisationsform. Das heißt, es soll basisdemokratisch sein, ohne Chefs. Und sie achten viel weniger darauf, was für Produkte das sind.

Karl: Was in dem Zitat drinsteckt, Aufgabe der Sozialisten und so, ist eindeutig eine Parteiidologie.

Bernward: Das stimmt auch. Aber das SB führt sich immer selbst ad absurdum, weil die Leute, die mehr an der Basis arbeiten, sich nicht an diese Ideologie halten.

Conrad: Aber selbst, wenn sich diese Ideologie nicht unmittelbar ausdrücken kann, bleibt das Problem, das sie so vertreten wird.

Karl: Und die Frage ist, was Brückner ja auch gesagt hat, die Idee des Netzwerks ist am ehesten aus der Population 4 zu erklären. Wenn das stimmt, und es in dieser Population 4 Leute gibt mit diesen politischen Denkkategorien, dann ist für mich die Frage, auf welcher Ebene kann ich z.B. bei einer Vermittlung über das Netzwerk sicher sein, daß die Leute sich nicht hinterher hinstellen und sagen: wir Sozialisten haben angeleitet, überführt usw.

Bernward: Ich verstehe, was du meinst. Garantieren kann ich natürlich nicht. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, wenn im SB mal solche Beschlüsse gefaßt werden — das passiert schon mal — dann fallen sie regelmäßig ins Wasser, weil die große Mehrheit da nicht mitmacht.

Karl: Hoffentlich macht sie mal was dagegen. Wenn du jetzt — du bist auch aus dem SB — viel mit der Alternativbewegung und ökologischen Prinzipien zu tun hast, dann kannst du mit der Ideologie, die hinter dem Zitat steckt, nichts zu tun haben. Das ist eine Herrschaftsideologie. Du kannst entweder was mit der Herrschaftsideologie von anleiten, überleiten usw. zu tun haben oder du kannst etwas mit ökologischen Prinzipien und damit Ideen der Alternativbewegung zu tun haben.

Bernward: Es gibt was dazwischen. Als Beispiel die Informationsarbeit. Ich bin dagegen, daß da eine Informationszentra-



le gemacht wird, ich halte es aber auch nicht für sinnvoll, daß immer nur das einzelne Projekt von dem her arbeitet, was es selbst weiß und kennt. Es braucht irgendwo eine Vermittlungsinstanz, diese Vermittlungsinstanz führt nicht und leitet nicht an.

Conrad: Es braucht ganz viele Instanzen, nicht nur eine.

(zitiert Beitrag der Kölner Initiative aus ID Nr. 310) Ich habe das beinahe nicht über mich gebracht zu lesen. "Wir sehen Netzwerk-Selbsthilfe weder als eine ausschließliche Angelegenheit der Alternativbewegung an." – Weißt du, der Typ, so wie der schreibt, der gehört ohnehin nicht zur Alternativbewegung. Da braucht er das nicht zu betonen, "als eine ausschließliche Angelegenheit". ". . . noch richten wir unser Hauptaugenmerk", was ist denn das für ein Wort, "auf die Geldeinzahler, die sich erfahrungsgemäß aus Institutionsarbeitern. . ." ". . . Brückenschlagen, der all diejenigen Kräfte umspannt," jetzt wird's lyrisch, "welche mit dieser Gesellschaft in Dissens leben." Was machen die? Die leben in Dissens. – "Jene oben genannten Kräfte, deren Politikverständnis sich oftmals in der dogmatischen Ablehnung anderer Politikformen manifestieren, sollen über Netzwerk in einen gemeinsamen Diskussions-" – das, was man mit allen Parteien nicht geschafft hat, das soll jetzt mit dem Netzwerk passieren – "Diskussionsprozeß eingebettet werden, der die Intention hat, voneinander zu lernen", - nett zueinander zu sein -, "und den anderen in seiner historisch gewordenen Andersartigkeit zu akzeptieren. Resultat dieses Diskussionsprozesses. . ."

Ich kann dir schon so viele Projekte nennen, die alle so angefangen haben, wir wollen doch die Linke vereinigen, . . ich habe auch mal bei der Roten Hilfe mitgemacht, die hat genauso angefangen, und die Hilfe hat einige konkrete Sachen wirklich gut gemacht, aber dieser Anspruch, alles miteinander zu vereinen, und die Linke wie eine Henne aufzusaugen, das hat sie zu Recht nicht geschafft. Das ist so einer, der verbindet mit Netzwerk wieder den alten Verallgemeinerungs- und Vereinheitlichungsanspruch. Das Netzwerk wird es nicht schaffen, zum Glück.

Karl: Das ist innerhalb von eineinhalb Jahren der zweite Versuch, so etwas herzustellen. Bei der "tageszeitung" gab es auch Leute, die das damit verbunden haben.

Verstehst du, es gibt Hinweise, z.B. durch den Sat wie ich ihn zitiert habe und von dem Kölner hier auch, daß es Absichten mit dem Netzwerk gibt, die nicht darauf hinauslaufen, eine Sache, die als notwendig erkannt wurde, technisch zu lösen, sondern daß diese Institution als Kristallisationspunkt, als Identifikationsobjekt für eine organisatorisch nicht mehr greifbare, aber auf anderen Ebenen wie Informationsvergabe, Meinungsbildung, usw. doch wieder faßbaren Linken funktionieren soll.

Conrad: Prinzipien von ökologischen Ansätzen, ökologisch jetzt in Verbindung gebracht mit alternativen Projekten, als ein Teil von solchen ökologischen Ideen . . . beinhalten erstmal eine Art von Zersplitterung, von Zufälligkeit, von Mehrgleisigkeit, von Nichteffektivität. Und der Kölner stellt sich jetzt auf den Standpunkt: daß alternative Ökonomie aus der Ebene der Zufälligkeit herausgehoben wird und sich mit ihren modellhaften Formen langfristig in der Zeit hält, um dann einen allgemeinen Plan aufstellen zu können.

(Bernward erklärt, aaß ein Alternativblatt wie der ID die Informationsaufgabe, wie sie sich das Netzwerk stellt, nicht übernehmen könnte, weil so eine Zeitung als zu einer bestimmten Scene zugehörig angesehen würde)

Karl: Gut daß du darüber redest. Verstehst du, daß das gerade einer der Anhaltspunkte für mich ist, daß gerade die, die du jetzt mit traditioneller Linken bezeichnet hast, von vielem abgeschottet sind. Als Beispiele: Wir haben aus dem Ruhrgebiet eine Aussage von Leuten aus dem Betrieb, daß sie mit dem ID, in dem sogar ihr eigener Bericht ist, nicht in den Betrieb gehen können und über ihren Bericht im ID reden könnten. Die Leute würden den ID scheel angucken. Und wir haben das andere, daß Bürgerinitiativen wie z.B. der Bundschuh, sich extra einen Stoß IDs, in denen ihre Geschichte steht, nachbestellen und als ihre Zeitung verkaufen. Was ich damit sagen will, ist eigentlich ganz einfach: ich bin sauer auf die politische Sichtweise, die bei den Betriebs- oder sonstigen Leuten, bei den traditionellen Linken dahintersteckt, wo es längst die Erfahrung gibt, daß diese politischen Raster schwammig werden. Das heißt für mich, es gibt in Deutschland längst eine politische Kultur, in der solche Einschätzungen und politischen Richtschnüre hinfällig geworden sind. Und daß die Leute in den Betrieben noch auf ihren Sichtweisen von Sponti, Linken, Nichtlinken usw. sitzen und solche Einordnungen vornehmen, ist keine Geschichte, die gut ist, noch zu unterstützen.

Arno: Nein, das will das Netzwerk ja auch nicht. Durchs Netzwerk soll das aufgebrochen werden.

Bernward: Da bekommt der Johanno Strasser mit dem Benny von der Radikal zu tun.

Karl: Sibylle Plogstedt saß och mitm Eppler uffm Podium.

Aber wodurch stellt sich das denn her? Du sagst, es gibt Vorbehalte zwischen den vier Brücknerschen Gruppen. Das bestreite ich nicht. Aufgebrochen würde dann etwas, wenn ganz klar die Absicht da ist, ich will mit denen was zu tun kriegen. Aber nicht, indem ich sage, ich tue mal was in den Pott und irgendjemand finanziert dann was davon.

Über die Nützlichkeit des einen und des anderen streite ich gar nicht. Ich will nur diesen schönen Schleier von wegen Aufbrechen vom Netzwerk runter haben, daß die bornierten Linken endlich von ihrem

Dreh runter kommen, weil die Auflösung politischer Schemata längst erfahrbar ist. Ich sehe nur nicht ein, daß das eine, nämlich das Geldgeben, etwas mit dem anderen, dem Kennenlernen und Miteinander-Umgehen-Können, zu tun haben soll. Und die Behauptung, daß das so sei, macht mir die Sache eher verdächtig.

In dem Moment, wo ich nur vermittels eines Gebildes wie dem Netzwerk mit Gruppen wie z.B. den traditionellen Linken zu tun habe, muß ich davon ausgehen, daß die anderen, wie ich auch, gar nicht ihre Ansichten verändert haben, sondern ein Stück weit einfach eine gute Möglichkeit sehen, über diese Art von Vermittlung ihre Ansprüche, die unverändert beibehalten worden sind, mit reinzubringen. So daß ich auf einmal davorstehen kann und mir z.B. das SB sagt, sie seien diejenigen, die mit der weitestgehenden Perspektive angekommen sind, und wie gut das funktioniere, könne man daran sehen, daß die Alternativen jetzt innerhalb der sozialistischen Perspektive gefördert, vorangetrieben und weiterentwickelt und auf das richtige sozialistische Ziel zuentwickelt werden.

Bernward: Ausschließen kannst du das nicht. Aber ich kann dir sagen, von dem was ich weiß, welche Leute vom SB im Netzwerk mitarbeiten und welche Leute überhaupt im Netzwerk mitarbeiten, daß solche traditionellen Sozialisten, die nichts gelernt haben, erstmal mit dem Netzwerk nichts zu tun haben.

KEIN KNAST IM KNAST -- FÜR NIEMAND!

— Für eine Gleichstellung von politischen mit sogenannten normalen Gefangenen.

Aachen/Rheinbach, November 79

Im Anschluß an die Auseinandersetzung um die Forderungen nach Integration in den Normalvollzug oder nach Bildung von interaktionsfähigen Kleingruppen (siehe ID 309, S. 14 ff.) hier eine Stellungnahme von Werner Schlegel und seinen Freunden:

2 Jahre und 2 1/2 Monate nach dem deutschen Herbst und 18 Monate vor dem endgültigen Entlassungszeitpunkt, einem Zeitpunkt also, wo viele andere Gefangene im Rahmen der gesetzlich geregelten ‚Strafvollzugsprogression' längst regelmäßig Hafturlaub erhalten, sich im sogenannten offenen Vollzug befinden, wurden bei Werner Schlegel endlich einige der extrem haftverschärfenden „Maßnahmen der Häftlingsüberwachung" gelockert. Erstmals seit fast 5 Jahren Knast ist ihm nun die Teilnahme an allen Freizeitgruppen in der JVA Rheinbach erlaubt. Ebenfalls aufgehoben wurde die Sperre für den Wochenendumschluß mit anderen Gefangenen (Samstag, Sonntag, jeweils von 12 bis 15 Uhr). Der 14-tägige Zellenwechsel, von dem Werner uns wiederholt schrieb, er sei mit das zermürbendste an „den ganzen Horrormaßnahmen", wurde reduziert. ‚Nur' noch einmal im Monat, wenn die Morgengrau-Schrecken aus Düsseldorf zur poli(t)zeilichen Zellenrazzia erscheinen. Gleichfalls entfällt ab sofort die vorgeschriebene Begleitung durch zwei Vollzugsbeamte bei jedem Schritt ausserhalb der Zelle. Dazu Werner:

„Für mich sind dafür 2 Gründe maßgebend, die sich ergänzen:
1. Die neue zweigleisige Strategie von Herold, Baum & Co. Lockerung bei denen, die einmal nicht mehr lange genug Knast haben, um sie doch noch zu schaffen; die zumindest eine partielle, für sie engagierte Öffentlichkeit hinter sich haben (Astrid Proll, P.P. Zahl, Werner Hoppe als Beispiele), als Ablenkungsmanöver vom Bau der Hochsicherheitstrakte für die anderen. Auch als Spaltungsversuch im Sinne von: Die Guten ins Töpfchen. . .

Eine Spaltung, die im übrigen zuallererst jene zu verantworten haben, die sich elitär und arrogant Besseres dünken als die ‚normalen' Gefangenen, entsprechende Abgrenzungsforderungen unverdrossen vertreten (Kleingruppenisolation). Mich selbst allerdings wird diese minimale Lockerung nicht hindern, weiterhin schwarz schwarz, Folter Folter und Mord Mord zu nennen. Ebensowenig, wie sie mich hindert, weiterhin meschlich mit denen solidarisch zu sein — nicht mit ihrem blinden Kamikaze-Aktionismus! —, denen die Beton-Mausoleums Hochsicherheitstrakte gelten.
2. Ganz wesentlich die in den letzten Monaten sich in meinem ‚Fall' verstärkenden Aktivitäten von Freunden, Bekannten und Schriftstellerkolleg(inn)en. Allein die teils sehr massiven schriftlichen und fernmündlichen Interventionen beim Justizministerium von NRW durch Ingeborg Drewitz (PEN-Präsidium, VS-Bundesvorstand), die Kolleg(inn)en der AGAV, Birgitta Wolf und andere, erzeugten ziemlichen Druck. Darauf muß mal klar hingewiesen werden. Auch, weil das einmal mehr bestätigt, daß diese bei gewissen Linken als „bloß humanitär, reformistisch orientiert" verschrieenen Menschen oft weit engagierter, verbindlicher sich zeigen, im Einzelfall wie im Allgemeinen, denn viele der sie beschimpfenden Genoss(inn)en. Ich jedenfalls schätze diese Menschen, bin ihnen dankbar. Sehr."

Wir schließen uns Werners Dank an, verbunden mit der Bitte um weitere Unterstützung. Das Erreichte kann nur ein erster Schritt sein. Die, neben Werner, auch von einigen anderen der politischen Gefangenen vertretene Forderung nach völliger Gleichstellung mit den sogenannten normalen Gefangenen ist noch nicht erfüllt; die Hegemonie von „Herolds Soldanten" (PPZ) bei ihm und anderen ungebrochen. So bestehen folgende Maßnahmen weiterhin:

- Besuchsüberwachung durch das LKA;
- Postcomputerisierung;
- Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen;
- Sicherheitszelle mit zusätzlichem Vorhängeschloß und stark lichtschluckendem zusätzlichen Drahtgitter;
- bis ins Detail vorgeschriebene Habe auf der Zelle, z.B. nur 30 Bücher;
- monatlicher Einkauf nur durch Beamte,

usw., usf.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, endlich für einen völlige Gleichstellung von Werner und allen, die diese Position ebenfalls vertreten, zu sorgen, gemäß den Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes. „Kein Knast im Knast — für niemand!"



açlikgrevi = sciopero della fame = hungerstreik

„IN FEINDSELIGER UMGEBUNG, UNTER ABSURDEN BEDINGUNGEN, DREIUNDZWANZIG STUNDEN ISOLIERT IN DER ZELLE"

Die Ausländer-Hungerstreiks von 1979

Hannover/Celle 7. Januar *Gegen die Diskriminierung der Ausländer in den Knästen demonstrierten im Knast Schwalmstadt-Ziegenhain (Hessen) neunzehn Italiener, Türken und Jugoslawen Anfang Mai 1979 mit einem Hungerstreik (im ID 281 steht die ausführliche Hungerstreikerklärung auf deutsch, türkisch und italienisch). Der Hungerstreik wurde erfolglos abgebrochen, weil die Knastleitung anfangs Versprechungen gemacht hatte, dann aber erklärte, die - Gleichbehandlung mit deutschen Gefangenen - könnte nur vom Gesetzgeber erfüllt werden.*

Der Hungerstreik und der ID-Bericht darüber hat aber in anderen Knästen eine beachtliche Wirkung gehabt. Am 14. Mai schrieben sechs italienische Gefangene aus Hannover an den Anwalt der Schwalmstädter:

Solidarität mit den Gefangenen von Schwalmstadt

Wir haben zufällig die Erklärung unserer Landsleute in der Zeitschrift „Informationsdienst" gelesen.

Wir selber hatten im April die Idee, einen Brief ans Justizministerium und andere Stellen zu schicken. Mit dem Hungerstreik unserer Kollegen in Hessen haben wir gemerkt, daß wir nicht allein in unserem Kampf stehen. Wir glauben, es ist vorteilhaft, in Kontakt zu bleiben, weil wir hoffen, daß wir umso mehr erreichen können, je mehr Leute sich zusammenschließen... Teilen Sie unsere Initiativen auch den Kollegen in Hessen mit, Sagen Sie ihnen, daß wir bereit sind, sie in ihrem Streik, in ihrem Kampf zu unterstützen.... Wir danken Ihnen, daß Sie als deutscher Anwalt uns helfen und sich damit eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllen.

Giacomo Profilo, Raffaele Cagnazzo, Mario Cappellari, Pierino Dondero, Antonio Alberino, Corrado Torino, Salvatore Oltremare;

In dem Brief der Hannoveraner vom 5. April 1979 an den niedersächsischen Ministerpräsidenten, den Justizminister, das italienische Konsulat und die italienische Redaktion beim Westdeutschen Rundfunk hieß es:

Ausgestoßen und ausgeliefert

Wir sind eine Gruppe von italienischen Gefangenen, eingeschlossen in den Knästen von Hannover, in Westdeutschland. Wir sind kleine Leute unter diesen Bedingungen, aber wir haben viel Kampfgeist und Mut. .....

Unser Appell richtet sich hauptsächlich an den deutschen und den italienischen Staat. Wir Gefangenen fühlen uns ausgestoßen von dem Staat, dem wir angehören und ausgeliefert an den Staat, der uns gefangen hält. Italien verleugnet seine Bürger, die im Ausland gefangengehalten werden. Wir müssen nicht nur die Strafe verbüßen, die Einsamkeit und die seelische Not erleiden, weil unsere Familien so weit entfernt sind, sondern darüber hinaus die Gleichgültigkeit unseres Landes. ...

Wir sind ganz in der Hand von Leuten, deren einziges Ziel es ist, uns zu diskriminieren. Die deutschen Behörden sind keineswegs so korrekt, wie es den Anschein hat, sondern benachteiligen uns und nutzen unsere Unkenntnis aus. Die Anwälte, meistens von den Gerichtshöfen selbst bezahlt, treiben ihr Spiel mit uns, machen für uns nur eine lächerliche Verteidigung, die denen dient, die sie bezahlen. Die Dolmetscher unterstützen ganz klar diejenigen, von denen sie ihr Geld kriegen. Deswegen fälschen sie insgeheim die Übersetzungen. So viele Behörden gibt es, so viele Büros, aber niemand kümmert sich um uns Gefangene, um unsere Probleme. Welche Stelle ist zuständig für die Interessen der im Ausland gefangengehaltenen Italiener? Keine....

— Wir haben nicht die gleiche Behandlung und die gleichen Rechte wie die deutschen Kollegen.
— Wir bekommen keinen Ausgang nach Ablauf eines Teils der Strafzeit mit nichtssagender Begründung.
— Das bedeutet: ein Mensch hat viele Jahre in Deutschland gearbeitet, er hat seine Wohnung hierher verlegt, seine Familie ist hierhergezogen, er hat seine Gewohnheiten geändert, er hat unzählige Arbeitsjahre hergegeben. Er macht Strafe ab, aber danach steht er immer noch unter der Drohung, abgeschoben zu werden, ohne die geringste Möglichkeit, seine Rechte geltend zu machen. Das hat moralisch, seelisch, finanziell katastrophale Folgen und macht seine Wiedereingliederung unmöglich.
— Warum wurde die Alternative nicht akzeptiert, die verbüßte Strafe abzukürzen, in besonderen Ausnahmefällen?
— Man erlaubt uns nicht, mit Landsleuten zu sprechen, die in der gleichen Abteilung eingesperrt sind.

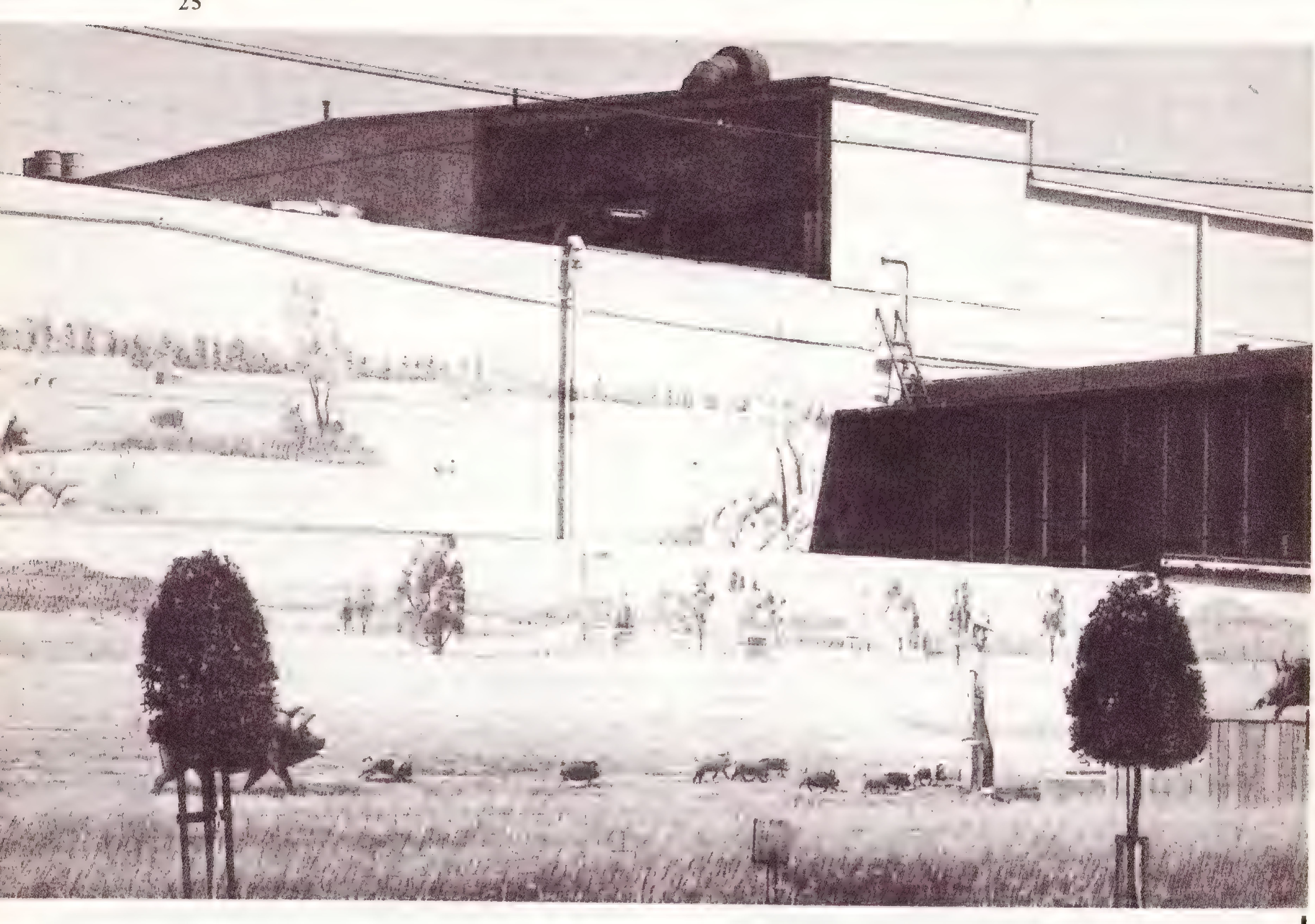
Wir befinden uns in einer feindseligen Umgebung, unter Bedingungen, die im Grunde absurd sind. Wir können ihre Sprache nicht. Wir werden wie Gegenstände in einer Zelle abgelegt, wo wir 23 Stunden vollkommen isoliert sind....

Deutschland, dieser große Staat, diese große Wirtschaftsmacht, ist heute im Strafvollzug ein zurückgebliebenes Land. Und daraus kann man schließen, was die Haft für uns Italiener bedeutet. Wir können daraus schließen, daß man behauptet, ausgerechnet wir dürften eben keine Fehler begehen. Da fragen wir uns,.....was denn der Unterschied zwischen uns und den Deutschen als Menschen ist. Jesus hat einen Satz gesagt: WER NICHT GESÜNDIGT HAT, DER WERFE DEN ERSTEN STEIN. Wir fragen gemeinsam an dieser Stelle die Menschen des Vereinten Europas: ist jemand heute imstande, den ersten Stein zu werfen?

Am 14. Mai schreiben die Gefangenen erneut an den Westdeutschen Rundfunk, wo ihr erster Brief offenkundig im Papierkorb gelandet war. Das Schreiben ist eindringlich:

An die Mächtigen

Wir sind die Gruppe von Gefangenen, die Ihnen im April einen Brief geschickt hat, mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen. In der Hoffnung, daß irgendeiner von den Mächtigen unseren Appell hören könnte. Haben Sie den Brief bekommen? Wir



zweifeln daran, daß er Sie erreicht hat. Im übrigen teilen wir Ihnen mit, daß wir keinen Wert darauf legen, anonym zu bleiben; Sie können alle unsere Namen veröffentlichen.

Unsere Kollegen in Frankfurt führen den gleichen Kampf mit einem Hungerstreik. Das steht in der deutschen Zeitschrift „Informationsdienst", Nr. 281 vom 12. Mai 1979 *(es folgt Adresse und Telefonnummer des ID)*. Sie können sich vorstellen, was für ein Opfer das für sie bedeutet, und in welchem Ausmaß man sich unterdrückt fühlt, wenn man zu dieser Maßnahme greift.

Wenn es tausend, zehntausend, hunderttausend Ausdrücke der Höflichkeit gibt, wir wollen sie alle benutzen, um Sie zu bitten: LESEN SIE UNSEREN BRIEF!

Lesen Sie ihn unbedingt. Er wird unseren lieben Freunden, unseren Kollegen in Hessen Mut und Zutrauen geben; sie werden sich nicht mehr so allein in ihrem Kampf fühlen. Wenn es aus technischen Gründen bei Ihnen noch länger dauert, dann senden Sie doch wenigsten im Augenblick einen Appell an unsere Landsleute im Knast in Hessen, daß wir jederzeit bereit sind, uns ihrem Hungerstreik anzuschließen. Um ihnen Zutrauen und Mut zu geben, bitten wir Sie, ihnen das Lied „CIAO RAGAZZI CIAO" von Adriano Celentano zu widmen.... Voll dringender Hoffnung erwarten wir ihre Antwort.

CIAO RAGAZZI CIAO, **voglio dirvi che** **che vorrei per me** **mille braccia perche** **finalmente potrei** **abbracciare tutti voi....**	**HALLO LEUTE,** **ich will euch sagen,** **daß ich mir** **tausend Arme wünsche, dann** **könnte ich endlich** **euch alle umarmen ...**

von Adriano Celentano

HUNGERSTREIK IN HANNOVER UND CELLE

So flehentlich der Ton dieses Briefes war: er nützte nichts. Vom 30. Mai bis zum 10. Juni traten die Hannoveraner ausländischen Gefangenen in den Hungerstreik um ihre Forderungen erfüllt zu bekommen. Einen Tag später, am 31. Mai, traten zehn Ausländer im Knast Celle in den Hungerstreik. Sie hatten über den Rundfunk von der Aktion in Hannover gehört. Vielleicht war, wie auch vorher in Schwalmstadt der Hungerstreik der Gefangenen, die sich als politische Gefangene verstehen, ein Signal für die Ausländer gewesen. Gewiß haben sie sich dem Hungerstreik der „politischen" Gefangenen nicht angeschlossen, aber sie hatten sich wahrscheinlich von diesem Kampfmittel, ähnlich wie jene, eine Öffentlichkeitswirkung erhofft. Schlimm war: die Ausländer wurden weit konsequenter totgeschwiegen als die „politischen". Niemand besetzte die „Tageszeitung" für sie; trotz dringlicher Aufforderungen unterblieben sie - auch - dort ganz einfach.)

Der jugoslawische Gefangene Kasi Sabrit aus Celle berichtete damals:

Wie ich in Erfahrung bringen konnte, hatten die Ausländer in Hannover die Absicht, für ihre Interessen eine GMV (Gefangenenmitverantwortung) zu gründen. Es besteht eine GMV, aber wir denken, ein deutscher Gefangener kann niemals unsere Probleme kennen.

Vier Monate später ließen „die Mächtigen" von sich hören. Der niedersächsische Justizminister ließ seinen Beamten Großkelwing (auf eine angeblich erst am 7. Oktober in Celle gemachte Eingabe hin) folgendes verlautbaren:

„Evtl. aufkommendes Gefühl der Vereinsamung"

In der Justizvollzugsanstalt Hannover läuft weiterhin der Schulkurs „Deutsch für Ausländer", an dem alle in der Justizvollzugsanstalt Hannover einsitzenden Gefangenen ausländischer Staatsangehörigkeit teilnehmen können. In geeigneten Fällen werden auch aus den übrigen niedersächsischen Justizvollzugsanstalten ausländische Gefangene nach Hannover verlegt, um an diesem Deutsch-Kurs teilnehmen zu können.

Die Kontakte mit den Konsulaten und Botschaften haben dazu geführt, daß - sofern der jeweilige Gefangene zustimmt - die Konsulate und Botschaften in stärkerem Unfange Einzelbetreuung durchführen. Sie haben dazu teilweise eigene Sozialabteilungen mit sozialpädagogischen Fachkräften eingerichtet.

Die Bediensteten des niedersächsischen Justizvollzugs werden von den Anstaltsleitern in Dienstbesprechungen auf die besonderen Probleme ausländischer Inhaftierter hingewiesen. Dadurch soll u.a. auch erreicht werden, daß Schwierigkeiten allgemeiner Art und psychische Ausnahmesituationen schneller erkannt werden können.

Von den Möglichkeiten der Besuchsverlängerung soll bei Angehörigen ausländischer Inhaftierter großzügig Gebrauch gemacht werden, um ihnen ein längeres Zusammensein mit ihren Verwandten und Bekannten zu ermöglichen. Auch dadurch soll einem evtl. aufkommenden Gefühl der Vereinsamung und Isolierung entgegengewirkt werden.

Weitere Maßnahmen werden z. Zt. geprüft.

Giacomo Profilo war in der Zwischenzeit nach Celle verlegt worden;Kasi Sabritnach Jugoslawien abgeschoben. Am 11. November schrieb Profilo aus Celle:

Leichte Verbesserung

Das Justizministerium hat in einem Schreiben erklärt, daß sie in vier Punkten für uns positive Maßnahmen ergriffen haben. In der Zwischenzeit bin ich informiert worden, daß unsere anderen Forderungen aus der Hungerstreikserklärung noch bearbeitet werden.

In Anbetracht der schwierigen Umstände sehe ich das als eine leichte Verbesserung an. Das Justizministerium hat offenbar den **guten Willen**, so bald wie möglich auf die restlichen Forderungen einzugehen.

Welche Mischung von Resignation, Zufriedenheit über kleine Zugeständnisse und -vielleicht- Rücksicht auf den Kontrollstempel der Anstaltsleitung, der unübersehbar auf dem Brief prangt, darin steckt - wir wissen es nicht.

Das Schweigen brechen

Der erste Schritt für die ausländischen Gefangenen in westdeutschen Knästen, überhaupt die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, ist durch die Hungerstreiks bisher kaum erreicht worden. Die westdeutsche linke Presse nimmt fast vollständig am allgemeinen Schweigen teil; mit Sicherheit hat es ein spanischer Gefängnispfarrer in der „Frankfurter Rundschau" leichter (siehe Kasten), über die „Löwen im Zoo, die in ihrem WC mit Bett auf- und abgehen" zu schreiben, als die Schwalmstädter Gefangenen, über ihren Hungerstreik eine Zeile in die linke Presse zu setzen. Deshalb nochmals der Appell an alle, die mit Ausländern zu tun haben: helft mit, wenigstens die allerersten Grundlagen für eine Berichterstattung über ausländische Gefangene zu schaffen!

Richard/ID

Kontaktadressen: für Hannover: Antonio Alberino, JVA, Postfach 5827, 3000 Hannover; für Celle: Giacomo Profilo, JVA. Trift 14, 3100 Celle; für Frankfurt-Preungesheim: Pfarrer Antimo Gaitte, 6000 Frankfurt, Thomasiusstr. 10, Tel. 0611/493300; für Schwalmstadt-Ziegenhain: Rechtsanwalt Michael Wagner, Markt 11, 3550 Marburg, Tel. 06421/22159.

Ein spanischer Gefängnispfarrer klagt an: Haftbedingungen für Ausländer besonders unmenschlich

Liebesgrüße nur per Dolmetscher

„Die totale Isolierung"

Vor unserer Mitarbeiterin Claudia Michels

• • • Einmal in der Woche, immer dienstags, hält Antimo Gaitte Gottesdienst in der Untersuchungshaftanstalt Preungesheim für die elf dort einsitzenden spanischsprechenden Häftlinge. Er trifft dort auf Menschen, die bis zu zwei Jahren auf ihren Prozeß warten, die seit dieser Zeit, ohne überhaupt verurteilt zu sein, täglich 12 Stunden „in ihrem WC mit Bett auf und abgehen, wie die Löwen im Zoo" (Gaitte). Mehr als zwei Stunden pro Woche Freizeit nämlich werde nicht gewährt, dazu täglich zwei Stunden zum Fernsehen, überdies zweimal in der Woche eine Stunde Sport.

Die Zelle aber habe nicht mehr als höchstens fünf Quadratmeter, „während zum Beispiel für die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis pro Person schon 12 Quadratmeter nachgewiesen werden müssen" (Gaitte). Arbeit gebe es nur „zu sklavischen Bedingungen: wenig Luft, immer künstliches Licht und im Akkord". Der Lohn: „Vier oder fünf Mark täglich, für Akkord."



Klage über unmenschliche Haftbedingungen für Ausländer; der spanische Gefängnisseelsorger Antimo Gaitte. (FR-Bild: Ullrich)

• • • Wo solchermaßen allemal in deutschen Gefängnissen die Sicherheit vor der Menschlichkeit kommt, da nimmt man es hin, daß „uns das Ausländerproblem unter den Nägeln brennt" (Ministeriums-Sprecher Dahlke). Wie schon vor zwei Jahren die spanische Zeitung „El Pais", die sich der Lage der spanischen Gefangenen in deutschen Strafanstalten angenommen hatte, fragt sich nun auch der Theologe Gaitte: „Ist unter solchen Bedingungen eine Resozialisierung von einer Person möglich, die, aus welchen Gründen auch immer, ein Vergehen begangen hat?" Denn: „So wie die Gefängnisse heute sind, sind sie kein Dienst an der Freiheit, sondern ein Ort menschlicher Degenerierung."

Frankfurter Rundschau
Stadt-Ausgabe, 5. Oktober 1979



Teuer in die 80er Jahre?

DIE FA. MARGI UND IHRE KNAST–PREISE

Ein ehemaliger Mitarbeiter der Gefangenen-Zeitung U-Bahn schrieb uns:

„Als ehemaliges U-Bahn Mitglied (Knastzeitung Darmstadt) wende ich mich an Euch, um eine Information veröffentlicht zu wissen, die die Anstaltsleitung der JVA-Darmstadt bewußt unterschlug. Es handelt sich um eine faktisch richtige Gegenüberstellung von Knast-und Einzelhandelspreisen, die die Leitung zu politisierend empfand. Ich bitte Euch, beiliegendes Manuskript zu veröffentlichen, eventuell auszugsweise.

Da Euer Blatt im Knast als Vorzugslektüre gilt, stößt dieser Beitrag auf eine interessierte Leserschicht, und erfüllt so seinen Sinn, den Wucher der Fa. Margi zu publizieren."

Er schickte dazu die folgende Liste und einen Bericht. Wir haben leicht gekürzt:

Gerade in der Weihnachtszeit findet ein Kaufboom in allen Geschäften statt. Der kluge Händler reagiert mit Sonderangeboten und preisgünstigen Waren, denn die Konkurrenz ist groß und es bedarf einiger Spitzfindigkeiten, um den Kunden ins Geschäft zu locken. Also werdenOpfer gebracht, um den Kunden eine dem Wert seines Geldes entsprechende Ware anzubieten. Ebenso gehört eine ausgewogene Preispolitik dazu, dem Interessierten die Ware schmackhaft zu machen. Ein Prinzip, das sich in der freien Marktwirtschaft bis in jedem „Tante-Emma-Laden" herumgesprochen hat. Solange eine gleichwertige Konkurrenz besteht, werden Händler ihr Augenmerk auf die Ausgewogenheit ihrer Preise richten. Entfällt allerdings die Konkurrenz, besteht die Gefahr, das Ausbeutung in perfekter Form entsteht.

In der JVA-Darmstadt führt den wöchentlichen/monatlichen Einkauf der über 500 Gefangenen die Fa. Margi aus Weiterstadt durch. Ein offensichtlich sehr lukratives Geschäft, da die Häftlinge (durchschnittlicher Einkaufswert: 60 DM) keine Möglichkeit haben, den Händler zu wechseln. Der Verkäufer behauptet sich in einer Monopolstellung, er nutzt diese in skrupelloser Weise aus.

Im Fritz-Bauer-Haus wurden bereits viele negative Stimmen über die Einkaufssituation laut. Es fielen harte Worte gegen die Fa. Margi, da sich die Gefangenen schamlos ausgenutzt fühlen. Die Gefangenen-Zeitung U-Bahn berichtete schon eingehend über eigene Erfahrungen und veröffentlichte einen Offenen Brief an Fa. Margi, doch ein Echo der angesprochenen Firma blieb aus. Die Fa. Margi hüllt sich in Schweigen und läßt sich nicht in die Karten schauen. So existiert bisher keinerlei schriftliche Äußerung zu diesem oder jenem Vorwurf, einzig liegt eine Preisliste der Fa. Margi vor. Anhand dieser Liste soll ein Preisvergleich unternommen werden.

Gleich zu Anfang stellen sich jedoch einige Schwierigkeiten in den Weg. Womit sollen die Preise verglichen werden? Mit einem Supermarkt, einem Großkonzern oder einem kleinen Einzelhandelsgeschäft? Bei einer Gegenüberstellung mit einem Supermarkt würden die Preise der Fa. Magri in keiner Relation mehr stehen. Steigerungen bis zu 70 % wären die Folge. Daher soll bei diesem Vergleich von einem Einzelhandel die Rede sein. Die zweite Schwierigkeit ist die Ungenauigkeit der Preisliste. Die Liste vom 29.8.79 spiegelt keineswegs das reelle Angebot der Firma wieder. Artikel sind hierauf verzeichnet, die nicht vorrätig sind, wiederum werden Waren angeboten, die nicht angeführt wurden. Es klafft eine große Lücke zwischen Preisliste und tatsächlichem Angebot. Außerdem ist die Liste ungenügend ausgeführt, denn in den meisten Fällen fehlen die zur Bestimmung des Preises führenden Gewichts/Mengenangaben. Aus der Liste geht zwar hervor, das z.B. Löwensenf 1,22 DM kostet, ob es sich hierum aber um ein Glas mit 50 gr. oder eine Tube mit 100 gr. handelt, geht nicht hervor. Diese vage bezifferte Preisliste läßt Vermutungen zu, wonach die gesamte Politik der Fa. Margi einer großen Manipulation unterliegt und die Preise ganz nach Gutdünken bestimmt werden. Bei diesem Vergleich wurden deshalb bei fehlenden Gewichtsangaben handelsübliche Normen angenommen. Sollten hierbei, und das soll betont werden, versehentliche Ungenauigkeiten entstanden sein, steht es der betroffenen Firma frei, sich schriftlich dagegen zu äußern.

Was sagt nun die Preisliste in Zahlen aus?

Zu berücksichtigen ist noch, daß die Qualität der Waren nicht belegt werden kann. So bliebe anzumerken, daß die verlangten Preise bei weitem die dafür gebotene Qualität überschreiten. Außerdem sei nochmals darauf hingewiesen, daß nur auf die in der Preisliste angegebenen Artikel bezug genommen werden kann.

Die internen Preise, die im Gegensatz zu einem schon teuren Einzelhandel stehen, sind im Schnitt um 20 % teurer, wobei aber bemerkt werden muß, daß in Ausnahmen - etwa beim Zucker - die Fa. Margi sogar billiger ist (neben Traubenzucker undSchuhcreme sind dies leider die einzigen Fälle).

Papierwaren, die äußerst selten gekauft werden, sind nur geringfügig teurer (im Schnitt um 10 %).

Brotaufstriche (Marmelade, Honig), Süßwaren und Obstkonserven erweitern die Differenz um ca. 15 %. Dabei fallen Beispiele wie bei Nutella, das bei der Fa. Margi 3,75 kostet, draußen aber nur 2,58 verlangt wird, sehr ins Auge. Einen Unterschied von über 1 DM bei einer Ware, die des öfteren erworben wird, ist enorm.

Eine weitere aufsteigende Tendenz bilden die Preise der Wurst- und Fischkonserven. Im Durchschnitt sind die Knastpreise um 20 % höher. Anzumerken wäre noch, daß diese Waren von den wenigsten Gefangenen gekauft werden.

Die meistgekauften Waren erfahren die höchste Teuerungsrate. Kaffee ist um 15 % teurer, Coca Cola und diverse Kaltgetränke um etwa 25 %, Kuchen sogar um 40 %. Tabak ist bei dem

Preisvergleich ausgeschlossen, da bei Rauchwaren ein Festpreis besteht, dem sich auch die Fa. Margi unterwerfen muß.

Schwarzer Tee, der ebenfalls zu den meistgekauften Artikeln zählt, ist auf der Preisliste der Fa. Margi nicht aufgeführt, obwohl er verkauft wird. Die Teuerungsrate liegt bei ca. 35 %, beim neuerdings angebotenen Aromatee bis zu 45 %.

Dieser Umriss mag eine Vermutung bestätigen und jeder sollte sich sein eigenes Bild machen:

Hier die Einkaufsliste eines Gefangenen:

ARTIKEL	KNASTPREISE	TANTE-EMMA-PREISE	DIFF.
Nescafe 200 gr. a	11.45 x2 22.90	a 9.95 x2 19.90	3.00
Coca Cola a	0.70 x5 3.50	a 0.49 x5 2.45	1.05
Zitronengetr. a	2.45 x1 2.45	a 1.98 x1 1.98	0.47
Nutella 400 gr. a	3.75 x1 3.75	a 2.58 x1 2.58	1.17
Leberwurst 125 gr. a	1.50 x4 6.00	a 1.20 x4 4.80	1.20
Frühst.fleisch a	1.65 x2 3.30	a 1.48 x2 2.96	0.34
Maggi Würze a	1.25 x1 1.25	a 1.25 x1 1.25	.0.00
Löwensenf a	1.22 x1 1.22	a 1.00 x1 1.00	0.22
Gurken i. Gl. a	1.65 x2 3.30	a1.28 x2 2.56	0.74
Schokolade a	1.30 x5 6.50	a 1.00 x5 5.00	1.50
Gebäckbtl. a	3.50 x1 3.50	a 1.98 x1 1.98	1.52
Käsekuchen a	3.50 x1 3.50	a 2.98 x1 2.98	0.52
Lux Seife a	1.40 x1 1.40	a 1.18 x1 1.18	0.22
	62.57	50.62	11.95

Egal wie man diese Liste auch stellen mag: die Fa. Margi bleibt immer der Gewinner und fest steht, wie z.B. in diesem Fall daß der Knacki den Teuerungsbetrag von 11.95 bezahlen muß. Ein Gefangener verdient im Schnitt um die 4.50 pro TAG, was bei einem solchen Betrag drei Arbeitstage bedeutet, nämlich 24 Arbeitsstunden für die Fa. Margi umsonst geschuftet zu haben.

Es haben sich einige Großmärkte gemeldet, die bereit sind, den Verkauf zu bestreiten. So bleibt die Hoffnung, daß mit dem Jahreswechsel auch ein Wechsel des Verkäufers stattfindet. Billiger in die 80er Jahre, müßte die Devise heißen.

Nachtrag:

Dieser Artikel wurde von der Zahlstelle des Gefängnisses überprüft. Nachdem die Prüfung durch die Zahlstelle erfolgt war und feststand, daß auch die Zahlstelle die Richtigkeit des Preisvergleichs bestätigte, war der Beitrag der Anstaltsleitung zu politisierend. Durch einen Mittelsmann ließ sie uns mitteilen das durch Veröffentlichung in der Gefangenen-Zeitung U-Bahn auf Grund des Artikels „Böses Blut" gegenüber der Fa. Margi geschaffen würde, was eventuell einen Wechsel mit sich ziehe. Und genau das wolle die Anstaltsleitung nicht billigen. Was mir bei dieser Sachlage am meisten zu denken gibt ist, daß in der U-Bahn (mal wieder) nur Beiträge erscheinen dürfen, die selbst wenn sie eine fundamentale Grundlage besitzen, keine Verbesserungen für die Gefangenen mit sich bringen. Nachdem die Gefangenenzeitung einen wahren Run an Lesern in der „Freien Welt" hatte und sie „vielleicht" ein wenig Öffentliches Interesse besitzt, wird wieder großartig gesiebt; zwar ist die Anstaltsleitung sehr daran Interessiert, daß die Knastzeitung erscheint, aber am liebsten mit viel Graphik und belangloser Satire. Die Anstaltsleitung unterdrückt somit die wirklichen Belange der Gefangenen und täuscht den Lesern von draußen bewußt ein falsches Bild vor.

BETRIEBSUNFALL IM ARBEITSAMT

NÜRNBERG 10. Januar 1980

Die Revolutionären Zellen (RZ) lernen zielen!
Nachdem sie im Juni letzten Jahres beinahe statt unser Nachbarhaus (Mercedes-Niederlassung) uns incl. Pflasterstrand, Druckladen, Wohnhäuser und eine Schule in die Luft gesprengt hätten, (die RZ hatte sich in der Sprengstoffmenge "geirrt" und der Zünder ging nicht!)war diesmal die Bundeszentrale des Arbeitsamtes in Nürnberg dran.
Diesmal "klappte" es!
Wie üblich haben wir auch zu dieser Aktion von einer "Revolutionären Arbeitslosen-Zelle" eine Erklärung erhalten.
Neben den richtigen Fakten, die in der Erklärung der RZ stehen (Bearbeitungszeit von Anträgen, Zumutbarkeitsklausel, etc.), bleibt natürlich die Frage offen, was diese Aktion in Nürnberg bewirken soll?
Während die RZ's im Kampf gegen den Bau von AKW's immer wieder von „der Kombination politischer und militärischer Methoden " sprechen (Erklärung der RZ zur Sprengung eines Wetterturms in Ahaus, ID 312), wird dies bei der militärischen Aktion in Nürnberg zur Farce.
Die vor vier Jahren ansatzweise politische Arbeit von und mit Arbeitslosen, in Form von Arbeitslosen-Komitees, ist mittlerweile meist wieder eingestellt worden.
Die Sprengung eines Teils des Bundesarbeitsamtes verpufft, wird zu einer Ohnmachtsaktion, die offen zu Tage bringt, daß dadurch keine politische Intervention geschehen ist; höchstens ein Schmunzeln der Arbeitslosen in den Gängen und Wartezimmern der Arbeitsämter.
Die Revolutionäre Arbeitslosen-Zelle (seit mal ehrlich: seid ihr wirklich arbeitslos?) schreibt:

Es wird Zeit, daß wir leben

Die BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT in Nürnberg ist die Zentrale aller bundesdeutschen Arbeitsämter. Hier werden die Schritte der staatlichen Arbeitsmarktpolitik bestimmt und angeordnet, deren Auswirkungen dann jeder einzelne in seinem Arbeitslosenalltag zu spüren bekommt, z.B.:

- Bis zu 6-monatige Bearbeitungszeiten der Anträge auf Arbeitslosengeld (so lange gibt's auch keinen Pfennig); im Krankheitsfalle geht die ganze Schikane von vorne los.
- Die Zumutbarkeitsklausel, die zum einen große räumliche Mobilität verlangt, zum anderen die Annahme von unterqualifizierter Arbeit — und das zum Tariflohn derselben, d.h. doppelte finanzielle Abgruppierung.
- Die ABM-Stellen (z.Zt. fast 100 000) bedeuten für uns, zum niedrigsten Tariflohn ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld arbeiten zu müssen und für die Unternehmer, daß "teure" Arbeitskräfte durch kostenlose ersetzt werden.
- Die gerade beginnende Computerisierung (Erfassung aller Arbeitslosendaten und Stellenangebote) der Vermittlungstätigkeit, die uns auch die letzte Einflußmöglichkeit auf die Arbeitsvermittlung nimmt und uns endgültig zur



Stellungsuchende im Arbeitsamt: „Für mich war es Utopie, arbeitslos zu werden"

Computernummer degradiert (der Modellversuch hierfür läuft seit November 79 in Marburg und soll bis spätestens Mitte der 80er Jahre auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden).

Diese Maßnahme verfolgt zwei Ziele:
Zum einen werden vor allem Frauen, Ausländer, Ältere in die "stille Reserve" abgeschoben, wo sie das System nichts oder verhältnismäßig wenig kosten; deren Anzahl liegt mittlerweile über der "offiziellen Arbeislosenzahl". Zum anderen sind diejenigen, die überhaupt noch vermittelt werden, gezwungen, zu sich ständig verschlechternden Bedingungen zu arbeiten.
Somit ergänzt die Bundesanstalt mit ihrer Arbeitsmarktpolitik – mitgetragen von DGB und DAG, die beide im Nürnberger Verwaltungsrat sitzen – die Rationalisierungspraxis des Kapitals.

Diese Bastion des modernen Sklavenhandels, deren Macht sich vor allem in unserer Vereinzelung und fehlender Organisierung begründet, haben wir – wenn auch nur mit Sprengstoff – zum Beben gebracht.
Arbeitslosigkeit ist heute kein Ausdruck konjunktureller Krisen, die mit diesen auftaucht und auch wieder verschwindet (so ist die Arbeitslosenzahl in der momentanen Phase des Booms mehr als doppelt so hoch als während der Rezession 1967), sondern Ergebnis der technologischen Entwicklung. Eine technologische Entwicklung, die uns nur zwei Wege offenläßt:

Entweder wir erkennen die Existenzberechtigung des Kapitals an, wie es die Gewerkschaften tun, was heißt Profit als einzigen Orientierungspunkt zu akzeptieren und steigende Arbeitslosigkeit genauso wie mörderische Arbeitsbedingungen und Arbeitshetze (für immer weniger Geld), Verschleißproduktion genauso wie die Zerstörung der Lebensbedingungen von Mensch und Natur (Chemie-Industrie, Atomkraftwerke, Betonsilos usw.) hinzunehmen. – Oder wir wollen eine menschen- wie naturorientierte Produktion, die weniger Arbeit und mehr Zeit zum leben für alle bedeutet, die Selbstbestimmung darüber was, wie und wo produziert wird.

Nur geschenkt kriegen wir nichts. Auf gehts!
REVOLUTIONÄRE ARBEITSLOSEN–ZELLE



Stempelgeldempfänger (1931)

ZUR MEDIZINISCHEN VERSORGUNG IM KNAST

Berlin
Oktober 79

Dem ID ging der Bericht eines Tegeler Gefangenen zu, der detailliert die Zustände in der medizinischen und psychologischen Versorgung im Tegeler Knast, mit 1500 Gefangenen der größte Knast Deutschlands, beschreibt:

„Wie in allen anderen Anstalten ist auch hier die medizinische Versorgung ein Problem, dem wir ohnmächtig gegenüberstehen. Auch hier läuft die Fernseh-Doktorei auf vollen Touren. Nach dem Motto, 2 Arme, 2 Beine, gesund der Nächste. Wer wirkliche Beschwerden hat, und dies des öfteren meldet, kann damit rechnen, den Vermerk Simulant in die Akte zu bekommen. Absolute Spitze ist hier aber der Starpsychologe Dr. Oberbauer, dessen Hauptaufgabengebiet es ist, Gutachten zwecks Urlaubsgesuche oder Anträge auf Verlegung in den offenen Vollzug oder ähnlichen zu stellen. Dies hauptsächlich bei Leuten, die ihre Straftat im Suff begingen und von da ab als Alkoholiker geführt werden, oder bei anderen, die mal gegen das BTM-Gesetz verstießen und von da ab als Drogenabhängige gelten.
Es wäre nicht unbedingt etwas dagegen zu sagen, wenn diese Gutachten auf einer vertretbaren Basis erarbeitet würden. Dabei würden die Vermerke, wie Alkoholiker-BTM-er, in den Akten meistens als nicht haltbare Thesen zerbröckeln.
Nun ist es hier genauso, wie bei anderen Vollzugsbürokraten. Das was einmal in den Akten steht, wird nie wieder gestrichen. Egal ob es sich als falsch erweisen sollte.

Wenn man hier, bei der Erstellung eines sogenannten Gutachtens Glück hat,sieht man den Psychologen 5 Minuten. In dieser Zeit spricht man mit ihm übers Wetter oder anderem belanglosen Zeug. In der Regel läuft es so ab, daß an die 20 Gefangenen vorgeladen werden. 3-4 Leute werden dann zum Gutachten-Gespräch vorgeführt. Der Rest wird mit einem warmen Händedruck verabschiedet.
Dieser Händedruck reicht aber den Spitzenpsychologen, sie verdienen diese Bezeichnung wirklich, denn es müssen absolute Spitzenkräfte sein, wenn dieser kurze Kontakt ausreicht, um ein ablehnendes Gutachten zu schreiben.
Eine andere beliebte Praktik ist es, in Arbeitsbetrieben oder auf der Station anzurufen, den zu begutachtenden Gefangenen ans Telefon rufen zu lassen, um dort kurz ein paar Worte mit ihm zu wechseln. Auch dies reicht meistens aus, um ein ablehnendes Gutachten zu verbrechen.
Eine Beschwerde gegen ein auf solche Art verfaßtes Gutachten, wird in den meisten Fällen einfach verworfen.

In Berlin arbeitet bereits eine Bürgerinitiative „Medizin im Strafvollzug".
Diese Initiative befaßte sich in der Vergangenheit vor allem mit den Bedingungen medizinischer Nicht-Versorgung in der Vollzugsanstalt Lehrter Straße.

Dazu wurden Briefaktionen, Pressearbeit, Veranstaltungen u.a. durchgeführt, auf der anderen Seite der Kontakt zu einzelnen Gefangenen gesucht, die sich mit ihren Beschwerden an diese Initiative wenden können.
Diese aus den Knästen eingehende Post soll dann von Mitgliedern der BI beantwortet und gesammelt werden, um weitere Aktionen vorzubereiten und Kontakte zu knüpfen.

Kontakt: BI „Medizin im Strafvollzug"
c/o Julia Weihe
Claudiusstr. 5
1000 Berlin 21

Spendenkonto: Postscheckkto. Berlin (West)
Nr. 43 42 02 - 105
Ursula Bode, Sonderkonto I.



Ausgemusterte deutsche Guillotine

88a-PROZESS GEGEN ROLF LÖCHEL

Marburg, Januar 80

Aus der Marburger Zeitung entnommen ist folgender Bericht zum § 88a-Prozeß gegen Rolf Löchel vor dem Frankfurter Landgericht (Marburger Zeitung, 12/79, S. 24):

Am 16.Januar wird nach mehrfacher Verschiebung vor der Staatsschutzkammer Frankfurt der § 88a-Prozeß gegen Rolf Löchel eröffnet. Rölf Löchel wird beschuldigt, eine im Herbst 76 von der ‚Schwarzen Hilfe Fulda' herausgegebene Schrift: ‚Dokumentation – Der Tod Ulrike Meinhofs' vertrieben zu haben. Diese Dokumentation ist in zwei Teile mit Anhang untergliedert. Der erste Teil gibt anhand von Zitaten eine kurze Darstellung der Politik und Geschichte der RAF. Der zweite Teil bringt Dokumente zum Tod der Ulrike Meinhof.

‚Diese Dokumentation richtet sich in erster Linie an diejenigen, die bisher keine oder kaum Gelegenheit hatten, authentische Schriften der RAF im besonderen und der Stadtguerilla im allgemeinen zu Gesicht zu bekommen. Also an Leute, die sich mit Theorie und Praxis der Stadtguerilla noch nicht allzu intensiv auseinandergesetzt haben. So ist zu verstehen, daß der eigentlichen Dokumentation der Ereignisse um Ulrikes Tod eine kurze einführende Darstellung der Theorie und Geschichte der RAF vorangestellt ist. Diese will aufzeigen, welche Politik es war, die den Staat veranlaßte, Ulrike hinzurichten.' (Aus der Vorbemerkung der Dokumentation.)

Rolf Löchel ist nur wegen der ersten 43 Seiten (Darstellung der Politik der RAF) nach § 88a angeklagt. Die knapp 100 Seiten, die den Tod der Ulrike Meinhof behandeln, könnten wegen der im Text vertretenen Mordthese auch angeklagt werden (§ 90a, Staatverleumdung). Daß die Anklage n u r den § 88a umfaßt, läßt den Schluß zu, daß vor Gericht die Auseinandersetzung um die Todesumstände Ulrike Mein-

hofs ausgewichen werden soll. Nach der Darstellung in der beschlagnahmten Broschüre und im Bericht der internationalen Untersuchungskomission (IUK) ergeben sich ernsthafte Zweifel an der offiziellen Selbstmordthese.

1. Beim Tod durch Erhängen gibt es zwei sich ausschliessende Möglichkeiten: Ersticken oder Bruch der Wirbelsäule. Jeder Möglichkeit entsprechen spezielle medizinische Befunde an der Leiche. Bei Ulrike Meinhof liegt der Fall vir, daß Befunde b e i d e r Möglichkeiten vorliegen. Daraus schließen die Broschüre und der IUK-Bericht, daß Ulrike Meinhof beim Erhängen bereits tot war.

2. Wie jeden Abend mußte Ulrike Meinhof auch am 5.5.76 die Glühbirnen dem Wachpersonal aushändigen. Am Todesmorgen fand sich eine Glühbirne in ihrer Lampe. Zu den Fingerabdrücken auf dieser Birne teilte das BKA dem LKA Baden-Württemberg am 10 Juli 1976 mit:

. . . handelt es sich um Fingerabdrücke, die nicht für Identifizierungszwecke geeignet sind. Beim Vergleich mit den Fingerabdrücken unter den Personalien Meinhof, Ulrike, . . . wurden keine Anhaltspunkte festgestellt."

3. Es gibt einen unkontrollierten Zugang zum 7.Stock der JVA Stammheim, der direkt neben ihrer Zelle liegt.

All dies soll im Prozeß gegen Rolf Löchel und auch in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht werden. Es wäre deshalb gut, wenn möglichst viele zum Prozeß kommen würden!

Prozeßbeginn: 16.1.80, 23.1. und jeden weiteren Mittwoch, jeweils um 9.15 Uhr. Landgericht Frankfurt,Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, Saal 146 A.

Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit werden Spenden auf folgendes Konto erbeten: **Peter von der Forst, BLZ 533 800 42, Kto.-Nr. 92 77 675/01, Dresdner Bank Marburg.**

Ausführliche Informationen zum Prozeß über: Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg.



HIGH SEIN, FREI SEIN, KNOFO MUSS DABEI SEIN

DÜSSELDORF 7. Januar — *Unter diesen und ähnlichen Parolen bewegte sich am Montag ein Zug von etwa 50 Menschen durch Düsseldorf–Derendorf, vorbei an Knast und Polizeikaserne. Demoteilnehmer schreiben uns dazu:*

Die Staatsschützer und Polizisten Nordrhein-Westfalens lesen offensichtlich aufmerksam den ID, denn der Apparat, den sie ab Montag früh in Derendorf aufgefahren haben, war kaum zu überbieten. Auf der Jagd nach zukünftigen oder möglicherweise sogar schon gegenwärtig tätigen Terroristen unter den angekündigten 1200 bis 1500 Demonstranten, taten sie alles, um Attentate und Gefangenenbefreiungsversuche auf ein erträgliches Minimum zu reduzieren. Es ist dann auch dank der umfassenden Vorbeugungsmaßnahmen nicht viel passiert.

Schon morgens um neun (um zwölf sollte die Demo losgehen) war praktisch das ganze Viertel umstellt, verdächtig aussehende Fahrzeuge wurden angehalten und untersucht. Auf die massive Bewaffnung angesprochen (fast alle Beamten trugen MP's), wurde die Tätigkeit der Polizei wohlwollend erläutert ("Keine Angst, bevor ich schieße, schlage ich erst!").
Frage: Was soll das alles überhaupt? "Fahndungskontrolle. Sie können noch froh sein. Wir könnten ja auch ihre Wohnung durchsuchen im Rahmen der Kontrolle."
Also – die Verhältnismäßigkeit der Mittel blieb gewahrt. Es waren ja auch nur ca. 10 Mannschaftswagen, 10 Motorräder, ein Hubschrauber und mindestens 20 normale Bullenkutschen nebst diversen Zivilfahrzeugen und Zivilbeamten zu Fuß im Einsatz. In Reserve standen noch mehr ... (zum Beispiel 2 Wasserwerfer). Da die vielen Polizisten offensichtlich nicht genug zu tun hatten, passierte es z.B., daß Leute umständlich kontrolliert wurden, fünfzig Meter weitergingen und ein zweitesmal kontrolliert wurden, während die Bullen, die gerade schon kontrolliert hatten, zusahen und ihren Spaß dran hatten.

Na ja – der Schikanen waren noch viel mehr. Wir hoffen, daß die Demo auch bißchen was gebracht hat, obwohl 's natürlich von der Solidarität her schwach war. Aber immerhin waren doch einige da, die noch nie beim Prozeß gewesen waren. Fazit: Wir machen weiter. Es wäre schön, wenn sich noch mehr Leute informieren und solidarisieren würden.

Freiheit für alle!
Kontakt: über ID

WIRD DER SCHMÜCKER–PROZESS NEU AUFGEROLLT ?

Berlin 10. Dezember *Die Rechtsanwälte von Ilse Schwipper, vorm. Jandt, der Hauptangeklagten im Schmücker- („Fememord") Prozeß, haben Revision beantragt, weil auch bei diesem Prozeß Geheimdienst-Angestellte keine Aussagegenehmigung bekamen. Trotzdem wurde Ilse Jandt zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt. Seit den Ereignissen im Proll-Prozeß erscheinen verweigerte Aussagegenehmigungen in einem anderen Licht.*

am 7.11.79 platzt in frankfurt die mordanklage gegen astrid proll, weil sich der bundesverfassungsschutz dazu herab liess, kund zu tun, was er seit 8 jahren wusste: der berliner verfassungsschutz luegt. ein seit 8 jahren geheimgehaltener bericht des bfv beweist, dass astrid weder eine waffe bei sich hatte noch eine solche zog und schon mal gar nicht auf die berliner berufsagenten des verfassungsschutzes schoß. klar gemacht hat das nur mal in aller deutlichkeit, wer hier in der bundesrepublik deutschland faktisch politik macht. die geheimdienste bestimmen, wer eine mordanklage bekommt, die geheimdienste bestimmen die haftbedingungen der politischen gefangenen, die geheimdienste bestimmen, wer wo welchen beruf noch ausueben darf, der geheimdienst bestimmt wer wann und wo kontrolliert wird. die mittel dazu sind gefaelschte berichte und verlogene aussagen, und wenn es sein muss die aussageverweigerungen vor gerichten. angesichts der wahlen 1980 muss diese selbstaendige politik den politikern langsam unheimlich geworden sein, denn sie sind es, die die verselbststaendigung politisch zu verantworten haben, was die sozial-liberale koalition um ihre macht und wiederwahl bangend jetzt dazu veranlasst, beim verfassungsschutz aufzuraeumen. nur wird das halbherzig gemacht, und ist im falle von astrid proll wohl auch nur darauf zurückzuführen, dass der bundesinnenminister diesen prozess als musterprozess fuer fairnis gegen ehemalige guerillakaempfer, die dies konzept fuer die brd fuer unangebracht halten, verwenden will. mustergueltig soll er aber eben auch fuer die oeffentlichkeit sein als beweis des nichtvorhandenseins der gewaltenteilung, die bestimmung durch geheimdienste nicht stattfindet, sondern es noch allemal rechtsstaatlich zugeht. als garant der rechtsstaatlichkeit wollen sich die politiker der sozial-liberalen koalition profilieren, noch allemal wissend, dass das modell deutschland mit einem franz josef strauss seine legitimation verloren haette.

nur, nicht allein im astrid proll-prozess hat der berliner verfassungsschutz gesteuert mit aussageverweigerungen oder teilaussagen bestimmt was die wahrheit zu sein hat, sondern im berliner 'schmuecker-prozess' ist das ebenso der fall. im juli 79 wurden ilse schwipper - vormals jandt- zu lebenslaenglicher haft verurteilt wegen gemeinschaftlichen mordes an ulrich schmuecker; ebenso in diesem verfahren verurteilt: wolfgang wesslau zu 8 jahren jugendhaft und ebenfalls noch in haft; zu jeweils 4 jahren jugendstrafe wurden verurteilt: annette von wedel, soehnke loeffler von dirke und wolfgang struecken. (juergen bodeux, der geheimdienstkronzeuge trat in diesem wiederholungsverfahren als zeuge auf, er hatte seine 4 1/2 jahre strafe aus dem ersten verfahren angenommen und war nach gut 2 jahren entlassen worden.) anhand von akten aus einem anderen verfahren wurde in diesem wiederholungsverfahren bekannt, dass juergen bodeux als kontaktmann des bundesamtes fuer verfassungsschutz galt, und was durch ladung des zustaendigen beamten aus dem bfv belegt werden sollte.

koppermann ist sein name, und er erhielt keine aussagegenehmigung. die taetigkeit für das bfv wurde per amtsschreiben vom bfv gezeichnet von seinem praesidenten meyer bestritten, und auch der innenminister baum wusste von rein gar nichts. - was solche aussagen wert sind, wissen wir seit 7.11.79 ganz genau. - der berliner verfassungsschutz haelt beharrlich zwei namen geheim, die ulrich schmuecker in einem telefonat dem berliner vs am nachmittag seines todestages durchgab, von denen er sich direkt und konkret bedroht fühlte. immerhin so viel war von dem leiter des berliner vs zu erfahren, fuer die preisgabe der namen hatte der herr selbstverstaendlich keine aussagegenehmigung.



Mit TREVIRA in den Sommer

Die Verkehrspolizisten auf den hessischen Autobahnen haben mit den kleidsamen weißen Sommerröcken aus ®TREVIRA-Freskogewebe gute Erfahrungen gemacht. Auch in anderen Bundesländern will man jetzt diese praktischen Jacken einführen. Sie sind nicht nur leichter, luftiger und haltbarer als die bisher gebräuchlichen Baumwolljacken, sie sind auch extrem einfach zu pflegen — eben TREVIRA! Die wash-and-wear-ausgerüsteten Jacken werden abends kurzerhand gewaschen und tropfnaß aufgehängt. Ohne Bügeln und Stärken stehen sie am nächsten Morgen wieder tiptop und strahlend-weiß zur Verfügung.

Anzeige

Spiegel, Mai 1968

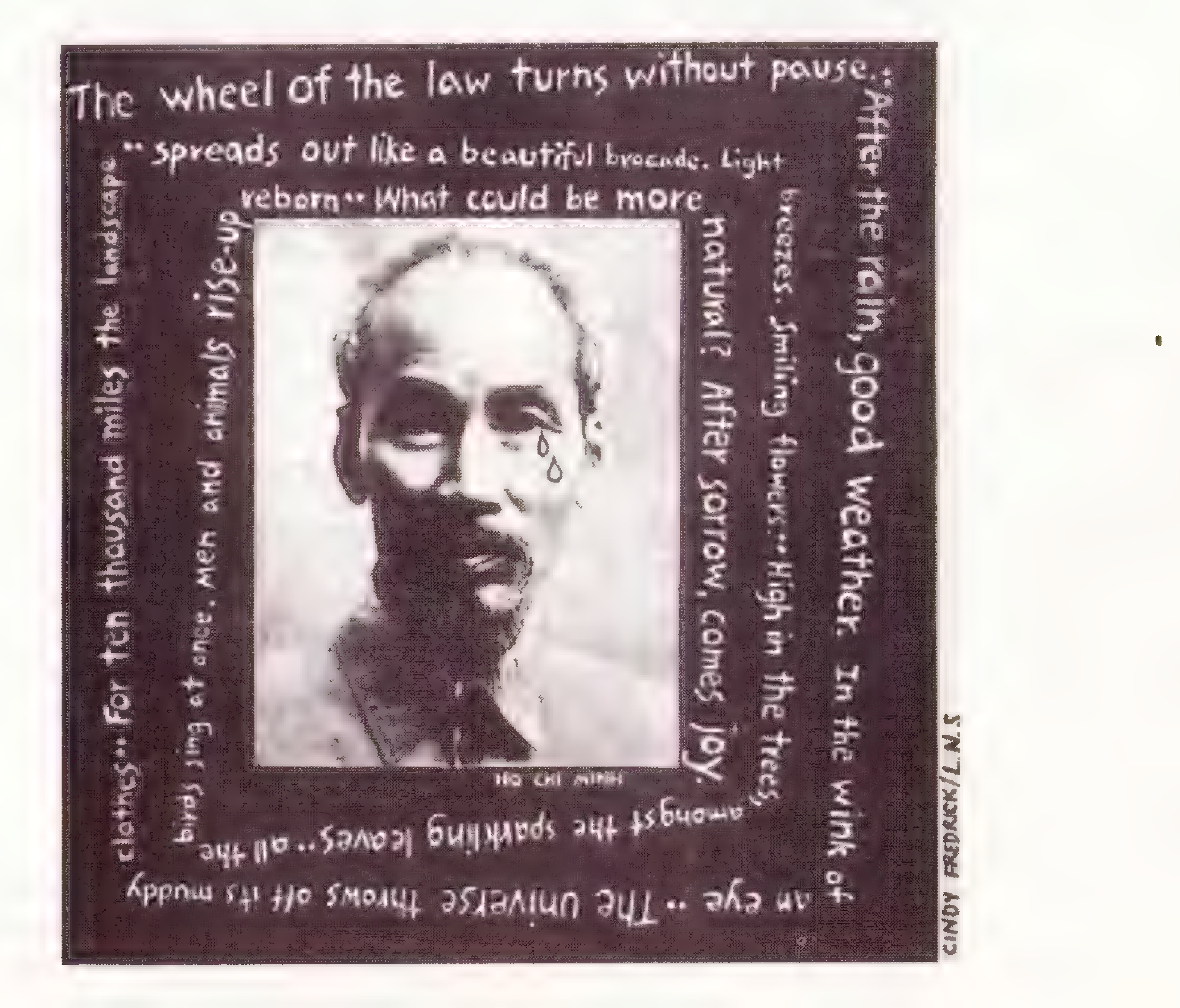
noch zu erfahren war, nach intensiver befragung des leiters des berliner verfassungsschutz herrn natusch, dass diese namen der personen keine sind die mit den in diesem verfahren angeklagten identisch seien. in der panorama-sendung vom 19.6.79 hat stefan aust dokumente oder deren schreibmaschinenabschrift vorgelegt aus denen hervorgeht, dass juergen bodeux als kontaktmann geführt wurde, beim bka und bfv, es eine reiseabrechnung für juergen bodeux gibt; und es wurden sechs (6) namen genannt von leuten die in der nacht vom 4.6. zum 5.6.1974 die krumme lanke - der ort an dem ulrich schmuecker tot aufgefunden wurde - observiert hatten. welcher der geheimdienste hat bei der erschiessung zugesehen? der bundesnachrichtendienst, vom berliner vs um amtshilfe gebeten? oder das bfv - oder der berliner vs selbst? oder alle drei? die tatsache der observation wurde von allen zustaendigen stellen bestritten. seit 7.11.79 wissen wir ganz genau, was solche hilflosen bestreitungsaktionen sollen, nichts anderes als falsche mordanklagen aufrecht zu erhalten.

der sogenannte betreuungsmann vom berliner verfassungsschutz fuer ulrich schmuecker, peter ruehl, hat von vornherein keine aussagegenehmigung bekommen, um ja nicht bekannt werden zu lassen, inwieweit ulrich schmuecker mit dem berliner ver-

fassungsschutz zusammengearbeitet hat, und was fuer auftraege er eventuell hatte. der berliner innensenator masste sich richterfunktion an und verurteilte vorab, denn er verweigerte die aussagegenehmigung nicht nur mit der begruendung der schaedigung des landes berlin und der bundesrepublik, und der unmoeglichkeit peter ruehl dann noch weiter als anti-terroristenbekaempfer einsetzen zu koennen, sondern er liess gleichzeitig wissen, dass er selbstverstaendlich eine aussagegenehmigung erteilt hätte, wenn es sich um unschuldige handeln wuerde. damit hat er nachtraeglich legitimiert, was der berliner vs im jahre 1974 schon anlegte, naemlich durch berichte ueber monate verstreut ganz gezielt die ermittlungen gegen die wolfsburger als taeter gesteuert zu haben. innensenator ulrich hatte damit aber auch den endgueltigen verweis an die richter erteilt, nun mal endlich zur aburteilung zu kommen. im gegensatz zu dem verfahren von astrid proll, wo sich die richterin entschieden dagegen verwahrte von der exekutive als verurteilungsmarionette missbraucht zu werden, haben die richter der 9. strafkammer in berlin mit ihrem vorsitzenden richter dr. fitzner und den beisitzenden richtern weiss und handke sich als reines vollzugsorgan der geheimdienste verstanden und von sich aus nichts unternommen, um die geheimdienstagenten zur aussage bringen. fuer fitzner war es immer klar, in jeder phase des verfahrens, dass verweigerte aussagen unantastbar sind und behoerdliche schreiben die wahrheit und nichts als die wahrheit enthalten. fuer die 9. strafkammer war daher die alibiaussage der mutter und schwester wesslau fuer wolfgang wesslau auch eine falschaussage, waehrend der geheimdienstlich aufgebaute kronzeuge die lautere wahrheit sprach, obwohl nachweislich voller widersprueche und nachgewiesenen luegen. wann also will bundesinnenminister baum das bundesamt fuer verfassungsschutz anweisen, endlich mit dem zeugen koppermann rauszuruecken? koppermann, der am telefon mit einem polizeikommissar aus porz die bemerkung fallen liess, dass er ueber seinen kontaktmann in porz sicher herausfinden kann, ob im mordfall wiegand anarchisten verwickelt seien. dieser porzer kontaktmann war juergen bodeux.

wann will der berliner verfassungsschutz endlich mit den namen der personen rausruecken, von denen sich ulrich schmuecker so sehr bedroht fuehlte, das er dies in einem telefonat kurz vor seinem tod dem berliner vs mitteilte? wann will der berliner vs den mut finden zuzugeben, dass er die erschiessung von ulrich schmuecker, wenn nicht selbst so in amtshilfe, observieren liess? wann will der berliner vs endlich zugeben, dass er weiß, wer ulrich schmuecker erschoss? wann will das revisionsgericht (alle in dem schmueckerverfahren angeklagten sind auch bei dem wiederholungsverfahren in revision gegangen) sich dazu durchringen, den freispruch zu vollziehen, den die 9. strafkammer in ihrer abhaengigkeit vom geheimdienst nicht vollzog? denn mit der eingereichten revision ist der freispruch gefordert auf grund all der aussageverweigerungen, die eine aufklaerung des tatsaechlichen tatvorgangs und taeter verhindern, gefordert angesichts der tatsache, dass, wenn alternativtaeter infrage kommen, diese miteinbezogen werden muessen. ist dies nicht moeglich, dann muss als wahr unterstellt werden, dass diese es gewesen sein koennen. dieser antrag ist vor gericht gestellt worden und gegenstand auch des revisionantrages. (sogenannter alibiantrag.). es gibt einen bghbeschluss der besagt, dass solche antraege als wahr zu unterstellen sind, wenn behoerden sich weigern, an der wahrheitsfindung mittuwirken. wie seit 7.11.79 öffentlich bekannt ist, weigern sich behoerden nicht nur an der wahrheitsfindung vor gericht mitzuwirken, sondern sind es die behoerden der geheimdienste, die die mordanklagen in die welt setzen. das verfahren gegen die angeklagten im schmuecker-prozess war weder fair noch rechtsstaatlich, was nur noch das revisionsgericht ausloten kann. nach dem offenwerden der verlogenen mordanklage durch den berliner verfassungsschutz kann jedenfalls kein richter mehr sagen, dass es in diesem rechtsstaat unmoeglich sei, dass geheimdienste gerichtsverfahren steuern, weil es eine objektv unabhaengige justiz gaebe. das ist eindeutig widerlegt, wesentlich eindeutiger als es noch im stammheimverfahren offen gemacht werden konnte.

Kontakt: Büro Faensen/Häusler/Heinisch
1 Berlin 30
Magdeburger Platz 2
Tel.: 030/ 2622023



„FABRIK" GEKÜNDIGT

Offenbach
9. Januar

Seit drei Jahren ist die „Fabrik" eine der wenigen Möglichkeiten, in Offenbach ein wenig seine Freizeit selbst zu gestalten. Im November 79 kam die „Fabrik" unter den Hammer: Die Fabrikleute schreiben:



Was ist die Fabrik?

Die Fabrik (das ehemalige Industriegelände der Firma Schlesinger), 8000 qm groß, mit verschiedenen Gebäudetrakten (alte Fabrikhallen und kleinere Gebäude) erstreckt sich in Offenbach zwischen Waldstraße, Bismarckstraße, Wilhelmstraße.

Seit 1974 war der gesamte Komplex Konkursmasse. 1977 wurde die Fabrik zur Versteigerung freigegeben. Der Wert des Geländes (ohne die Gebäude) wird auf 5,7 Mio DM geschätzt. Bis Ende 79 war sie für die Interessenten zu teuer. Die Stadt Offenbach verzichtete vor 1/4 Jahr auf das Vorkaufsrecht.

Ende November fand erneut eine Versteigerung im Offenbacher Amtsgericht statt. Ein Architektenehepaar Müller und ein Kiefernorthopädenehepaar Maier-Mohr ersteigerten den gesamten Schlesingerkomplex für 2,6 Mio DM (das sind 325,– DM pro qm). Zwei Tage später flatterte den 45 Mietern die Kündigung zum 29.2.80 ins Haus. Der Herr Müller ist CDU-Stadtverordneter und gleichzeitig Mitglied im städtischen Bauausschuß. Interessant an der ganzen Angelegenheit ist noch, daß die „Käufer" ihren Rechts-Beistand im Rechtsanwalt Goliasch gefunden haben. Dieser ist beratender Rechtsanwalt im Mieterschutzverein und ab 1.1.80 Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Offenbacher Stadtparlament. In der letzten Zeit ist er vor allem als Rechtsanwalt des Vermieters der Löwenstr. 36 (besetztes Haus in Offenbach) in Erscheinung getreten.

Was läuft in der Fabrik ab?

Im Laufe der letzten drei Jahre haben sich auf dem Fabrikgelände mehrere Werkstätten (Holz, Wolle, Auto), Musik-, Theatergruppen (oder auch beides zusammen), einige Ateliers, Designer, Bildhauer, Maler, der Kolbenfresser, einige Jugendgruppen, ein Zentrum für jugoslawische Mitbürger und ein Fahrradfreak (der wohnt auch gleichzeitig dort) eingerichtet. Die Gründe, warum man Räume in der Fabrik angemietet hat, liegen auf der Hand:

1. sind die Räumlichkeiten für die verschiedensten Aktivitäten geeignet.
2. war die Miete sehr billig.

Die Fabrik hat verschiedenen Initiativen ermöglicht, selbstbestimmtes, autonomes Arbeiten selbstverwaltet zu praktizieren. Erkämpfte Freiräume, die durch die Schließung der selbstverwalteten Jugendzentren zerstört werden sollten, sind in der Fabrik aufrechterhalten worden. Nachdem viel Zeit und Arbeit in die einzelnen Projekte geflossen ist und alles mehr oder weniger zu laufen begann, kam diese Kündigung.

So geht's net !!!

Nachdem die Kündigung eintraf, fand eine Mieterversammlung von vielen Projekten statt. Die Betroffenheit war auch bei nicht in der Fabrik tätigen Leuten bemerkbar und zeigte sich durch deren Anwesenheit bei der Mieterversammlung.

Beschlossen wurde die Gründung eines Vereins, der mit der Stadt über die Bereitstellung von neuen Räumlichkeiten effektiv verhandeln soll (ein „justiziabler" Gesprächspartner also). Die Projekte, die nach jahrelangem Nebeneinanderherleben nun endlich engeren Kontakt zueinander bekommen haben, bestehen darauf, daß eine Lösung durch die zukünftig jede Initiative in verschiedenen Bunkern, Kellern oder Garagen weiterwerkelt, keine akzeptable Lösung ist, sondern daß ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum entstehen soll, in dem auch ein engerer Austausch zwischen ihnen stattfinden kann.

Der Verein fordert von der Stadt Offenbach einige Gebäude, auf dem nur teilweise genutzten, stadteigenen MSO-Gelände zwischen Waldstraße, Odenwaldring und Senefelderstraße.

Weitere Forderung ist, daß diese Gebäude von der Stadt wieder benutzbar gemacht (d.h. Instandsetzung von Strom-, Wasserleitungen, Heizungen, Sanitäre Anlagen) und daß sie dem Verein gegen ein geringes Entgelt (wenn überhaupt) über einen längeren Zeitraum vermietet werden. Die wichtigste Bedingung ist, daß die Stadt diese Gebäude uns zur Verfügung stellt, ansonsten aber ihre Finger darausläßt. Die Form, die Struktur und die Verwaltung bleibt einzig und allein den verschiedenen Projekten bzw. dem Verein überlassen.

Sobald die Kündigung bekannt wurde, hat sich auch schon die SPD, zur Zeit im Offenbacher Stadtparlament in der Opposition, für das alternative Zentrum Fabrik interessiert und uns ihre Hilfe und parlamentarische Unterstützung zugesichert.

So nobel das auch ausschauen mag, daß sich eine bürgerliche Partei um das Weiterfortbestehen solcher Freiräume, die sie zu ihrer Amtszeit zerstört hat, kümmern will, desto offenkundiger ist das Ziel das sie damit bezweckt. 1980 sind Bundestagswahlen, 1981 sogar Kommunalwahlen in Offenbach.

Wie geht's jetzt weiter?

Wir haben uns überlegt, daß Aktionen jetzt zweigleisig laufen müssen, gegen den Abriß der Schlesingergebäude und für die Bereitstellung der MSO-Fabrik.

Einige Aktionen sind schon geplant.

**16.1. Gründungsveranstaltung und Presseerklärung des Vereins 19.00 h im Kolbenfresser Offenbach, Bismarckstr. 79, 4. Stock
danach spielen die 3 Tornados**

26.1. großes Happening in der Stadt mit Musik, Theater, Flugblättern und Getränken

6.2. go in zur Stadtverordnetensitzung im Rathaus in der das Problem Fabrik besprochen werden soll

Anfang Februar (Termin steht noch nicht fest) 24 Stunden Besetzung der MSO mit großem Fest (Musik ect.).

Wer Lust und Interesse hat mitzumachen, die vorläufige Kontaktadresse ist:

**andrea + mike
Kaiserstr. 32 OF
Tel. 81 65 23**

**Spendenkonto: BFG-Offenbach
Bankleitzahl: 50510111
Kontonr.: 2749473500
Michael Kendzia
Kultur + Kommunikationszentrum**

35 Frankfurter Rundschau, Deutschland-Ausgabe 15. November 1979

„Auch Betriebsratsmitglieder müssen überwacht werden"

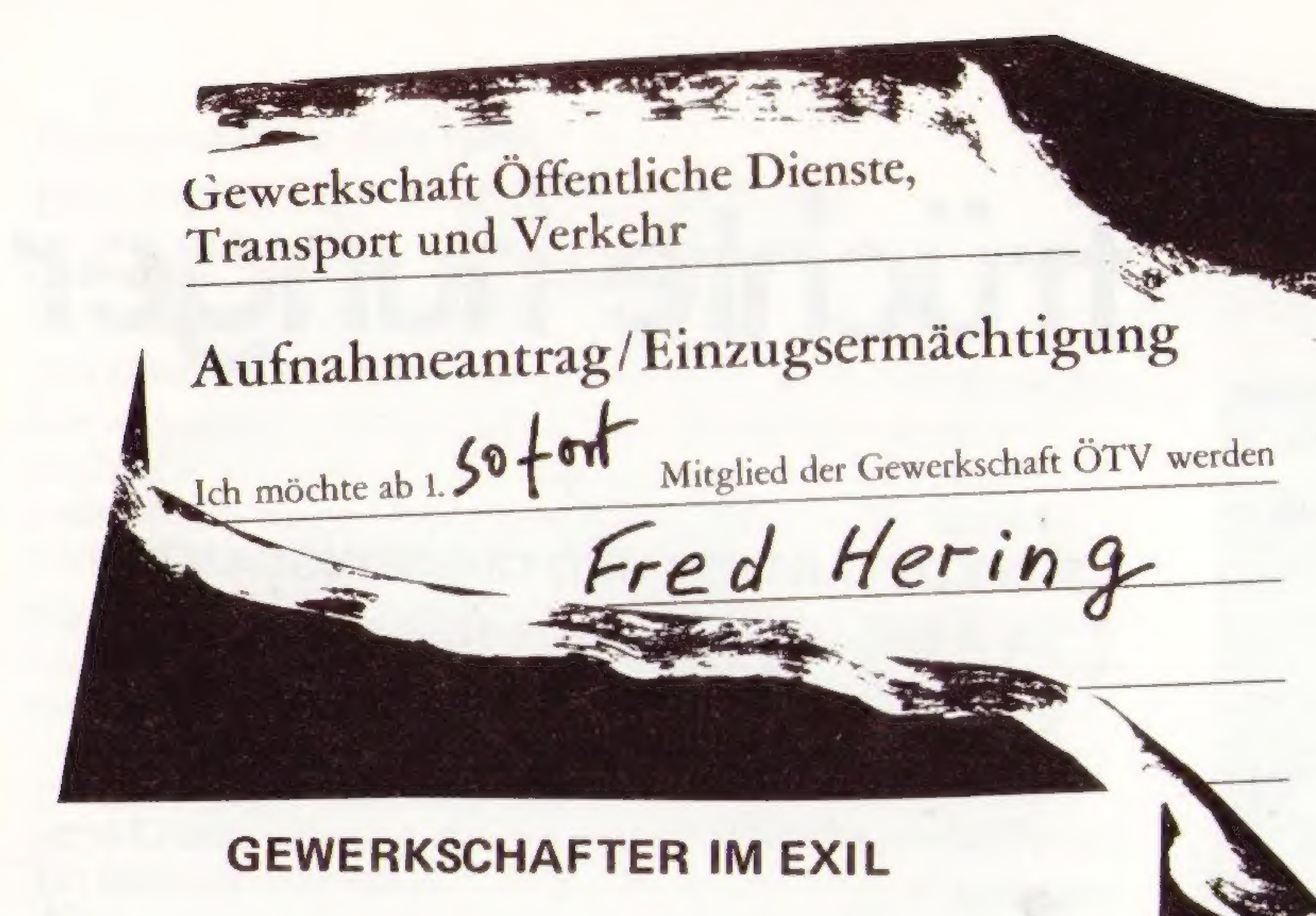
ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz klagt über Politiker

Von unserem Korrespondenten Volkmar Hoffmann

BONN, 14. November. Für den Verfassungsschutz dürfe es „keine Freiräume und keine weißen Flecken" zur Erfüllung seines Gesetzesauftrages bei Überwachungen oder Observierungen geben. Das erklärte am Mittwoch das Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes, Albrecht Rothländer, der für den Fachbereich Verfassungsschutz zuständig ist, auf der Delegiertenkonferenz der Fachgruppe Verfassungsschutz in der Gewerkschaft ÖTV. Es sei selbstverständlich, daß auch Betriebsratsmitglieder vom Verfassungsschutz überwacht werden müßten, zumal verfassungswidrige Bestrebungen auch in diesem Bereich in Einzelfällen gefördert würden.

Ein Sprecher der ÖTV-Fachgruppe Verfassungsschutz kritisierte, daß bei Bekanntwerden von Affären die zuständige politische Leitung die Verfassungsschutzbeamten „im Regen stehen läßt". Der eigentliche gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes sei im Laufe der Jahre mit immer neuen Aufgaben befrachtet worden, für die die Institution gar nicht zuständig sei und wodurch jetzt der Eindruck erweckt werde, als betreibe der Verfassungsschutz Gesinnungsschnüffelei. Den Innenministern und den Parlamentarier warf der Sprecher vor, zwar Kritik am Verhalten des Verfassungsschutzes in manchen Fällen zu üben, das Verfassungsschutzgesetz aber nicht entsprechend zu ändern. Die Stimmung innerhalb der Verfassungsschutzämter entspreche weitgehend der öffentlichen Klage, die der Chef des Hamburger Verfassungsschutzamtes, Josef Horchen kürzlich in der „Zeit" geäußert habe. (Horchen hatte u. a. behauptet, die Stimmung in den Verfassungsschutzämtern sei inzwischen so schlecht, daß kein geeigneter Nachwuchs mehr zu gewinnen sei.)




Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Aufnahmeantrag/Einzugsermächtigung

Ich möchte ab 1. sofort Mitglied der Gewerkschaft ÖTV werden

Fred Hering

Regelmäßiger monatl. Bruttoverdienst*

* Nicht zum Bruttoverdienst rechnen: Kinderzuschläge und fa... bezogene Bestandteile, Beträge, die für Überstunden, als Zeitzus... für Erschwernisse, Gefahren, Aufwendungen oder ähnliches geza... werden.

Meinen satzungsgemäßen Beitrag in Höhe von 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes entrichte ich durch

Bankeinzug (Lastschrift) [ ] vierteljährlich
Lohnabzug [ ] halbjährlich
Barzahlung [X] jährlich

...ankeinzugs ermächtige ich hiermit die Gewerkschaf... ...nsport und Verkehr, meinen Gewerkschafts... ...hen Widerruf jeweils bei Fällig... ...fahren einzuziehen...

GEWERKSCHAFTER IM EXIL

FRANKFURT, 6.Januar

Das folgende kommt von den SECHS NICHT BESTÄTIGTEN UND VOM AUSSCHLUSS BEDROHTEN VERTRAUENSLEUTEN DER ÖTV-BETRIEBSGRUPPE DEUTSCHE BIBLIOTHEK. Merkt euch diesen kurzen und einprägsamen Namen, denn unter anderem um diesen Namen geht es in der traurigsten, absurdesten gewerkschaftlichen Bürokratie-Groteske der letzten Zeit (siehe auch ID 270):

Die im Dezember 1978 gewählten 7 Vertrauensleute (inzwischen sind nur noch 6 aktiv) sollten, nachdem sie bereits im Januar 1979 Funktionsverbot erhalten hatten, aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ausgeschlossen werden, weil sie im Auftrage und im Namen der „ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek" einen Leserbrief an die Frankfurter Rundschau und eine Petition an ein Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Bibliothek geschrieben hatten (gegen die Verlegung der DB an den Stadtrand), diesem „unrechten" Tun nicht abschwören wollten, und die Betriebsgruppe und die Vertrauensleute den seit Jahren schwelenden Konflikt in zwei Dokumentationen veröffentlichten.

Verständlich, daß der ÖTV-Apparat die Verbreitung dieser Dokumentationen um jeden Preis verhindern wollte, machten sie doch die nahezu völlige Rechtlosigkeit der Mitglieder und der von ihnen gewählten Vertrauensleute nur allzu offenkundig.

Der ÖTV-Hauptvorstand nun sah sein Namensrecht (!) gefährdet, denn die obengenannte Selbstbezeichnung der aufrechten Sieben könne mit der Gewerkschaft ÖTV „zu verwechseln sein" und diese als „Negativwerbung" schädigen.

Der Vorstand verlor seinen Prozeß. Das Stuttgarter Oberlandesgericht mochte nämlich nicht als bewiesen ansehen, daß die Frankfurter ihre verruchte Tat auch im Raum Stuttgart begangen hätten! Listig versuchte der Anwalt des ÖTV-Hauptvorstandes, den Beweis heranzuschaffen: Er beauftragte seinen Nachbarn und eine Kanzleiangestellte, „privat" die Broschüre der Frankfurter zu bestellen. Es waren die einzigen Schreiben, die in Frankfurt eintrudelten, die an die „sehr geehrten Damen und Herren" adressiert waren, nicht an „Kolleginnen und Kollegen"; und die kuriosen Schreiben wurden deswegen aufgehoben. Sehr zur Blamage des ÖTV-Anwalts: das Gericht fand das Vorgehen nämlich unfair, eine Fallenstellerei sozusagen, und wies den Beweisantrag ab. Auch die Sieben einzeln auszuforschen, ob sie denn im Raum Stuttgart ihre Broschüre vertrieben hätten, lehnte das Gericht ab. Damit verlor die ÖTV ihren Prozeß — allerdings eben nur in der formalen Sachen, ob Stuttgart zuständig war. Es war nicht.

Die monatelange Hinhalte- und Zermürbetaktik des Hauptvorstandes war den Sieben im November 1979 zu viel. Sie drohten dem Hauptvorstand eine Feststellungsklage wegen Ermessensmißbrauch der vereinsrechtlichen Strafgewalt an — zu deutsch: das Gericht sollte feststellen, daß der Hauptvorstand sie nicht beliebig lang in der Luft hängen lassen konnte, sondern endlich entscheiden mußte. Eine Woche danach kam die Entscheidung des Vorstandes: AUSSCHLUSS — wegen „Bildung einer sektiererischen Untergliederung".

Inzwischen ist gegen die Ausschlußentscheidung Berufung bei der nächsthöheren Instanz, dem Gewerkschaftsausschuß, eingelegt worden. Aber große Hoffnungen knüpfen sich daran nicht. Bereits sind 74 von 100 ÖTV-Mitgliedern in der Deutschen Bibliothek ausgetreten. Sie hatten schon vorher Austrittserklärungen hinterlegt, gültig für das Datum des Ausschlusses der sieben Vertrauensleute.

Was für Außenstehende wie die gelungenste Selbstentlarvung der ÖTV-Bürokratie, wie ein Stück absurden Theaters, aussieht, hat die Betroffenen bedrückt und hätte sie entmutigt, wenn sie nicht so viel Rückhalt untereinander und bei Kolleg(inn)en innerhalb und außerhalb der Deutschen Bibliothek gefunden hätten. Sie befinden sich jetzt im „gewerkschaftlichen Exil"...

Wer sich über den Fall näher informieren will oder Hilfe braucht bei eigenen Versuchen, sich gegen die Gewerkschaftsbürokratie zu wehren, wende sich an: **Friedhelm Knipping, Zeppelinallee 4-8, Deutsche Bibliothek, 6000 Frankfurt 1; telefonisch über 0611/ 77 49 19 zu erreichen.**

DER BESCHISS MIT DEN ARBEITSZEUGNISSEN

Frankfurt/10.1.80

Obwohl den Beschäftigten eines Betriebes bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses keine nachteiligen Arbeitszeugnisse ausgestellt werden dürfen, wird diese gesetzliche Vorschrift in der Praxis häufig mißachtet. Mit Hilfe eines vom Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW) herausgegebenen Geheimsprache verfügen die Unternehmer nämlich über ein Benotungsinstrument, das genaueste Auskünfte über Arbeitsleistung, Disziplin und die politisch/gewerkschaftliche Betätigung des/der scheidenden Arbeitskraft weitergibt. Dabei verbergen sich hinter wohlklingenden Formulierungen, die die Betroffenen arglos halten sollen, teilweise gänzlich gegensätzliche Aussagen.

Wie der Zeitschrift 'capital' zu entnehmen ist, bedeutet:

Er (Sie) hat sich bemüht, die ihm (ihr) übertragenen Arbeiten zu unserer Zufriedenheit zu erledigen — heißt unzureichende Leistung (Note 5).

Er (Sie) hat die ihm (ihr) übertragenen Arbeiten stets zu unserer Zufriedenheit erledigt — heißt befriedigende Leistung (Note 3).

Er (Sie) hat die ihm (ihr) übertragenen Arbeiten im großen und ganzen zu unserer Zufriedenheit erledigt — heißt ausreichende Leistung (Note 4).

Er (Sie) hat die ihm (ihr) übertragenen Arbeiten stets zu unserer vollen Zufriedenheit erledigt — heißt gute Leistung (Note 2).

Er (Sie) hat die ihm (ihr) übertragenen Arbeiten stets zu unserer vollsten Zufriedenheit erledigt — heißt sehr gute Leistung (Note 1).

Auch die folgenden Formulierungen sind in Arbeitszeugnissen sehr häufig zu finden. In Klammern die Entschlüsselung.

- *wegen seiner (ihrer) Pünktlichkeit war er (sie) stets ein Vorbild (er (sie) war in jeder Hinsicht eine Niete)*
- *wir haben uns im gegenseitigen Einvernehmen getrennt (wir haben ihn (sie) gekündigt)*
- *er hat sich im Rahmen seiner (ihrer) Fähigkeiten eingesetzt (er (sie) hat getan, was er (sie) konnte, aber das war nicht sehr viel)*
- *alle Arbeiten erledigte er (sie) mit großem Fleiß und Interesse (er (sie) war eifrig, aber nicht besonders tüchtig)*
- *er (sie) war immer mit Interesse bei der Sache (er (sie) hat sich angestrengt, aber nichts geleistet)*
- *er (sie) hat alle Arbeiten ordnungsgemäß erledigt (Eigeninitiative war nicht seine (ihre) Stärke)*
- *im Kollegenkreis galt Herr/Frau ... als toleranter Mitarbeiter (für Vorgesetzte ein harter Brocken)*
- *er (sie) ist ein zuverlässiger (gewissenhafter) Mitarbeiter (er (sie) ist immer zur Stelle, wenn man ihn (sie) braucht, allerdings ist er (sie) nicht immer brauchbar)*
- *er (sie) war mit Interesse bei der Arbeit (man kann ihm (ihr) nichts vorwerfen, aber auch nichts erwarten)*

Fast völlig unmöglich wird eine Einstellung durch folgende Zeugnisanmerkung gemacht:
"Durch seine (ihre) Geselligkeit trug er (sie) zur Verbesserung des Betriebsklimas bei". Oder *"Für die Belange der Belegschaft bewies er (sie) ein umfassendes Einfühlungsvermögen".*
Im ersten Fall ist gemeint, daß der /die betreffenden Arbeiter/in zu übertriebenen Alkoholgenuß neigt, im zweiten wird der /die Zeugnisempfänger/in zum Schwulen oder zur Lesbe abgestempelt.

Schon vor fünf Jahren war der Geheimcode — laut Süddeutscher Zeitung vom 23.11.74 — auf die Weitergabe von Informationen über die politischen Aktivitäten des /der jeweiligen Beurteilten ausgedehnt worden:

"Häkchen im Zeugnis stempeln Arbeiter ab. — Ein senkrechter Strich mit dem Kugelschreiber, links von der Unterschrift stehend, der aussieht wie ein Ausrutscher, bedeutet — Mitglied einer Gewerkschaft. Ein 'Ausrutscher' nach rechts bedeutet — Mitglied einer linksstehenden Partei. Ein Doppelausrutscher in Form eines Doppelhäkchens schließlich macht den Arbeitnehmer zum Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation".

Also, wenn ihr feststellt, daß derartige Formulierungen in euren Zeugnissen stehen, laßt euch nicht darauf ein, das ist nicht rechtmäßig! Besteht darauf, daß entsprechende Passagen geändert werden !!!

zusammengestellt aus: 'selbermachen' — Zeitung des Schöneberger Jungarbeiter— und Schülerzentrums (SJSZ)
und 'Betrieb und Gewerkschaft' — Zeitung für die Arbeiter und Angestellten aus der chemischen Industrie.

aus: Thing 6/79

früchte & hunger

BOYKOTTAKTION UND ORDNUNGSAMT

Ein verspäteter Bericht über die Unterdrückung einer Boykottaktion gegen Südafrikanische Früchte durch das Ordnungsamt der Stadt Neuwied – und wie die Neuwieder Rhein-Zeitung darüber berichtete (Nämlich: garnicht)

Neuwied
September 1979

Im Rahmen der Boykottaktion der evangelischen Frauenhilfe gegen südafrikanische Früchte haben wir (die Dritte Welt Gruppe Neuwied) im September einen Stand auf dem Markt aufgebaut, wo wir selbstgepflückte Pflaumen verkauften. Unser Stand war angemeldet und genehmigt. Wir haben an diesem Stand die Pflaumen getrennt nach Haarfarbe der Käufer verkauft (dunkelhaarig - hellhaarig) und dazu Posters über die Apardheit in Süd-Afrika aufgestellt. Daneben haben wir Broschüren und Infos über die Boykottaktion verkauft, bzw. verteilt.
Nach etwa zwei, drei Stunden kam ein Vertreter des Ordnungsamtes, der uns sagte, unser Stand wäre nur als Obststand angemeldet worden, dies aber sei auch ein politischer Stand, der nicht angemeldet war und auf dem Markt nichts zu tun hätte. Wir müssten also die Trennung nach Haarfarbe aufgeben und die Poster entfernen. Etwas später kam ein Vertreter der lokalen „Rhein-Zeitung", der ein Bild von unserer Aktion, mit Postern etc., machen wollte. Wir haben dazu unseren Stand nochmal ganz aufgebaut - ich kann nicht mehr genau sagen, ob es zu Bildern kam. Auf jeden Fall kam der Vertreter des Ordnungsamtes zurück, offensichtlich alarmiert durch Marktverkäufer, die keine Publizität unserer Aktion wünschten. Auf Anordnung des Ordnungsamtes hatten wir den Stand abzubauen und mit zum Ordnungsamt zu gehen, wo man unsere Broschüren etc. anschaute.
Als wir bei der Rhein-Zeitung nachfragten, sagte der Journalist, er könne keinen Bericht über unsere Aktion machen, da unser Stand nicht rechtmäßig angemeldet war.

DRITTE WELT GRUPPE NEUWIED
z.H. Sabine Gruschwitz
Engerserstr. 76
5450 Neuwied
Tel.: 02631/24441

Zusatz bericht: Abteilung Mündiger Bürger

Wir hatten eigentlich vor, diesen Verkauf mehrere Male zu machen, aber der vom Ordnungsamt war gegen jede politische Beteiligung: „Es gibt keine politischen Stände außerhalb der Wahlperiode".

Zweiter Zusatzbericht Abteilung Pressefreiheit Aktionsjournalismus bei der „Rhein-Zeitung", Neuwied:

Telephon-Nachfrage 4.12.79
Chef-Redakteur Kurt Forster ist abwesend, aber: „daß stimmt schon", „Wir konnten das nicht veröffentlichen, weil die keine Genehmigung hatten"

Max Watts: „Deswegen konnten sie nichts veröffentlichen? "

„Rhein-Zeitung": „ja... und die Mädchen hätten dann doch nur noch Unannehmlichkeiten gehabt, nicht wahr? "

MW: Aber die waren ja sehr enttäuscht, daß nichts drin stand..."

„Rhein-Zeitung": Wir haben jedenfalls nichts gebracht."

Max Watts

Hungersnot in Ost-Timor
DEUTSCHE MITVERANTWORTUNG

Göttingen
19. Dezember

„Im Schatten der Hungerkatastrophe in Kambodscha spielt sich weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit in einem anderen südostasiatischen Land, in Osttimor, eine Tragödie ab, die von internationalen Beobachtern mit Massensterben Biafras vor 10 Jahren verglichen wird.

Die Insel Osttimor, ein Gebiet von der Fläche Nordrhein-Westfalens, mit (1975) fast 900.000 Einwohnern, 500 km nördlich von Australien gelegen, war bis 1975 portugisische Kolonie. Nach der Unabhängigkeit wurde es von Indonesien überfallen und 1976 gegen weltweite internationale Proteste und mehrfache Entschließungen der Vereinten Nationen annektiert. Bei den folgenden schweren Übergriffen seitens der indonesischen Militärs gegen die osttimoresische Zivilbevölkerung sollen bis 1975/76 bereits 60.000 Osttimoresen ums Leben gekommen sein und selbst der damalige indonesische Außenminister Adam Malik räumte nach Sidney Morning Herald vom 4.4.77 ein, daß bei der Invasion möglicherweise bis zu 80.000 Osttimoresen getötet wurden, eine Zahl, die von unabhängigen Berichterstattern inzwischen eher als zu niedrig angesehen wird.

Nach dem Vorbild der Nigerianer im Biafrakrieg, seinerzeit von Großbritannien und der Sowjetunion durch Waffenlieferungen und diplomatische Schritte unterstützt, verhängten die Indonesier gegen die Widerstand leistenden Osttimoresen eine Hungerblockade, deren ganzes schreckliches Ausmaß erst jetzt deutlich wird. In 10 der 13 Verwaltungsbezirke herrscht Hungersnot und das Internationale Rote Kreuz hält inzwischen die Lage für „schlimmer als in Biafra und möglicherweise Kambodscha." Ähnlich hat sich der amtierende indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja geäußert, der allerdings jegliche Verantwortung seines Landes leugnet. Akut von der Hungersnot bedroht sind nach Schätzungen der katholischen Priesters Leoneto do Rego, eines Portugiesen, der sich von 1976 - 79 in Osttimor aufgehalten hat, derzeit ca. 300.000 Menschen, die nur durch schnelle unbürokratische Hilfe gerettet werden können.

Erschwert werden die Hilfsmaßnahmen durch den im Dezember einsetzenden Regen, der weite Teile des Gebietes von der Außenwelt abriegelt.

Es ist keine übertriebene Befürchtung von Experten, daß nach der Regenzeit die Hälfte der Bevölkerung Osttimors vernichtet sein könnte.

Angesichts dieses unvorstellbaren Elends appelliert die Gesellschaft für bedrohte Völker an verantwortliche Stellen in der Bundesrepublik, alles zu unternehmen, um die drohende Katastrophe abzuwenden. Gerade der Bundesregierung kommt eine besondere Verantwortung zu, denn sie war es, die sich 1977 demonstrativ entschloß, während der Hungerblockade Osttimors, U-Boote für die indonesische Militärregierung zu bauen. Leider hat sich die Bundesregierung in den letzten Jahren außerdem mehrfach geweigert, sich dem Mehrheitsvotum der Vereinten Nationen anzuschliessen und den Überfall auf Osttimor zu verurteilen."

*Kontakt: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159
3400 Göttingen*



SONNENKRAFT FÜR RAKETEN

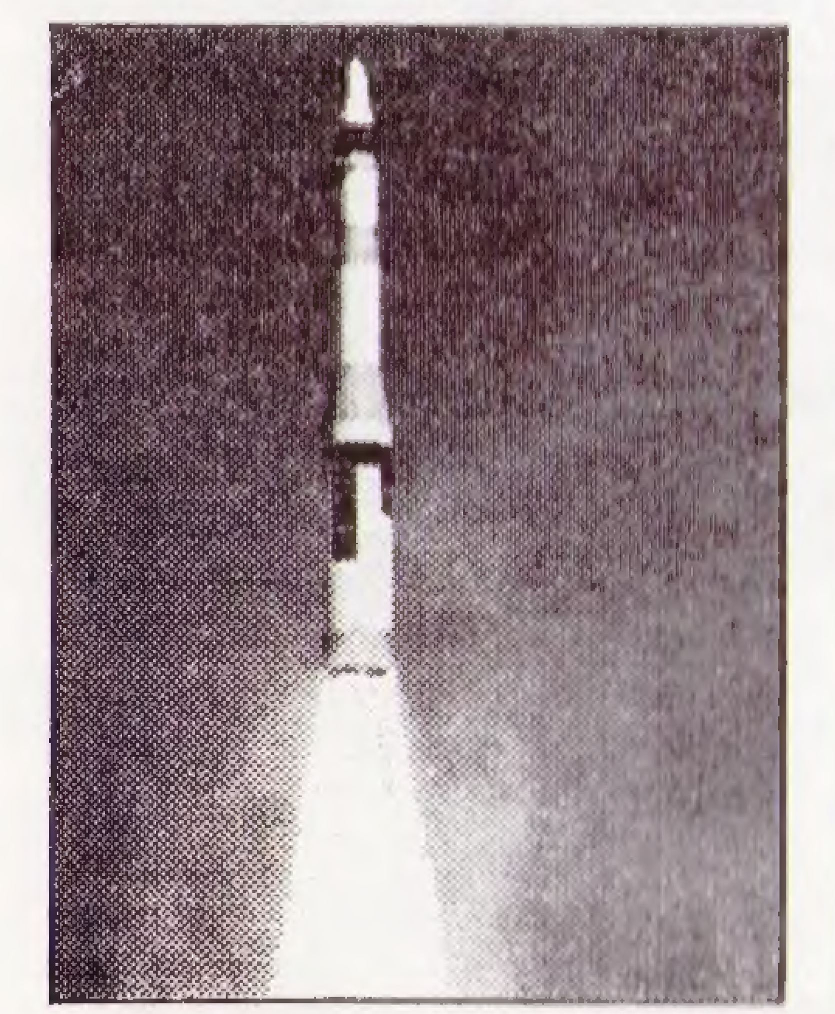
(frei übersetzt von IFOR Report, Dezember 1979)

Angeblich wird Präsident Carter den US–Congress um 222 Millionen Dollar bitten, um die Möglichkeiten der Sonnen-, Wind-, und Erdwärme zu erforschen, nicht um mit den AKW's oder den Ölgesellschaften zu konkurrieren, sondern um das MX-Raketensystem oder mindestens seine Bodenanlagen – mit Energie zu versorgen.
(Das MX-System ist ein im Gebiet des Bundesstaates Nevada geplanter riesiger Waffenkomplex, ein Viertel so groß wie die BRD – und soll wie eine Art "Rennbahn aussehen. Auf dieser "Rennbahn" sollen 300 Tonnen schwere Lastwagenzüge Intercontinentalraketen dauernd herumfahren, um sie vor den Angriffen der bösen Russen zu schützen).

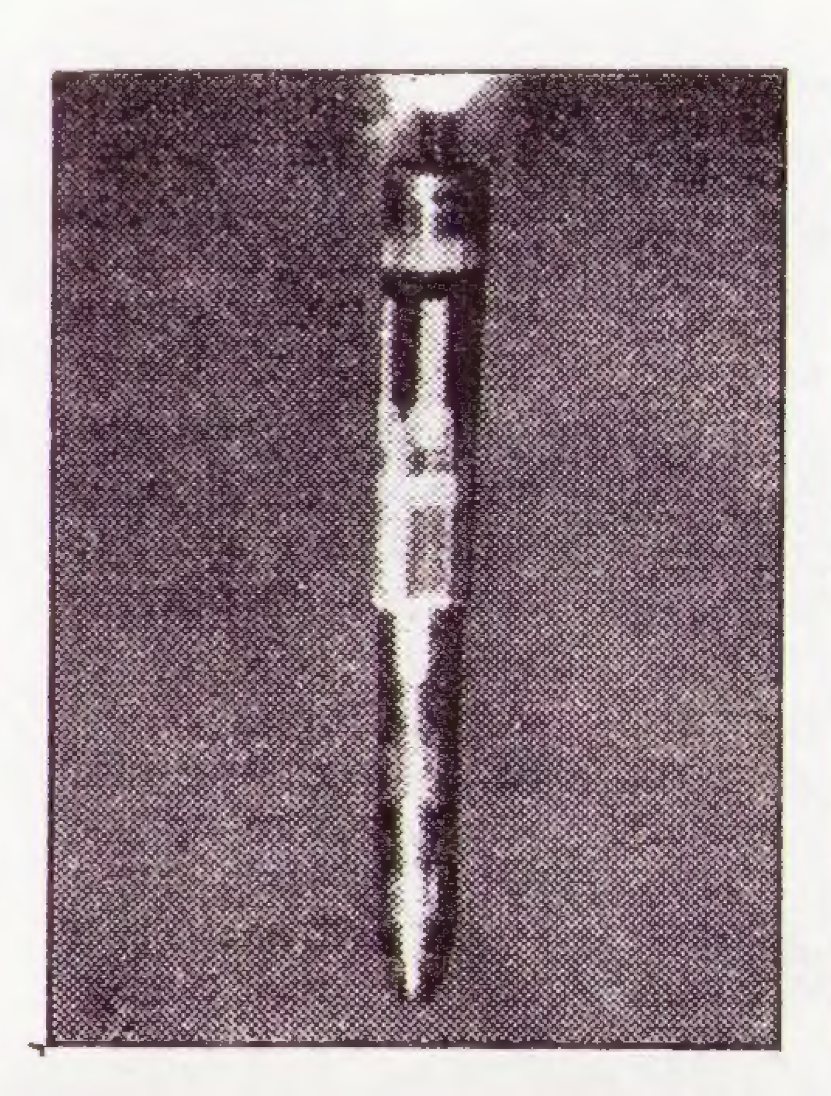
Scheinbar glaubt Carter, daß die Sonnenenergie das MX-Project für diejenigen schmackhafter macht, die die Sonnenenergie befürworten: Leute, die dem Militär gewöhnlich etwas kritisch gegenüberstehen.

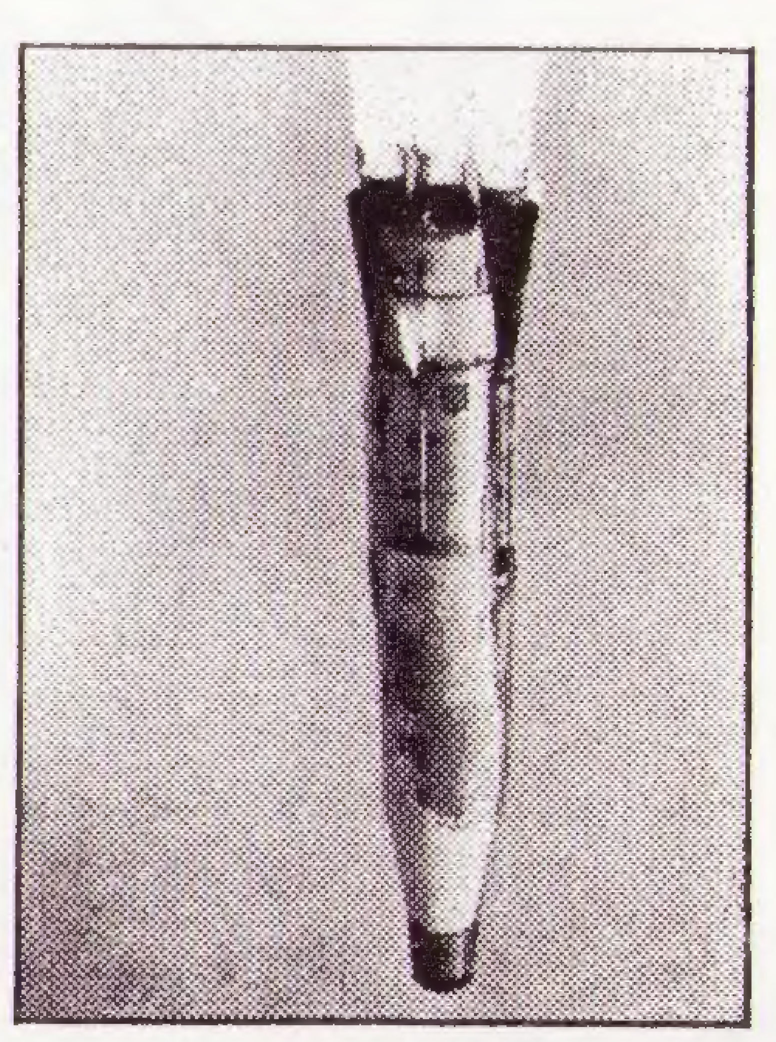
Man muß zugeben (schrieb der IFOR Report), daß es möglicherweise nicht anders geht – wie sollte sonst die neue, noch kleine Alternativenergie–Industrie sich finanzielle Unterstützung erwerben! (Es leben die Verteidigungs-Verträge!) Auch könnte hier die Alternativenergie-Industrie neue Technologien auf Kosten des Militärs erproben. Das müßte uns eigentlich trösten, wenn einmal die weltzerstörenden Raketen abgefeuert werden.

Kontakt: IFOR, Hof van Sonoy 15 - 17, 1811 LD Alkmar, Nederland.









Postvertriebsstück ID-Nr.: 316
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: *Karl F. Kassel*

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.
KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

DAS LETZTE !

Strompreisboykottler ohne Strom?
Gehen in den '80er Jahren nun doch die Lichter aus? Wenn's nach den Frankfurter Stadtwerken geht, sieht's beinahe so aus. Sie haben den ca. 180 Haushalten, die seit fast zwei Jahren am 10% Strompreisboykott teilnehmen, Stromabschaltungen angedroht, wenn die Rückstände nicht bis zum 10.Januar bezahlt würden. Gegen die Androhung haben die Strobo-Menschen eine einstweilige Verfügung beantragt.

Kontakt: Reinhard Pohilt, Bettinastr.29, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/749858

INHALTSVERZEICHNIS